

Voit

Kommunalwahlprogramm
Köln 2025–2030



Europa in Köln – Lebenswert. Bunt. Vernetzt.

Vorwort

Politik steht vor ständig neuen Herausforderungen. Es gilt, ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Fragen zu beantworten und Lösungen zu finden, die diese Aspekte miteinander in Einklang bringen und die Lebensverhältnisse aller Menschen verbessern.

Mit progressiver, sachorientierter und transparenter Politik steht Volt genau dafür ein.

PROGRESSIV

Die Weltbevölkerung wächst, die Gefahren des Klimawandels werden immer deutlicher, durch Digitalisierung und wirtschaftliche Entwicklungen ändern sich Gesellschaften und Lebensbedingungen ständig. Politik ist verpflichtet, diese Herausforderungen zu erkennen und entsprechend zum Wohl der Gesellschaft die Rahmenbedingungen für ein gutes Leben zu erarbeiten.

Volt steht für eine mutige Politik, die Fortschritt möglich macht, um diesen Veränderungen sozial gerecht und nachhaltig zu begegnen. Hierfür gilt es, nicht um der Tradition willen an alten Mustern festzuhalten, sondern neue Wege zu gehen, die den Herausforderungen und Rahmenbedingungen der heutigen Zeit angemessen sind.

SACHORIENTIERT

Volt steht für evidenzbasierte und sachliche Politik. Dabei stützt sich Volt auf Grundwerte wie Demokratie, Bürger*innenbeteiligung und Transparenz (weitere Grundprinzipien vgl. Grundsatzprogramm "[Mapping of Policies](#)"). Dabei werden auch immer gesellschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigt.

Die pragmatische Herangehensweise spiegelt sich vor allem im „Best Practise“-Ansatz wider: Überall auf der Welt gibt es bereits gute Lösungen für Nachhaltigkeit, Mobilität, Digitalisierung, Bildung, Wohnen usw. Volt nimmt sich diese Beispiele zum Vorbild und setzt sich dafür ein, dass effektive Lösungen in Europa, Bund, Land und Kommune umgesetzt werden können.

TRANSPARENT

Volt macht transparente Politik und erklärt Entscheidungen, anstatt sie zu verkaufen. Das bedeutet: Die Bürger*innen sollen immer wissen, warum die Partei welche Entscheidung getroffen hat. Außerdem sollen sich alle Bürger*innen stärker in politischen Prozessen und in der Gesellschaft engagieren können – durch konsequente Bürger*innenbeteiligung. Denn eine starke Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft.

EINE EUROPÄISCHE PARTEI IN DER KOMMUNE?

Volt ist die einzige Partei mit einem europaweit einheitlichen Grundsatzprogramm. Europa ist die stärkste Staatengemeinschaft der Welt. Auch Deutschland kann nicht ohne Europa und Europa nicht ohne Deutschland.

Was aber tut eine paneuropäische Partei in der Kommune?

Auch wenn es für die Bürger*innen der Stadt nicht immer sofort sichtbar ist: Die EU fördert durch finanzielle Mittel eine Reihe Projekte und stärkt damit bspw. Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, die den Bürger*innen zugute kommen. Bildung und Kultur können im Veedel noch

besser durch Programme wie die *Cultural Heritage in Regional Policy* und *Cultural Heritage in Action* vernetzt und zum Austausch gebracht werden.

Köln unterhält 22 Partnerschaften mit Städten anderer Länder, von denen beide Seiten profitieren.

Der Zuzug von EU-Bürger*innen spielt in jeder Kommune eine Rolle und ist Aufgabe der Kommunalpolitik. Köln ist keine Insel, sondern Teil der Metropolregion, die mit der Nähe zum Dreiländerdreieck diesen Vorteil aktiv im europäischen Aspekt nutzen kann und soll.

Gleichzeitig braucht es neue und ganzheitliche Politik auf allen Ebenen, die über Landesgrenzen hinaus denkt.

Unser europäisches Grundsatzprogramm gliedert sich in 5+1 Herausforderungen:

Smart State –

eine moderne, schlanke und intelligente Verwaltung.

Economic Renaissance –

Belebung und Förderung der Wirtschaft.

Social Equality –

gleiche Chancen für alle durch Förderung von Bildung, Integration und Teilhabe – mer Kölsche losse kein allein!

Global Balance –

Entscheidungen, die Mensch und Natur in Einklang bringen, für eine nachhaltige und umweltschonende Stadt und eine lebenswerte Heimat.

Citizen Empowerment –

Teilhabe der Bürger*innen, Transparenz und bessere Services – der Kölner Klüngel gehört nicht in die Kölner Politik!

EU-Reform –

als Kölner Team können wir die EU nicht reformieren, aber wir können von ihr lernen. Wir sind Teil der größten Staatengemeinschaft, die unsere Welt je gesehen hat. Viele Städte auf unserem Kontinent und weltweit stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie wir. Wir tauschen uns mit anderen Städten in Europa und der Welt aus, lernen dazu und orientieren uns an den besten Lösungsansätzen.

Unser Programm untergliedert sich in folgende Punkte:

1. [Lebenswertes Köln – Klimagerecht. Mobil. Veedelsnah.](#)
2. [Buntes Köln – Sozial. Jugend- und familienfreundlich. Aktiv.](#)
3. [Vernetztes Köln – Digital. Demokratisch. Innovativ.](#)

Das vorliegende Programm ist eine Liste unserer Ideen und Gedanken für eine Zukunft Kölns, die unsere Grundsätze widerspiegelt. Uns ist bewusst, dass nicht jede unserer Idealvorstellungen innerhalb kurzer Zeit umgesetzt werden kann. Daher werden wir das Programm regelmäßig prüfen, unsere Ansätze hinterfragen und neue Lösungen erörtern – stets mit dem Ziel, ein soziales, nachhaltiges, wirtschaftlich starkes und lebenswertes Köln mitzugestalten, in dem jede*r Bürger*in zählt.

Wir bei Volt leben eine progressive, lösungsorientierte und wertebasierte Politik. Dafür benötigen wir flexible Lösungen und eine neue Art der Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und die Sache über Dogmen. Dazu wollen wir mit allen demokratischen Kräften auf der Basis des

Grundgesetzes und der Werte Europas¹ konstruktiv zusammenarbeiten, um unseren Zielen so nahe wie möglich zu kommen.

Wir danken Euch und Ihnen von Herzen dafür, dass ihr und Sie sich die Zeit nehmen, dieses Wahlprogramm zu lesen, und hoffen, Euch und Sie von unseren Grundsätzen und Ideen überzeugen zu können.

#VoteVolt

¹ <https://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42851/grafik-werte-der-eu>

| | |
|-------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Lebenswertes Köln – Klimagerecht. Mobil. Urban. | 5 |
| 1.1. Klimagerechtes Köln | 5 |
| Klimaneutralität 2035 | 5 |
| Erneuerbare Energien ausbauen | 6 |
| Wärmewende | 7 |
| Klimaschutz sozial gestalten | 8 |
| Klima und Teilhabe | 9 |
| Schwammstadt und Wassermanagement | 9 |
| Biodiversität | 11 |
| Abfallmanagement | 12 |
| 1.2. Mobiles Köln | 14 |
| Mobilitätsplanung für alle – sicher und gerecht | 14 |
| Parkraummanagement | 16 |
| Belebte und autoarme Veedel | 16 |
| Bus und Bahn wie in der Schweiz | 17 |
| 1.3. Veedelsnahes Köln | 19 |
| Nachhaltige Stadtentwicklung – Eine Stadt für Alle | 19 |
| Wohnen in Köln | 21 |
| Gesundheit | 23 |
| 2. Buntes Köln – Sozial. Jugend- und familienfreundlich. Aktiv. | 29 |
| 2.1. Soziales Köln | 29 |
| Vielfalt feiern | 29 |
| Zivilgesellschaft stärken | 30 |
| Geschlechtergerechtigkeit | 31 |
| Chancengerechtigkeit | 32 |
| Teilhabe stärken | 34 |
| 2.2. Jugend- und familienfreundliches Köln | 35 |
| Kommunale Eltern-Kind-Einrichtungen | 35 |
| Frühkindliche Bildung | 37 |
| Bildung und Wissenschaft: Zukunftsfähige Bildung und digitale Forschung | 40 |
| 2.3 Aktives Köln | 41 |
| Vielfältiges Kulturleben für Weltoffenheit | 41 |
| Sport und Bewegung | 45 |
| eSports | 46 |
| 3. Vernetztes Köln – Digital. Demokratisch. Innovativ. | 47 |
| 3.1 Digitales Köln | 47 |
| Smarte Stadt: Digitale Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung | 47 |
| Digitalisierung als Querschnittsthema | 49 |
| 3.2 Demokratisches Köln | 50 |
| Mitwirkung | 50 |
| Moderne Verwaltung als Dienstleisterin | 52 |
| Köln als Europastadt | 54 |
| Partnerstädte und Netzwerke | 55 |
| 3.3 Innovatives Köln | 56 |
| Bürokratieabbau durch Digitalisierung | 56 |
| Flächenerhaltung & intelligente Stadtentwicklung | 56 |
| Handwerk & Ausbildung als eine tragende Säule der Kölner Wirtschaft | 57 |
| Welcome Desk – Ankommen erleichtern | 58 |
| Nachhaltigkeit wirtschaftlich gestalten | 58 |
| Start-ups & moderne Branchen unterstützen | 59 |
| Vielfalt der Wirtschaft sichern und weiterentwickeln | 59 |
| | 4 |

1. Lebenswertes Köln – Klimagerecht. Mobil. Urban.

1.1. Klimagerechtes Köln

Gemeinsam können wir klimagerecht handeln und unsere Lebensgrundlage auch zukünftig erhalten, denn die Klimakrise stellt eine fortwährende Bedrohung für unsere Lebensgrundlage und unseren Wohlstand dar. Natur- und Umweltschutz sind deshalb Menschenschutz! Um dieser Herausforderung zu begegnen und uns besser an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen, brauchen wir ambitionierte Ziele und konkrete Maßnahmen, die wir gemeinsam umsetzen – in Europa und in Köln!

Klimaschutz betrifft alle Mitbürger*innen, denn Klimakatastrophen und -auswirkungen wie Überflutungen, Hitzewellen und Epidemien können uns alle treffen. Wir sind überzeugt, dass es im Interesse aller Kölner*innen ist, die Klimakrise so weit wie möglich aufzuhalten, um unsere Stadt und ihre Einwohner*innen bestmöglich zu schützen. Auch kurzfristig profitieren wir von sauberer Luft und Grünflächen zum Erholen. Volt will den Kölner*innen mehr Wirksamkeit ermöglichen. Jede Entscheidung, von der richtigen Mülltrennung bis zur Wahl des Fortbewegungsmittels und dem Kauf eines jeden Produktes, zahlt auf das Voranschreiten der globalen Erwärmung ein, im Positiven oder im Negativen. Daher sind zum einen die Aufklärung über Klimaschutz-relevante Themen sowie die aktive Einbindung der Kölner*innen in Klimaschutz-Projekte ein wichtiger Pfeiler von Volts kommunaler Klimapolitik.

Best Practice nachhaltige Stadtentwicklung: Melbourne

Bereits im Jahr 2009 hat die Stadt Melbourne eine Strategie entwickelt, um ihre Stadtentwicklung nachhaltig und klimagerecht zu gestalten². Diese Strategie umfasst unter anderem, aber nicht nur:

- die Verdichtung in die Höhe durch den Bau einer Vertikalen Stadt³
- den umfassenden Schutz und Ausbau von Stadtgrün zur Hitzeregulierung⁴
- den Bau nachhaltiger, CO₂-neutraler Wohnquartiere für bezahlbaren Wohnraum⁵

Klimaneutralität 2035

Volt bekennt sich zum Ziel der Stadt Köln, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Wir setzen uns weiter dafür ein, dieses Ziel gemeinsam mit der gesamten Stadtgesellschaft zu erreichen. Damit leistet Köln seinen Beitrag zu den Bemühungen und Verpflichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, die Ziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens zu erreichen. Es braucht die Anstrengung aller, um die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen. Nicht zuletzt die Überschwemmungen im Ahrtal sowie in vielen weiteren Gebieten Europas haben gezeigt, dass uns die Klimakrise auch vor

²<https://www.planning.vic.gov.au/guides-and-resources/strategies-and-initiatives/plan-melbourne/the-plan>

³ <https://www.ubm-development.com/magazin/vertikale-stadt-melbourne/>

⁴<https://www.planning.vic.gov.au/guides-and-resources/guides/all-guides/trees-for-cooler-and-greener-streets/capes>

⁵https://www.detail.de/de_de/co2-neutrales-wohnhaus-parklife-in-melbourne?srsltid=AfmBOoqOWYSu7p5BtxkDS9D-JTkTi-XyP1_BqRwIYUqADfbm6alHJWCp

der eigenen Haustür trifft. Und dort können wir auch helfen, sie erfolgreich zu bekämpfen. Für die Wirksamkeit lokaler Klimaschutzbemühungen gibt es schon heute viele Positivbeispiele⁶.

Verfolgen wir das Ziel der Klimaneutralität in Köln, bietet dies außerdem zahlreiche Chancen für eine moderne Stadt: Mehr Flächen für vielfältiges Stadtgrün (Biodiversität) binden nicht nur schädliche Treibhausgase, sondern schaffen durch besseres Mikroklima auch höhere Lebens- und Aufenthaltsqualität. Klimafreundliche Technologien bieten neue Ansätze für die Wertschöpfung in der heimischen Wirtschaft. Angebote zur Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen erhöhen die Qualität und Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen. Volt setzt sich dafür ein, dass Bürger*innenschaft, Wirtschaft und Umwelt ihre Beiträge zu einer lebenswerten Zukunft leisten können und die Stadt ihrer Verantwortung nachkommt, das Klimaneutralitätsziel zu erreichen.

Deshalb setzt sich Volt für folgende Zukunft ein:

Städtische Unternehmen in die Verantwortung nehmen: Die größten Hebel zur Vermeidung und Minderung von Treibhausgasen im urbanen Raum bieten die Bereiche Energieerzeugung, Mobilität und Bau-/Gebäudewirtschaft. Volt setzt sich dafür ein, das Klimaneutralitätsziel für alle Unternehmen und wesentlichen mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Köln konsequent einzuhalten, insbesondere bei RheinEnergie/AWB, KVB/HGK sowie GAG und GEW.⁷

Leitlinien des Klima- und Umweltschutzes: Volt möchte die Leitlinien für die knapp 700 öffentlichen Gebäude der Stadt Köln weiter fortschreiben und die aktuellen Standards der Energieeinsparung, Energieeffizienz und entsprechenden Controllings anpassen. Wir werden uns dafür einsetzen, die laufenden und zukünftigen Maßnahmen zur Erreichung des Klimaneutralitätsziels im Rahmen des von Volt geforderten und mittlerweile umgesetzten Klimaschutz-Monitorings für alle klimarelevanten Handlungsfelder der Stadt zu messen und regelmäßig über die Erreichung von Zwischenzielen Rechenschaft abzulegen.

Erneuerbare Energien ausbauen

Wir wollen die RheinEnergie auf dem Weg in die Zukunft der erneuerbaren Energien bestmöglich unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, Solarmodule auf alle möglichen Dachflächen der städtischen Gebäude zu bringen, Windkraft im Stadtgebiet wo sinnvoll und möglich entweder im Wege der Regionalplanung oder in Sondergebieten auszubauen und auch raumbedeutsame Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse zu ermöglichen.

Volt setzt sich für folgende Zukunft ein:

Wiederaufnahme, Vereinfachung und Ausbau von Förderprogrammen und Initiativen zur Förderung von Photovoltaik: Bei der Energieversorgung im städtischen Einflussbereich wird die Verwendung fossiler Brennstoffe weiter zurückgefahren und die Erzeugung lokal und erneuerbar erzeugten Stroms weiter gesteigert. Dazu werden alle verfügbaren Wege zur Steigerung der Nutzung von Solarenergie (Balkon-, Dach- und Freiflächen-Photovoltaik sowie Solarthermie) und der Umwandlung von Wind- und Wasserkraft sowie Biomasse in Energie genutzt. Förderprogramme wie „Gebäudesanierung – klimafreundliches Wohnen“, „Photovoltaik – klimafreundliches Wohnen“ und „Photovoltaik – klimafreundliches Arbeiten“ oder auch die Fokusinitiative Photovoltaik können einen großen Beitrag zum Ausbau von erneuerbaren Energien auf Freiflächen, Gewässern, Kiesgruben und für Agri-PV leisten und sollen deshalb überarbeitet und vereinfacht werden.

Schaffen von weiteren Flächen für erneuerbare Energieprojekte: Durch die konsequente Nutzung aller öffentlichen Dächer für Photovoltaik, soweit möglich und zweckmäßig (z.B. nach dem Solarkataster NRW)⁸, können wir effizient weitere Flächen für erneuerbare Energien erschließen.

⁶ Schon heute ersetzen erneuerbare Energien bei allgemein wachsendem Energiehunger zu einem großen Teil fossile Energieträger. Köln war im Jahr 2024 führend bei neu installierter Solarstrom-Leistung in NRW; siehe <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/solarzellen-bilanz-ausbau-vorjahr-100.html>

⁷ https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf20/beteiligungsbericht/beteiligungsbericht_2022_.pdf

⁸ https://www.energieatlas.nrw.de/site/karte_solarkataster

Auch die Einrichtung eines Potenzialkatasters für Freiflächen-Photovoltaikanlagen, um Eigentümer*innen der Flächen entlang von Autobahnen und Hauptschienenwegen für erneuerbare Energieprojekte zu gewinnen, zählt auf dieses Ziel ein.

Erweiterung des kooperativen Baulandmodells: Wir werden das Kooperative Baulandmodell um verpflichtende Maßnahmen erweitern.

Best Practice Flächennutzung für Energieprojekte: Porta Westfalica

Ein Portal für Interessensbekundungen von Flächeneigentümer*innen der Stadt **Porta Westfalica** erleichtert es möglichen Investor*innen, Flächen für die Erzeugung solarer Energie im Stadtgebiet zu finden⁹.

Wärmewende

Länder wie Dänemark oder Schweden sind die Wärmewende bereits vor Jahrzehnten angegangen und haben ihre Wärmeversorgung konsequent auf erneuerbare Energien umgestellt, aber auch eine konsequente kommunale Wärmeplanung erreicht. Wir hängen in Deutschland vergleichsweise deutlich hinterher. Umso wichtiger ist es, dass wir nun keine Zeit mehr verlieren und den Prozess der Wärmewende in Köln so effektiv und ganzheitlich wie möglich umsetzen.

Im Jahr 2023 erzeugte die RheinEnergie etwa 98,3 % der Wärme aus fossilen Energieträgern und nur 1,7 % aus erneuerbaren Quellen¹⁰. Im Wärmebereich stehen wir folglich vor einer Mammutaufgabe, da die RheinEnergie in der Fernwärmeerzeugung bis 2035 klimaneutral sein muss¹¹. In der Planung der RheinEnergie für die Erreichung dieses Ziels fehlt es noch an konkreten realistischen Maßnahmen. Ein großer Teil der Wärme soll angeblich aus grünem Wasserstoff bereitgestellt werden. Derzeit sind aber weder ein Hochlauf der inländischen Wasserstoffwirtschaft noch Importe im erforderlichen Maße abzusehen. Daher sehen wir eine reale Gefahr, dass die Klimaziele in der Bereitstellung von Fernwärme nicht eingehalten werden können.

Unser Ziel ist es, den Plan in der kommunalen Wärmeplanung mit konkreten Vorhaben vor Ort zu ergänzen. Volt möchte den Industriebetrieben Kölns verstärkt die Möglichkeit verschaffen, ihre Abwärme in das Fernwärmenetz einzuspeisen. Deshalb setzt sich Volt für folgende Zukunft ein:

Wärmekataster: Signifikante Wärmequellen wie beispielsweise industrielle Abwärme, Klärgas oder Rechenzentren müssen so früh wie möglich in das Wärmekataster aufgenommen werden, damit sie in der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt werden können.

Abwasserwärme: Wir möchten vermehrt innovative Lösungen wie Abwasserwärme auf Umsetzbarkeit prüfen und schnellstmöglich flächendeckend nach Potenzial ausrollen; Untersuchungen gehen von bis zu 20 % Deckung für den deutschlandweiten Wärmebedarf aus. Ein zu berücksichtigendes Beispiel ist das laufende Celsius-Projekt im Rahmen der Smart City Cologne¹². Die RheinEnergie wird beauftragt, realistische, konkrete Alternativen zu importiertem grünem Wasserstoff zu suchen und entsprechende Projekte durchzuführen.

Monitoring: Über konkrete Zwischenziele bis 2035 und ein entsprechendes Monitoring stellen wir sicher, dass wir als Stadt Köln unsere Ziele in der Wärmewende auch wirklich erreichen werden.

⁹ <https://beteiligung.nrw.de/portal/PW/beteiligung/themen/1006606>

¹⁰ Erzeugungsbericht RheinEnergie 2021-2023

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/si0057.asp?_ksinr=29768&toselect=401168

¹¹ <https://www.ksta.de/koeln/koeln-bis-2026-sollen-koelner-wissen-wie-sie-am-besten-heizen-622674>

¹² [Innovativ und naheliegend: „Celsius“ – Wärme aus Abwasser - SmartCity Cologne](#)

Best Practice Abwärme: Dresden

Durch die Technologie des Dresdner Start-ups „Cloud&Heat“ wird Abwärme von Rechenzentren zur Gebäudeheizung verwendet. In Dresden liefert beispielsweise die Prozessabwärme von 20 Server-Schränken ca. die Hälfte der benötigten Heizwärme in 56 Wohneinheiten für Trinkwasser und Heizung. Dadurch wird der Ausbau für den wachsenden Bedarf von Rechenleistung nachhaltig und effizient umgesetzt.

Klimaschutz sozial gestalten

Wir bei Volt wollen den Klimaschutz sozial gestalten. Das bedeutet, Kölner*innen aktiv in Klimaschutzprojekte einzubinden und teilhaben zu lassen. Dadurch soll das Zugehörigkeitsgefühl und der Zusammenhalt der Kölner Bürger*innen gestärkt werden und ihre Interessen und Bedürfnisse direkt in Projekte einfließen. Mit mehr Unterstützer*innen können wir eine noch größere Wirkung erzielen; durch Beteiligung an Klimaschutzprojekten wollen wir mehr Aufmerksamkeit für den Klimaschutz schaffen, wodurch ein größeres Verständnis für Umwelt und Natur in der Gesellschaft entsteht. Des Weiteren sollen die ausgewählten Maßnahmen neben dem Schutz der Umwelt zu einer Verbesserung der Lebensqualität der Kölner*innen führen.

Deshalb setzt sich Volt für folgende Zukunft ein:

Förderprogramm Baumpflanzung private Grundstücke: Durch das Austeilen von Baum-Zöglingen an Privatleute (Eigentümer*innen) ermöglichen wir eine schnelle Baumbepflanzung auf brachliegenden Flächen auf privaten Grundstücken, sparen dabei Geld und halten den Verwaltungsaufwand niedrig.

Projekt „Essbare Stadt“: Wir treiben das Projekt weiter voran und breiten es aus, indem wir vermehrt an öffentlichen Plätzen, Parks und Grünanlagen Gemüse- und Kräuterbeete, Obstbäume und -sträucher anbieten.

Förderung von Ehrenamt, Vereinen, Patenschaften und Initiativen: Vereine, die die Biodiversität in der Stadt fördern (bspw. Finanzierung von Saatgut und Equipment für Anbau und Pflege von Beeten), möchten wir gezielt unterstützen.

Lokale Kommunikations-Kampagne: Wir möchten die Bekanntheit von Projekten und Initiativen fördern, die informieren, wie Nachhaltigkeit und Umweltschutz niedrigschwellig zu Hause umgesetzt werden können.

Best Practice Biodiversität: Paris

Ein Beispiel für Biodiversitäts-Erziehung in Schulen ist das Programm „Paris Oasis“, das darauf abzielt, Schulhöfe in Paris in zugängliche Grünflächen umzuwandeln. So wird die Klimaresilienz der Stadt gestärkt und den Kindern der Zugang zur Natur erleichtert.

Klima und Teilhabe

Um das Ziel der Klimaneutralität für Köln in 2035 zu erreichen, muss die Stadt bei den großen Hebeln Gebäudewirtschaft, Verkehr und Energieversorgung noch mehr bewegen. Klimaschutz erfordert die Anstrengung aller und muss sinnvoll, machbar und sichtbar sein, um allgemeine Akzeptanz zu erfahren.

Immer wieder stoßen erneuerbare Energieprojekte auf Bedenken oder den Widerstand der Stadtgesellschaft. Um die Erzeugung sauberen, bezahlbaren Stroms zu steigern und die Akzeptanz der Energiewende bei uns in Köln zu erhöhen, werden wir uns für den Aufbau eines Natur- und Energieparks einsetzen, der das Ineinandergreifen von Stromerzeugung, Extensivierung von Böden und Ausweitung ökologisch wertvoller Flächen erlebbar macht. Eine Freiflächen-Solaranlage kann zum Beispiel auf Böden mit artenreichen und regionalen Kräutern entstehen und so einen doppelt klimawirksamen Beitrag zur Biodiversität leisten.

Gleichzeitig wollen wir Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger an erneuerbaren Energieprojekten verbessern, entweder in Form von Crowd-Investments oder in Form von Beteiligungsvereinbarungen, wie sie bereits das Bürgerenergiegesetz in NRW vorsieht.

Ein Standort zur Entstehung eines ökologischen Lernortes „Bürgerenergiepark“ könnte auf den Flächen der Stadt entlang der BAB 4 im südlichen Äußeren Grüngürtel unweit der für den „Wald für Köln“ vorgesehenen Flächen sein.

Schwammstadt und Wassermanagement

Rund drei Viertel der Landflächen sind durch menschliche Aktivitäten erheblich geschädigt worden, wodurch die biologische Vielfalt weltweit vor ernsthaften Herausforderungen steht. Arten verschwinden schneller als je zuvor. Doch natürliche Infrastrukturen und Ökosysteme fungieren als Schutzmechanismen gegen Klimarisiken und können klimatische Einflüsse regulieren sowie die Bewohner*innen der Städte und deren Infrastruktur schützen. Die Erhaltung und Wiederherstellung natürlicher Räume, sowohl an Land als auch im Wasser, können für die Begrenzung der CO₂-Emissionen und die Anpassung an ein sich bereits veränderndes Klima große Wirkung haben.

Kommunen müssen mit Dürre und Starkregen gleichermaßen umgehen können. Die Erstellung einer Wasserstrategie für Köln trägt der wachsenden Bedeutung von Wasserressourcenmanagement und Nachhaltigkeit Rechnung. Nach dem Vorbild anderer europäischer (z.B. Zürich¹³) und deutscher Städte (z.B. Leipzig¹⁴) setzen wir von Volt Köln uns für ein nachhaltiges Wassermanagement und die Gestaltung Kölns als Schwammstadt ein – mit einer konsequenten Umsetzung dieses Konzepts bei Neubauprojekten. Der rechtliche Rahmen liegt in weiten Teilen auf Landesebene, jedoch ist es möglich und notwendig, in kommunalen Planungsprozessen über Raumordnung und Bauleitplanung nachhaltige Planungsprinzipien zu unterstützen.

Unsere Natur besitzt die Fähigkeit, Emissionen zu absorbieren. Durch die Vergrößerung von der Natur zur Verfügung stehenden Flächen könnte etwa ein Drittel der im nächsten Jahrzehnt erforderlichen Reduzierung der Treibhausgasemissionen erreicht werden. Hierzu können begrünte Dächer, Fassaden und Innenhöfe einen großen Beitrag leisten – und bringen viele weitere positive Effekte mit sich.

Nach der im August 2024 in Kraft getretenen EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur müssen auch Kommunen dazu beitragen, dem Verlust der biologischen Vielfalt entgegenzuwirken. Bis 2030 sollen auf mindestens 20 % der Land- und Meeresflächen der EU Wiederherstellungsmaßnahmen ergriffen werden.

¹³<https://www.stadt-zuerich.ch/de/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/ted/taz.html?cid=redirect-ted-taz.html>

¹⁴ <https://www.leipzig416.de/mp/konzept/>

Deshalb setzt sich Volt für folgende Zukunft ein:

Verstärkte Begrünung von Gebäudedächern und -fassaden: Vor allem durch Anreize und Kooperationen mit privaten Bauunternehmen, Grundstückseigentümer*innen und weiteren Akteur*innen treiben wir die Begrünung der Stadt und die damit verbundenen positiven Effekte voran.

Anreize zur Errichtung von Gründächern in Neubauprojekten: Durch Förderung sowie finanzielle Unterstützung fördern wir Projekte zur Einrichtung von öffentlich zugänglichen Dachgärten.

Weiterführung und Ausbau des Programms „GRÜN hoch 3 DÄCHER | FASSADEN | HÖFE“: Für die Bezuschussung der Begrünung von Dächern, Fassaden und zu entsiegelnden Flächen werden wir das Programm fortführen und stärken.

Ausbau der Grünflächen durch die Bepflanzung von bislang ungenutzten Flächen: Andere Städte machen es vor und erschließen bislang unbeachtete Flächen für die Begrünung – wie die Dächer von Bushaltestellen (s.h. Best Practice Utrecht).

Errichtung sogenannter „Green Shades“: Horizontaler oder vertikaler Pflanzenbewuchs kann in schmalen Gassen oder an Gebäuden, auf denen ggf. keine Begrünung möglich ist, gleichwertige Vorteile wie begrünte Dächer bringen (s.h. Best Practice Valladolid).

Best Practice bepflanzte Dächer: Utrecht, Chicago, Valladolid

Utrecht transformierte die Dächer von 316 Bushaltestellen in Grünflächen. Es wurden robuste, pflegeleichte Pflanzen gewählt, die auch längere Zeit ohne Wasser auskommen. Gepflegt werden die Grünflächen von Mitarbeitenden der Kommunen. Dieses Projekt führt zu

- Verbesserung der Luftqualität, da Feinstaub eingeschlossen wird;
- Wassermanagement, da Regenwasser gespeichert wird;
- Temperaturregulierung durch Kühlung bei Hitzewellen;
- Verbesserung der Biodiversität (z.B. mehr Lebensraum und Nahrung für Insekten).

Über das „Grüne Dächer Subventions-Programm“ können Bewohner*innen von Utrecht finanzielle Unterstützung für die Umwandlung ihrer Dächer in Dächer mit Grünflächen bekommen.

Der Stadtrat von Chicago beschloss in einem Klima-Aktionsplan energieeffizientere öffentliche Gebäude und beschleunigte Genehmigungsverfahren für „grüne“ Projekte. Nun gibt es in Chicago rund 500 bepflanzte Dächer und über 500.000 m² Dachbegrünung.

Green Shades in Valladolid spenden Schatten, bieten Insekten mehr Lebensraum und Nahrung und sorgen für ein schöneres Stadtbild.

Versickerung von Regenwasser ermöglichen: Anstatt Regenwasser in die Kanalisation abzuleiten, schlagen wir, wo möglich, eine Regenversickerung über Tiefbeete oder Pflanzgruben vor. Durch die Bepflanzung mit Gräsern und Bodendeckern sowie Sträuchern oder Bäumen kann nicht nur unsere Stadt aktiv grüner gestaltet, sondern auch die Bodenqualität verbessert und das Grundwasser geschützt werden.

Entsiegelung: Volt setzt sich, wie schon durch das Einbringen des Sofortprogramms Entsiegelung, dafür ein, befestigte Flächen zu entsiegeln und stattdessen mit Grünflächen aufzubereiten (s. Entsiegelungskataster Köln, im Aufbau).

Rückhaltung von Regenwasser: Hierfür schlagen wir den Einsatz von Baum-Rigolen-Systemen bei der Nachpflanzung und Neupflanzung von Stadtbäumen vor. Auch den Ausbau multifunktionaler

Retentionsflächen als Zwischenspeicher bei Starkregen und der temporäre Rückhalt durch Notentwässerung über Straßen und Wege durch höhere Bordsteine oder konkave Fahrbahnquerschnitte unterstützen wir. Die Reaktivierung ehemaliger Gräben und trockengelegter Fließgewässer ist ebenfalls zu prüfen.

Wassersparen: Wir möchten den Verlusten aufgrund von defekter Kanalisation durch Modernisierung begegnen und die Wiederverwendung von gereinigtem Abwasser z.B. zur Bewässerung prüfen.

Kooperationen über die Wasserwirtschaft hinaus: Volt unterstützt die Zusammenarbeit von Stadt- und Landschaftsplanung, Siedlungswasserwirtschaft, Verkehrsplanung und Gewässerschutz innerhalb Kölns sowie interkommunal.

Hochwasserschutz/Niedrigwassermanagement: Die wenigen Überflutungsareale der Stadt, wie den Weißer Bogen und die Poller Wiesen, gilt es zu schützen, die Biodiversität zu fördern und die Böden als Filter und Speicher zu stärken.

Best Practice Grüne Infrastruktur: Hamburg, Mülheim an der Ruhr

Blau-Grüne Infrastruktur (BoRSiS): Das Ziel von BoRSiS ist es, im Leitungsgraben von Rohren unter den Gehwegen oder Straßen Wasser zu speichern und zeitverzögert zur Bewässerung von Stadtbäumen abzugeben. Durch die Nutzung des Leitungsgrabens steht ein erweiterter Speicher für Niederschlagswasser und für den Wurzelraum zur Verfügung, ohne dass ein zusätzlicher Platzbedarf auf der Oberfläche (gegenüber Versickerungsmulden) erforderlich ist. Hierdurch wird Wasser, das andernfalls versickert, für spätere Bewässerung gespeichert und insgesamt Wasser gespart¹⁵.

Biodiversität

Es ist von hoher Priorität, in Köln stärkere Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung von Biodiversität und natürlichem Raum zu ergreifen. Das bedeutet konkret die nachweisliche Vermehrung von als ökosystem-relevant definierten Pflanzen und Tierarten und somit verstärkten Schutz vor Klimakrisen.

Der Biodiversitätsverlust ist weltweit nachgewiesen, doch um für Köln die richtigen Entscheidungen zu treffen und den Bedürfnissen des lokalen Ökosystems gerecht zu werden, sollte eine aktuelle Bestandsaufnahme der lokalen Flora und Fauna sowie eine Analyse im Vergleich mit Daten aus der Vergangenheit durchgeführt werden. Wenn die für den Kölner Raum relevanten Pflanzen- und Tierarten definiert sind, setzt sich Volt dafür ein, dem Verlust der Biodiversität entgegenzuwirken und den Schutz genau dieser lokalen Artenvielfalt zu verstärken.

Deshalb setzt sich Volt für folgende Zukunft ein:

„Kräuterquote“: Hierunter verstehen wir die Umwandlung von bis zu 20 % der offenen Grünflächen der Stadt in Wiesen mit artenreicher Regionalsaat, einem Insekten schonenden und Blühflächen fördernden Mähkonzept sowie verbesserten Briefings für beauftragte Pflegeunternehmen, um pauschalen Kahlschlag zu vermeiden. Ebenfalls setzen wir uns für die Bepflanzung von Verkehrsinseln sowie Rändern von Geh- und Fahrradwegen ein und streben die Bevorzugung von bestäuber- und biodiversitätsfördernder Bepflanzung in Parkanlagen und auf Grünstreifen an.

¹⁵ <https://www.hn-nrw.de/mit-duktilen-gussrohren-und-steinwolle-zu-einem-besseren-stadtklima/>

Aufbau eines ökologischen Netzes: Volt setzt sich für die Errichtung grüner Korridore zur Verbindung von städtischen Grünflächen ein. Hierzu zählen der Schutz des bestehenden Netzes von Innerem und Äußeren Grüngürtel sowie die weitere Verbindung von Grünflächen, beispielsweise durch artenreiche Wiesen entlang von Radwegen zwischen Parkanlagen.

- Schutz der bestehenden Grünflächen (Parks, Wälder, Wiesen) und deren Erweiterung oder Ergänzung neuer Grünflächen
- Anreize und Kooperationen mit privaten Bauunternehmen, Grundstückseigentümer*innen und weiteren Akteur*innen für Fassaden- und Dachbegrünung
- Anreize für vogel- und nistfreundliche Hecken und Bepflanzung in privaten Gärten sowie Unterstützung von Nistkasten-Projekten z.B. mit Schulen oder Vereinen
- Verbot von Pestiziden mit schädlichen Auswirkungen auf Wildtiere
- Fortführung und Erweiterung der Kooperationen zum Biodiversitäts-Schutz mit dem ehrenamtlichen Naturschutz
- Errichtung von Schmetterlingsgärten, Bienenkästen, Nistkästen und weiterem geschützten Lebensraum für die für das lokale Ökosystem relevanten Tierarten
- Förderung von Ehrenamt und Patenschaften in Bezug auf den Schutz von Biodiversität in der Stadt

Abfallmanagement

Fehlendes Wissen zur richtigen Mülltrennung sowie ein mangelndes Verständnis für die Notwendigkeit und das Konzept der Kreislaufwirtschaft sind große Hindernisse für erfolgreichen Umweltschutz. Vielen Bürger*innen ist nicht bewusst, wie Abfälle richtig zu trennen sind und dass die Missachtung unseres Abfallgesetzes drastische Auswirkungen auf die Umwelt hat. Daher sind großflächige Aufklärungskampagnen und die Bereitstellung von Informationen für jegliche Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Vereine uvm.) unglaublich wichtig. Außerdem sind strengere Vorgaben im Vollzug des Abfallgesetzes notwendig.

Unser Ziel für ein nachhaltiges Abfallmanagement ist eine branchenübergreifende Umsetzung der Kreislaufwirtschaft. Es sollen so wenig Ressourcen wie möglich verschwendet und jegliche Produkte und Materialien möglichst lange im Kreislauf geführt werden. Müllverbrennung darf nur die letzte Lösung für nicht sinnvoll recycelbare Abfälle sein. Dies wird spürbar durch gesteigerte Recyclingquoten, den vermehrten Einsatz von recycelten und recyclingfähigen Materialien sowie ein sauberes Stadtbild.

Deshalb setzt sich Volt für folgende Zukunft ein:

Mülltrennung im öffentlichen Raum: Viele Wertstoffe gehen verloren, weil im öffentlichen Raum hauptsächlich Restmülltonnen aufgestellt sind. Dabei werden, gerade wenn Bürger*innen unterwegs sind, Einwegprodukte gekauft. Vom Kaffeebecher über Plastikteller bis zur Sandwich-Verpackung – all diese Materialien landen in der Müllverbrennung. Durch Mülleimer mit Trennungsmöglichkeiten gehen wir dieses Problem aktiv an.

Mehr Mülleimer und Aschenbecher im öffentlichen Raum: Rückstände aus Zigarettenstummeln können ins Grundwasser gelangen und Natur und Mensch nachhaltig schädigen. Vor allem in Grünanlagen und an öffentlichen Plätzen, an denen sich viele Besucher*innen aufhalten, müssen deshalb die Möglichkeiten zur einfachen Müllentsorgung erhöht werden.

Verpflichtung zur Bereitstellung von Gelber und Blauer Tonne: Gelbe, Blaue und – bei positiver Evaluierung des von uns initiierten Pilotprojekts – Braune Tonne sollen für alle Haushalte verpflichtend sein. Mülltrennung ist in Deutschland gesetzlich festgelegt, jedoch sind die Gelbe sowie die Blaue Tonne nur in manchen Städten/Kommunen verpflichtend. Wer keine Gelbe oder Blaue Tonne hat, muss, um nicht gegen das Abfallgesetz zu verstoßen, seine Verpackungsabfälle zu Hause dennoch getrennt sammeln und anschließend beim Wertstoffhof entsorgen. Aber wer tut das schon? Der Abfall landet dann in der Schwarzen Tonne und Wertstoffe gehen verloren. Daher

sollte die Stadt Köln den Besitz einer Gelben und Blauen Tonne für jeden Haushalt vorschreiben, da dies direkt auf die Kreislaufwirtschaft einzahlt, indem mehr Wertstoffe recycelt und wieder eingesetzt werden können. Wir setzen uns für eine Prüfung dieser Pflicht für alle Haushalte sowie für Sanktionen bei Verstoß ein.

Nutzung der Biotonne steigern: Über die Braune Tonne können wertvolle natürliche Materialien gesammelt und wiederverwendet werden. Wir setzen uns für die Ausweitung unseres Pilotprojekts „Biotonne“ ein.

Aufklärungskampagnen: Wer versteht, wie Recycling funktioniert und warum es sinnvoll ist, wird es eher umsetzen und unterstützen. Daher setzen wir uns dafür ein, die Kölner*innen umfassend über korrekte Mülltrennung und die Umsetzung daheim zu informieren. Durch die Aufklärung über Kreislaufwirtschaft in Kooperation mit Schulen, Initiativen und Industrie können wir ein breiteres Verständnis für Kreislaufwirtschaft schaffen.

Verpackungssteuer: Eine Verpackungssteuer soll unter Einbezug betroffener Akteur*innen umgesetzt werden. Sie setzt Anreize, unnötige Verpackungen zu vermeiden und möglichst Mehrwegmaterialien zu benutzen. Einwegverpackungen machen einen großen Teil des Mülls auf den Straßen aus. Darum kann die Steuer zu mehr Sauberkeit führen und die Kosten für die Stadtreinigung senken. Das hilft auch der Natur, denn wilder Müll wird durch Wind und den Rhein auch in Grünflächen, das Umland und das Meer getragen. Wichtig ist uns, dass die Steuer möglichst unkompliziert und bürokratie-arm für Unternehmen, die Verwaltung und Verbraucher*innen umgesetzt wird.

1.2. Mobiles Köln

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Jeder Mensch möchte schnell, bequem, zuverlässig und sicher von A nach B kommen. Wir wünschen uns ein Köln, das Menschen genau das ermöglicht – und zwar, ohne die Umwelt oder andere Menschen zu belasten. Leider wurde in der Mobilitätsplanung jahrelang das Auto an die erste Stelle gesetzt – die Konsequenzen: Volle Straßen, Lärm und Unfälle gehören für Kölner*innen zur Tagesordnung. Der Fokus auf das Auto kostet uns Geld, Nerven und einige sogar ihr Leben. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind unterfinanziert, was zu Ausfällen von Bahn- und Busverbindungen und schlechten Arbeitsbedingungen führt. Gleichzeitig hinkt die Kölner Rad- und Fußinfrastruktur den Ansprüchen an eine moderne Metropole hinterher.

Mobilitätsplanung für alle – sicher und gerecht

In den letzten Jahren ist das Bewusstsein, dass sich etwas ändern muss, deutlich gestiegen. Volt hat vier Jahre als Teil des Kölner Gestaltungsbündnisses dafür gekämpft, die Situation zu verbessern. Wir haben erreicht, dass fast ein Drittel der Parkflächen umgewidmet wird, um den Umweltverbund, das Handwerk, die Pflege sowie die E-Mobilität gezielt zu fördern. Außerdem ist es dank unserer Initiative nun möglich, Parktickets digital zu bezahlen. Wir haben erfolgreich Bürokratie in Verwaltungsprozessen abgebaut und dafür gesorgt, dass Bau- und Planungsbeschlüsse zusammengelegt werden. Auch die Streichung der geplanten Erweiterung der Rodenkirchener Brücke aus der Zukunftsplanung für 2030 war ein bedeutender Erfolg. Dadurch wird der Fokus auf nachhaltige Mobilitätslösungen gelenkt. Wir werden uns auch weiterhin für eine zukunftsfähige Mobilität in Köln engagieren.

Deshalb setzt sich Volt für diese Zukunft ein:

Sichere und moderne Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmenden: Der Ausbau einer sicheren Verkehrsinfrastruktur steht im Mittelpunkt. Geschützte Radwege und eine klare Trennung der Mobilitätsarten sorgen für mehr Sicherheit und Komfort im Straßenverkehr. Sichere Übergänge werden durch bessere Sicht an Kreuzungen, Aufpflasterungen und vorrangige Zebrastreifen gefördert. Zudem verbessern intelligente Systeme wie Sensoren und adaptive Ampeln die Mobilitätssteuerung und warnen frühzeitig vor Gefahren. Eine bessere Beleuchtung an Übergängen, Haltestellen und Kreuzungen erhöht die Sichtbarkeit aller Verkehrsteilnehmenden und trägt zu mehr Sicherheit im öffentlichen Raum bei.

Optimierte Wege: Gemeinsam für ein besseres Miteinander! Volt Köln setzt sich für ein harmonisches Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden ein – egal ob zu Fuß, mit dem Rad, dem Auto oder den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wir wollen klare Prioritäten setzen: Freie Busspuren ermöglichen der KVB zuverlässige und schnelle Verbindungen, etwa auf der Aachener Straße. Durchdachte Radwege, die getrennt von Fußwegen verlaufen, sorgen für ein sicheres Vorankommen. Um die vielen bestehenden Problemstellen zügig zu entschärfen, setzen wir auf schnellere Entscheidungsprozesse, pragmatische Lösungen und mehr Personal in der Stadt- und Mobilitätsplanung. Gemeinsam gestalten wir eine Stadt, in der Mobilität sicher ist – für alle.

Mobility as a Service: Volt Köln setzt sich für die Modernisierung der Sharing-Angebote für Fahrräder, Lastenräder und E-Scooter ein, um diese umweltfreundlichen Verkehrsmittel effizienter und nutzungsfreundlicher zu machen. Sharing-Systeme sollen schneller, zuverlässiger und umweltfreundlicher werden, indem Fahrräder und E-Scooter an festen Stationen abgegeben und aufgeladen werden können. Dieses Modell, wie es in Danzig und Gdingen funktioniert, sorgt für weniger Verkehr auf Gehwegen und eine bessere Umweltbilanz. Zudem soll die KVB-Fahrradflotte modernisiert und ausgebaut werden, und die Fahrräder sollen per App genauso schnell entsperrt werden wie bei der Konkurrenz. Ein weiteres Ziel ist die Integration von Sharing-Angeboten in eine einzelne Mobility-as-a-Service (MaaS)-Plattform, um das Letzte-Meile-Problem¹⁶ zu lösen.

¹⁶ [Das berühmte Problem der „Last Mile“ erklärt](#)

Tempo 30 in der Innenstadt: Wir setzen uns für Tempo 30 in der gesamten Innenstadt ein. Dadurch wird die Lärmbelastung deutlich verringert und der Feinstaubausstoß sinkt, da der Verkehr gleichmäßiger fließt. Auch der Kraftstoffverbrauch verringert sich, da konstantes Fahren bei niedrigen Geschwindigkeiten effizienter ist. Tempo 30 erhöht die Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrende, indem sich der Bremsweg von Autos verkürzt und Unfälle weniger schwerwiegende Folgen haben. Die Fahrtdauer und die maximale Kapazität der Straße werden dabei kaum beeinträchtigt¹⁷.

Best Practice Tempolimit: Bologna

Bologna hat im Januar 2024 ein flächendeckendes Tempolimit von 30 km/h eingeführt. Seitdem verzeichnet die Stadt keine tödlichen Unfälle mit Fußgänger*innen mehr – erstmals seit 1991. Die Zahl der Verkehrstoten insgesamt hat sich nahezu halbiert. Zudem sind weniger Autos auf den Straßen, was zu einer Reduktion der Stickstoffemissionen um 29 % geführt hat. Außerdem ist die Fahrradnutzung um 10 % gestiegen.

Fußverkehrsbeauftragte in Köln stärken und handlungsfähiger machen: Um die Handlungsfähigkeit der Fußverkehrsbeauftragten in der Verwaltung zu stärken, sollen Mitarbeiter*innen aus verschiedenen Verwaltungsbereichen, wie Tourismus, Statistik oder der Abteilung für Senior*innen und Menschen mit Behinderung, einen Teil ihrer Arbeitszeit dafür einsetzen, eine interdisziplinäre Herangehensweise zu gewährleisten.

Schnelleres Vorankommen für umweltfreundliche Fortbewegung: Ausgewählte Fahrspuren sollen exklusiv durch Busse oder Carsharing-Fahrzeuge befahren werden. Dadurch werden sie deutlich attraktiver, da sie sich weniger durch den Stau quälen müssen und man mit ihnen schneller ans Ziel kommt. Gleichzeitig sollen Ampelschaltungen Radfahrer*innen und Fußverkehr Vorrang geben. Kürzere Wartezeiten und ein flüssiger Verkehrsfluss machen das Gehen und Radfahren attraktiver und effizienter.

Stärkere Kontrolle des motorisierten Verkehrs für mehr Sicherheit: Um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen, wird der motorisierte Individualverkehr strenger kontrolliert. Mehr Geschwindigkeitsmessungen und Abstandskontrollen sollen Verkehrsverstöße konsequenter ahnden. Dabei setzen wir verstärkt auf automatisierte Systeme, um die Kontrollen effizient und kostengünstig zu gestalten. Abschnittskontrollen ermöglichen eine präzisere Geschwindigkeitsüberwachung über längere Strecken, während mobile Blitzer gezielt an Unfall-Hotspots eingesetzt werden, um Unfälle zu reduzieren. Die Einführung und Prüfung neuer Technologien soll kontinuierlich vorangetrieben werden, um den Verkehr sicherer und gerechter zu machen.

Stau-Bepreisung für Köln: Die Stau-Bepreisung ist eine Gebühr für Autos und Lkw in bestimmten Stadtgebieten, um den Verkehr zu reduzieren, die Luftqualität zu verbessern und den ÖPNV zu stärken. Gleichzeitig verschiebt sie die Kosten des Autoverkehrs, die aktuell von der Allgemeinheit getragen werden, zurück zu den Verursachenden.

Erfolgreiche Beispiele aus London, Stockholm und Singapur zeigen, dass dadurch Staus verringert, Unfälle reduziert und die Kosten gerechter verteilt werden. Die Maut soll digital per Nummernschilderkennung erhoben und nach Schadstoffausstoß gestaffelt werden, mit sozialen Vergünstigungen für Bedürftige.

¹⁷https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/publikationen/wirkungen_von_tempo_30_an_hauptstrassen.pdf

Parkraummanagement

Dynamische Parkgebühren und nachhaltige Nutzung des Parkraums: Die Parkgebühren werden variabel nach Faktoren wie Fahrzeuggröße, Gewicht, Umweltbelastung sowie Tageszeit und Auslastung berechnet. Größere, schwerere und umweltschädliche Fahrzeuge kosten mehr, während emissionsarme Fahrzeuge Vergünstigungen erhalten. Zusätzlich werden Parkplätze in stark frequentierten Innenstädten schrittweise reduziert und für alternative Nutzungen wie entsiegelte Grünflächen, Radwege oder Fußverkehrszonen umgestaltet.

Digitale Parkscheinautomaten und automatisierte Kontrolle: Alle Parkautomaten werden durch digitale Systeme ersetzt, die eine Kennzeicheneingabe erfordern. Die Parkzeit kann per App oder am Terminal flexibel verlängert werden. Gleichzeitig ermöglichen Kamerasysteme an festen Kontrollpunkten oder mobilen Fahrzeugen eine automatisierte Überwachung, um falsch parkende Fahrzeuge sofort zu erfassen und zu ahnden. Beispielsweise können Busse der KVB mit Kameras ausgestattet werden, mit denen falsch geparkte Autos automatisiert erfasst werden.

Strengere Strafen und konsequente Durchsetzung der Parkregeln: Durch häufigere Kontrollen und den Einsatz intelligenter Kamerasysteme werden Verstöße schneller erkannt und konsequent geahndet. Fahrzeuge, die unberechtigt abgestellt wurden und andere Verkehrsteilnehmende gefährden können, sollen effizienter abgeschleppt und mit höheren Strafen belegt werden.

Alternative Parkflächen außerhalb der Innenstadt: Um den Parkdruck in der Kölner Innenstadt zu reduzieren, sollen Parkflächen am Stadtrand für eine erhöhte Nutzung angepasst werden. Diese dienen nicht nur als klassische Park & Ride-Möglichkeiten, sondern bieten auch Stellplätze für Campingfahrzeuge, die aktuell und teils langfristig innerstädtische Parkräume blockieren. In der Innenstadt selbst wird das Parken für Wohnmobile und ähnliche Fahrzeuge auf kurze Zeiträume begrenzt. So schaffen wir mehr Platz für Anwohnende sowie Besucher*innen und schaffen eine lebenswertere Stadt.

Belebte und autoarme Veedel

Verkaufsoffene & autofreie Sonntage für lebenswerte Veedel: Langfristig sollen Stadtteile möglichst autoarm werden. Um die Akzeptanz dafür zu erhöhen, setzen wir uns in der nächsten Wahlperiode dafür ein, dass verkaufsoffene Sonntage in ausgewählten Veedeln autofrei gestaltet werden. So erleben Bürgerinnen und Bürger den Mehrwert verkehrsberuhigter Quartiere direkt. Die lokale Wirtschaft wird gestärkt, indem ausschließlich örtliche Gastronomie Verkaufsangebote machen dürfen – Foodtrucks von außerhalb erhalten keine Genehmigung, um die Betriebe vor Ort zu fördern.

Superveedel: Lebenswerte, autoarme Wohnquartiere – Superveedel basieren auf dem Superblock-Konzept, bei dem mehrere Häuserblocks zu einer Einheit zusammengefasst werden, in der der Durchgangsverkehr für Autos eingeschränkt ist. Durch physische Barrieren, Einbahnstraßenregelungen und Verkehrsberuhigung wird der motorisierte Verkehr reduziert, während Fuß- und Radverkehr im Mittelpunkt stehen. Um nachhaltige Mobilität zu fördern, werden Radwege ausgebaut, Fußverkehrszonen verbessert und Carsharing-Stationen integriert. Ehemalige Parkflächen und Fahrbahnen werden zu Grünflächen, Spielplätzen und Gemeinschaftsbereichen umgestaltet, um die Aufenthaltsqualität zu steigern. Die Anwohnenden werden durch Workshops und Umfragen aktiv in die Planung einbezogen, sodass die Veedelsblöcke den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprechen.

Best Practice Superblocks: Barcelona

Im Rahmen des Stadt-Verkehrswegeplans 2013 bis 2018 für Barcelona ist der Ausbau sogenannter „Superblocks“ vorgesehen. Einen Superblock kann man sich wie eine verkehrsarme Zone vorstellen, jedoch umfasst jeder Superblock einen Bereich von ca. 400 x 400m, in dem Vorrang für den Fuß- und Fahrradverkehr gewährt wird. PKWs dürfen sich nur noch mit ca. 10 km/h bewegen, wobei die Einfahrt vor allem auf Anwohner*innen und notwendigen Lieferverkehr beschränkt ist. Durchgangsverkehr wird um die Superblocks herum über Straßen mit höherer Geschwindigkeit geleitet. Das Ziel ist nicht nur die Verkehrsberuhigung, sondern auch, den Zugang zum öffentlichen Raum Straße wieder als Lebens- und Aufenthaltsraum für Erwachsene und Spielfläche für Kinder zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen Verkehrsverletzte¹⁸ und -tote sowie Lärm- und Luftbelastung stark reduziert werden¹⁹. Trotz anfänglicher Kritik entwickelten sich lokale Geschäfte meist positiv, mit teils mehr Kundschaft und Umsatz.

Privates Carsharing: Die Stadt Köln wird angeregt, in Nachbarschaften und Veedeln Informationsveranstaltungen anzubieten und über die Möglichkeiten von privatem Carsharing und deren Umsetzung aufzuklären. Die Verwaltung wird angehalten, aufkommende private Carsharing-Netzwerke durch Wissenstransfer zu unterstützen.

Bus und Bahn wie in der Schweiz

Autonom fahrende Stadtbahnen für einen effizienten Nahverkehr: Der Einsatz von autonom fahrenden Stadtbahnen in der Stadtbahnsteuerung soll die angespannte Personalsituation im ÖPNV entlasten. Zunächst sollen unterirdische Abschnitte automatisiert werden, da es dort keine Überschneidungen mit anderen Verkehrsmitteln gibt. Für Linien 3 und 4 kann beispielsweise der Abschnitt zwischen Suevenstraße und Rochusplatz automatisiert werden, was bereits über 30 % der Strecke entspricht. Ziel dieser Maßnahme ist keinesfalls ein Personalabbau, sondern die Erhöhung der Qualität und der Ausgleich von fehlenden Stellen. Volt setzt sich dafür ein, dass Köln als Vorreitermetropole Mittel für Forschung bekommt.

Bessere Arbeitsbedingungen bei der KVB: Volt Köln setzt sich für verbesserte Arbeitsbedingungen des KVB-Fahrpersonals ein und orientiert sich dabei an den Empfehlungen von ver.di:

- **bessere Schichtplanung** mit einer standardmäßigen Ruhezeit von 11 statt 10 Stunden zwischen den Diensten
- **Begrenzung der Dienstlänge** auf maximal 10 Stunden
- **Abschaffung geteilter Dienste**, die zu langen, unbezahlten Pausen zwischen zwei Teilschichten führen

Das Pilotprojekt „BodyCams“ der KVB soll fortgeführt werden. Die ersten Ergebnisse²⁰ zeigen, dass Gewalt gegenüber Beschäftigten und Kund*innen dadurch tendenziell reduziert werden kann. Um auch Bürger*innen vor Missbrauch durch Kontrolleur*innen zu schützen, müssen die Bodycams zukünftig auf Anforderung eingeschaltet werden; dies kann die Sicherheit aller erhöhen. Des Weiteren wird eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation des Projekts angestrebt.

¹⁸ Verglichen mit der Vergleichsperiode 2018/2019 sank die Zahl an Verkehrsverletzten in LTN 2020 um 50%, vor allem im Fußverkehr:

<https://backend.repository.difu.de/server/api/core/bitstreams/92c4614c-293b-44ff-9a57-7c20ffb75c5f/content>

¹⁹ <http://theconversation.com/superblocks-are-transforming-barcelona-they-might-work-in-australian-cities-too-123354>

²⁰ <https://www.kvb.koeln/unternehmen/presse/pressemitteilungen.html?view=931>

Ausbau intelligenter Busrouten: Volt Köln setzt sich für den Ausbau intelligenter Busrouten ein, um den ÖPNV effizienter und attraktiver zu gestalten. Mithilfe eines Open-Data-Ansatzes können KVB-Daten zu Auslastung und Taktung analysiert und mit Künstlicher Intelligenz optimierte Routen entwickelt werden. Ein Machine-Learning-Wettbewerb, der in Boston Millionen einsparte, kann dabei helfen. Parallel dazu setzen wir auf eine Stadtplanung, die mehr Raum für nachhaltige Mobilität schafft, ähnlich wie in Paris, wo autofreie Zonen den Radverkehr massiv gefördert haben.

Öffentliche Daten für öffentliche Gelder: Wir setzen uns dafür ein, dass ein großer Teil der Daten der KVB für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dazu gehören Informationen zu Ausfällen, Pünktlichkeit, GPS-Standortdaten und Statistiken über defekte Aufzüge und Rolltreppen. Diese Transparenz ist notwendig, um das Vertrauen in den ÖPNV zu stärken und die Mobilitätswende zu fördern, indem Nutzer*innen rechtzeitig über Änderungen oder Verspätungen informiert werden.

Optimierung des Busverkehrs: Volt Köln setzt sich für die Optimierung des Busverkehrs ein. Durch einen öffentlichen Wettbewerb sollen innovative Lösungen für effizientere Routen gefunden werden. Grundlage dafür ist die Veröffentlichung relevanter KVB-Daten – unter anderem zur Auslastung, Taktung, Verspätungshäufigkeit und Haltestellenfrequenz. Die besten eingereichten Konzepte sollen anschließend getestet und in den regulären Betrieb übernommen werden.

Nutzung alter Frachtbahn-Trassen: Volt Köln setzt sich für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie zum Potenzial der Umnutzung ehemaliger Frachtbahntrassen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ein. Die Einrichtung von Stadtbahn- bzw. S-Bahnlinien auf den potenzialträchtigsten Strecken soll vorangetrieben werden, sollte Potenzial für eine Umnutzung festgestellt werden.

1.3. Veedelsnahes Köln

Köln ist eine Stadt der Veedel, vielfältig, vertraut und oft überraschend.

Viele unserer Ortsteile sind historisch gewachsen und eher dörflich geprägt. Diese Orte haben meist ein eigenes Vereins- und Sozialleben und ein eigenes Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Damit vereint Köln das Beste aus zwei Welten: die Vorteile einer urbanen Infrastruktur und die Gemeinschaft und Überschaubarkeit kleiner, selbstständiger Veedel.

Nachhaltige Stadtentwicklung – Eine Stadt für Alle

Köln ist eine wachsende Stadt! Eine Stadt der Möglichkeiten, deren sozialer Zusammenhalt sie lebenswert und menschlich macht. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Wohnraum und Infrastruktur und damit die Notwendigkeit nachhaltiger und ganzheitlicher Stadtentwicklung. Diese vereint den Nachhaltigkeitsdreiklang aus Ökologie, Sozialem und Ökonomie.

Neue Quartiere, die Flächen auch ökologisch aufwerten, Wege und Straßen, die für alle da sind, saubere Luft und Orte der Begegnung für mehr soziales Miteinander. Veedel, in denen alle Menschen aktiv eingebunden und integriert sind, ein aktives Gemeinschaftsleben, das Brücken baut. Eine Stadt der kurzen Wege und Plätze für alle durch geschlechter- und generationengerechte Gestaltung.

Aktive Bodenpolitik fördern: Wir setzen uns für eine langfristige Strategie beim Ankauf von Bauland und die Aufrechterhaltung des Netto-Landbesitzes²¹ der Stadt Köln ein. Dadurch soll der Bestand des kommunalen und geförderten Wohnungsbaus langfristig stabilisiert werden. Zudem sollen die Flächen für soziokulturelle, sportliche und pflegerische Zwecke sowie für Grünflächen gesichert und weiterentwickelt werden, um eine nachhaltige und lebenswerte Stadtgestaltung zu gewährleisten.

Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts für eine soziale Stadtentwicklung: Volt Köln setzt sich für die konsequente Nutzung und rechtliche Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts ein, um Spekulation mit Wohnraum einzudämmen und langfristig bezahlbares Wohnen zu sichern. Die Stadt muss in die Lage versetzt werden, Grundstücke und Immobilien in sozialen Erhaltungsgebieten sowie strategisch wichtigen Lagen bevorzugt zu erwerben, um diese für den gemeinwohlorientierten Wohnungsbau, genossenschaftliche Modelle und nachhaltige Stadtentwicklung zu nutzen. So kann Köln aktiv gegen Verdrängung vorgehen und die Stadt als lebenswerte Heimat für alle gestalten.

Förderung nachhaltiger und sozial gerechter Stadtentwicklung in Köln: Wir möchten eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung, die ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Tragfähigkeit vereint. Wir setzen uns für die konsequente Anwendung sozialer Erhaltungssatzungen in gefährdeten Stadtteilen ein, um Verdrängung durch Luxussanierungen und Spekulation zu verhindern. Gleichzeitig müssen neue Wohnprojekte klima- und ressourcenschonend geplant werden, indem Nachverdichtung intelligent gesteuert, Grünflächen erhalten und innovative Mobilitätskonzepte integriert werden. Köln braucht eine Bau- und Wohnungspolitik, die langfristig bezahlbaren Wohnraum sichert und zugleich die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger verbessert.

Stärkung des Erbbaurechts für langfristig bezahlbaren Wohnraum: Volt Köln setzt sich für eine verstärkte Nutzung des Erbbaurechts ein, um Boden als öffentliches Gut zu erhalten und bezahlbaren Wohnraum langfristig zu sichern. Statt städtische Grundstücke zu verkaufen, soll Köln verstärkt Erbbaurechte vergeben, insbesondere an gemeinwohlorientierte Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und soziale Träger. Dies ermöglicht eine

²¹ Der Netto-Landbesitz einer Kommune bezeichnet die Gesamtfläche des kommunalen Eigentums abzüglich verpachteter, verkaufter oder anderweitig gebundener Flächen.

nachhaltige Stadtentwicklung, da die Kommune langfristig über die Nutzung des Bodens entscheiden kann, während gleichzeitig soziale und ökologische Kriterien für die Bebauung festgelegt werden. Durch eine gerechte Erbbauzinsgestaltung kann zudem sichergestellt werden, dass Wohnen für alle Menschen in Köln bezahlbar bleibt.

Geschlechtergerechte Stadtplanung: Volt Köln setzt sich für eine Stadtgestaltung ein, die die Bedürfnisse aller Geschlechter berücksichtigt – inspiriert von Städten wie Wien, die mit breiteren Gehwegen, gut beleuchteten Parks und sicheren öffentlichen Räumen Vorreiterinnen in geschlechtersensibler Planung sind.

Inklusive Infrastruktur schaffen: Wir setzen uns für eine inklusive Stadtinfrastruktur ein. ÖPNV-Haltestellen sowie öffentliche Gebäude wie Bibliotheken, Bürger*innenämter, Sportstätten und Kulturhäuser sollen für alle Menschen barrierefrei zugänglich sein – durch stufenlose Zugänge, automatische Türen, Aufzüge, Leitsysteme für sehbehinderte Menschen sowie verständliche Beschilderung inklusive akustischer Informationen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine barrierefreie digitale Infrastruktur gemäß Richtlinie 2016/2102 der Europäischen Union („Web Accessibility Directive“) ein, beispielsweise durch leicht verständliche Sprache, Screenreader-kompatible Webseiten und mehrsprachige Informationen auf den städtischen Portalen. Inklusives Design soll zum Standard werden – in der physischen sowie in der digitalen Stadt.

Partizipation und Mitbestimmung stärken: Barcelona hat gezeigt, dass durch partizipative Stadtplanung die Bedürfnisse von Frauen, queeren und marginalisierten Gruppen besser berücksichtigt werden. Auch in Köln müssen solche Ansätze verstärkt gefördert und in Entscheidungsprozesse integriert werden.

Senior*innen: Volt denkt gute Lebensbedingungen für Menschen über 60 Jahren in allen Bereichen des Lebens mit. Wir setzen uns ein für ein gutes Miteinander in der Stadt und den Veedeln, auf ihren Straßen und Plätzen:

- für breite Gehwege, die auch für Rollatoren und Rollstühle geeignet sind, für sichere Fahrradwege und einen gut zugänglichen ÖPNV
- für kostenlose barrierefreie Toiletten, Wasserspender, Bänke und ansprechende Bepflanzung
- für eine gut zugängliche Gesundheitsversorgung

Öffentliche Toiletten: Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben – das schließt den Zugang zu sauberen, sicheren und kostenfreien Toiletten mit ein. Seit 2020 haben wir über zwei Millionen Euro für neue Toiletten zugesetzt und die Zahl der öffentlich zugänglichen Anlagen in Köln verdoppelt. Mit dem laufenden Pilotprojekt testen wir barrierefreie, geschlechterneutrale und nachhaltige Ökotoiletten, teilweise mit Wickelmöglichkeiten – erfolgreich und mit großem Potenzial. In der nächsten Wahlperiode wollen wir dieses Modell verstetigen und Köln damit zur Vorreiterin für eine inklusive und ökologische Toiletteninfrastruktur machen. Denn: Pinkeln ist politisch.

Förderung integrativer Projekte und Initiativen: Volt Köln setzt sich für finanzielle Unterstützung für Projekte ein, die Brücken zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen schlagen. Diese fördern den Austausch und das Verständnis zwischen den Menschen und stärken so die Gemeinschaft.

Aktives Ortsteil-Management durch Ortsteil-Koordinator*innen: In Köln werden Koordinator*innen eingesetzt, die lokale Akteur*innen in Stadtteilen und Veedeln miteinander vernetzen und gezielt Menschen einbinden, die bisher wenig integriert sind.

Unterstützung von Ortsteilen bei der Erhaltung oder Einrichtung von Gemeinschaftsräumen: Angepasst an lokale Bedürfnisse wollen wir Förderprogramme für Vereine oder

Nachbarschaftsinitiativen ermöglichen, damit diese ihre Räumlichkeiten für die Allgemeinheit öffnen können.

Förderung von Bewegungs- und Erholungsräumen: Im Rahmen der Stadtplanung wird der Ausbau von wohnortnahen, barrierefreien Parks und Grünanlagen mit Sport-, Bewegungs- und Erholungsmöglichkeiten berücksichtigt und gefördert. Wir befürworten die Nutzung von Dächern und ungenutzten Flächen für Gemeinschaftsgärten und grüne Oasen.

Stadt für alle – öffentliche Räume gerecht gestalten:

Was für die einen Ausdruck urbaner Freiheit und Vielfalt ist, bedeutet für andere alltägliche Belastung. Ob Brüsseler Platz, Schaafenstraße, Neumarkt oder Ebertplatz: In vielen Kölner Quartieren zeigt sich, wie konfliktbehaftet die Nutzung des öffentlichen Raums geworden ist – besonders dort, wo Wohnen, Gastronomie, Kultur und Nachtleben auf engem Raum zusammenkommen. Hinzu kommen an manchen Orten – wie am Ebertplatz oder Neumarkt – zusätzliche Herausforderungen wie eine hohe Verschmutzung, offene Drogenszenen oder Sicherheitsbedenken.

Volt Köln will solche Konflikte nicht nur verwalten, sondern mit den Menschen vor Ort gestalten. Wir stehen für eine Stadtentwicklung, die Räume des Miteinanders fördert, ohne sie vorschnell zu beschränken. Pauschale Verbote lehnen wir ab – gleichzeitig erkennen wir an, dass gerichtliche Entscheidungen wie das OVG-Urteil zum Brüsseler Platz rechtlich bindend sind. Umso wichtiger ist es, entsprechende Maßnahmen in sozial verträgliche Konzepte einzubetten und sie regelmäßig zu überprüfen.

Dazu gehören belastbare Daten und smarte Instrumente: Mit kontinuierlicher Lärmmessung, systematischer Auswertung und transparenter Kommunikation schaffen wir die Grundlage für wirksame, verhältnismäßige und überprüfbare Maßnahmen. So stärken wir Vertrauen und ermöglichen Lösungen, die auf konkrete Situationen vor Ort zugeschnitten sind.

Gleichzeitig wissen wir: Nicht alles liegt in kommunaler Hand. Vorgaben wie die Technische Anleitung Lärm (kurz: TA Lärm) verpflichten uns rechtlich – auch wenn sie dem städtischen Leben oft nicht gerecht werden. Hier braucht es politischen Druck nach oben: interkommunalen Austausch, rechtspolitische Initiativen und klare Gespräche mit Land und Bund.

Nicht jeder öffentliche Raum braucht striktere Regeln – aber dort, wo es zu echten Nutzungskonflikten kommt, braucht es Lösungen, die fair, nachvollziehbar und gemeinsam entwickelt sind. Der öffentliche Raum gehört allen: von Familien mit kleinen Kindern, Menschen im hohen Alter, Anwohnenden, Besuchenden, Tourist*innen, Menschen mit Behinderungen, bis zu jungen und alten Menschen, die draußen feiern und verweilen wollen. Damit das so bleibt, braucht es Regeln, die überprüft, angepasst und an die Lebensrealitäten der Kölner*innen rückgekoppelt werden. Kölns Plätze sind kein Problem – sie sind eine Einladung, unsere Stadt solidarisch zu gestalten.

Wohnen in Köln

Ca. 46 % der Kölner*innen geben mehr als 30 % ihres Einkommens für die Miete aus. Damit liegt Köln bundesweit an dritter Stelle, zeigt eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung²². Viele Menschen finden keinen passenden Wohnraum, während viele ältere Personen in großen und nicht altersgerechten Wohnungen leben²³.

Bezahlbares Wohnen ist jedoch keine Frage des Glücks, sondern ein Recht, das wir sichern müssen – durch intelligente Stadtplanung, gezielte Förderung und nachhaltigen Wohnungsbau.

²² <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-teurer-wohnen-4509.htm>

²³ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/wohnen-in-bayern-senioren-in-zu-%20grossen-wohnungen-verkleinern,UI7Hwml>

Neuer Wohnraum muss die Bedürfnisse und Lebensstile der Menschen widerspiegeln, bezahlbar sein und gleichzeitig Umwelt sowie Klima schonen. Wir alle profitieren von nachhaltigen, vielfältigen Wohnkonzepten, die das gesellschaftliche Miteinander fördern und die Lebensqualität in unserer Stadt verbessern.

Deshalb setzt sich Volt für diese Zukunft ein:

Gründung einer gemeinnützigen städtischen Wohnungsbaugenossenschaft: Nach Wiener Vorbild wird durch eine solche Genossenschaft preisgünstiger Wohnraum geschaffen. Die Genossenschaft soll zu 100 % städtisch sein und pro Jahr mindestens 400 preisgünstige Wohnungen bauen. Die so geschaffenen Wohnungen dürfen in Zukunft nicht von der Stadt verkauft werden.

Best Practice Wohnungspolitik: Wien

Statt sozialen Wohnungsbau lediglich zu fördern, kauft und baut die Hauptstadt Österreichs seit über 100 Jahren mit ihrer städtischen Gesellschaft „Wiener Wohnen“ selbst Immobilien und vermietet diese zu erschwinglichen Preisen. Dadurch kann auch in Zeiten niedriger und einseitiger Investitionen der Privatwirtschaft in den Wohnungsmarkt ein hoher Anteil an bezahlbarem Wohnraum, insbesondere an Sozialwohnungen, geschaffen und erhalten werden. Das sorgt dafür, dass die Stadt dauerhaft erschwinglichen Wohnraum für alle bietet.

Ausweitung des kooperativen Baulandmodells: Volt Köln setzt sich für die Weiterentwicklung des Kooperativen Baulandmodells ein, um zusätzlich 20 % preisgedämpfte Wohnungen bei Bauprojekten auf städtischen Grundstücken verbindlich zu verankern.

Bevorzugung der Verteilung von Baugrund für den Wohnbau: Die Stadtentwicklungsgesellschaft soll die zukünftige städtische Wohnungsbaugenossenschaft bevorzugt, per Erstzugriffsrecht, mit Grundstücken versorgen.

Durchführung von modernen städtebaulichen und hochbaulichen Wettbewerben: Durch gute und zukunftsweisende Architektur werden möglichst wenig Quadratmeter pro Person für attraktives Wohnen benötigt. Gebaut wird möglichst aus nachwachsenden, lokalen und recycelten Rohstoffen. Energieeffizienz, Behaglichkeit und Ökologie sind in diese Materialien bereits eingebaut.

Erhalt vor Neubau: Bestehende Gebäude werden – wenn möglich und sinnvoll – erhalten, Büroflächen zu Wohnflächen umgewidmet. Abriss und Neubau werden nur bewilligt, wenn dadurch eine signifikante Nachverdichtung auf versiegelter Fläche entsteht. Die Stadt ermöglicht die Aufstockung von Häusern durch Änderung der Bebauungspläne.

Flexible Nutzungsregeln: Neue Arbeitsformen verringern die Belegungsquoten von Büroflächen in der Stadt. Durch flexible Nutzungsregeln wird die Umwandlung von Büro- in Wohnflächen vereinfacht.

„Karlsruher Modell“ und kleineres Wohnen: Durch den Ankauf von Belegungsrechten soll privaten Vermieter*innen, die über bis zu sechs Wohneinheiten verfügen, ein Zuschuss für die Ertüchtigung ihres Wohnraums zur Verfügung gestellt werden, unter der Voraussetzung, dass eben dieser Wohnraum für mindestens 10 Jahre zur Angemessenheitsmiete durch die Stadt belegt werden kann.

Unterstützung zur Verkleinerung von Wohnraum im Alter: Um Menschen, die in eine kleinere Wohnung umziehen wollen, zu unterstützen, sollen verschiedene Maßnahmen geprüft werden. Die Stadt unterstützt beim Umzug, wenn die Personen diese Hilfe in Anspruch nehmen möchten. Bei Bauprojekten in Veedeln, in denen viele ältere Menschen in Häusern oder großen Wohnungen leben, soll besonders auf den Bau von ausreichend altersgerechten Wohnungen geachtet werden,

um einen Umzug in vertrauter Umgebung zu ermöglichen. Wer sich im Alter verkleinern will, soll in seinem sozialen Umfeld bleiben und zugleich altersgerecht und barrierefrei wohnen können. Durch diese Maßnahmen werden zudem größere Wohnflächen für Familien verfügbar.

In Köln wird erlaubt, dass Eigentümer*innen von Einfamilienhäusern eine barrierefreie, altersgerechte neue Wohnung für den Eigenbedarf auf ihren Grundstücken errichten, wenn sie dadurch Wohnraum für Familien mit Kindern freigeben. Die Baugenehmigungen dafür werden so schnell wie möglich erteilt.

Innovative Wohnlösungen für ein besseres Zuhause: Volt Köln setzt sich für kreative und vertrauensvolle Lösungen auf dem Wohnungsmarkt ein. Projekte und Plattformen, die den Wohnungs- und Immobilitätsaustausch erleichtern, fördern wir aktiv. So können beispielsweise Familien in größere Wohnungen ziehen, während Seniorenpaare barrierefreien Wohnraum erhalten. Um diese Tauschprozesse sicher und reibungslos zu gestalten, soll ein treuhänderisches Verfahren eingeführt werden, das von der Stadt begleitet und gewährleistet wird. Auf diese Weise schaffen wir Win-win-Lösungen für alle Beteiligten und nutzen den vorhandenen Wohnraum effizienter – für ein zukunftsfähiges und gerechteres Köln.

Mehrgenerationenhäuser: Diese Wohnformen bieten ein einzigartiges Konzept, bei dem Menschen unterschiedlichen Alters unter einem Dach zusammenleben und voneinander profitieren. Insbesondere die Kombination von Kindertagesstätten (Kitas), Jugendlichen und Senior*innen eröffnet vielfältige Chancen für ein bereicherndes Miteinander. Hier soll die Stadt aktiv bei Bau oder Umwandlung unterstützen.

Gesundheit

Der gesundheitspolitische Versorgungsrahmen basiert auf den Prinzipien Solidarität und Eigenverantwortung. Dies sind unsere Leitlinien für kommunale Gesundheitspolitik. Gesundheitspolitische Aktivitäten können nicht kostenneutral geleistet werden. Gesundheits- und Sozialpolitik kosten Geld. Jeder Euro, der hier an der falschen Stelle eingespart wird, verursacht in den Folgejahren ein Vielfaches an Folgekosten, auch und besonders für die Kommunen. Deswegen sollen Refinanzierungsmöglichkeiten durch Kostenträger*innen im Gesundheitswesen angestrebt werden.

Unsere Schwerpunkte liegen vor allem in der Unterstützung von Präventionsmaßnahmen und darin, geeignete Lebensbedingungen zu schaffen, um gesundheitsförderliches Verhalten in Eigenverantwortung zu begünstigen, während die primäre Gesundheits- und Notversorgung effizient umgebaut wird.

Medizinische Primärversorgung

Die Zentralisierung von Kölner Kliniken und Leistungsbereichen stellt die Stadt Köln vor Herausforderungen in der Primärversorgung. Die Krankenhausreform erhöht die Wartezeiten für nicht lebenswichtige Eingriffe. Während die Notfallversorgung weiterhin gesichert bleibt, sind zusätzliche wohnortnahe Versorgungsangebote erforderlich, um eine qualitativ hochwertige, flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Besonders wirtschaftlich benachteiligte Menschen erkranken bis zu dreimal häufiger an verschiedenen Krankheitsbildern, weshalb die gesundheitliche Chancengleichheit verbessert werden muss²⁴.

Unser Ziel ist ein flächendeckendes Netz niedrigschwelliger Versorgungsangebote in multiprofessionellen Primärversorgungszentren und Netzwerken nach finnischem bzw. österreichischem Vorbild. Insbesondere niedrigschwellige Gesundheitsdienstleistungen sollen in sozioökonomisch benachteiligten Vierteln nach Hamburger Vorbild ausgebaut werden.

²⁴<https://leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/soziale-ungleichheit-und-gesundheit-krankheit>

Best Practice Gesundheitszentren: Finnland, Österreich

Gesundheitszentren sind in Finnland Hauptanbieter für die ärztliche Primärversorgung. In Sprechstunden, die sowohl von Ärztinnen und Ärzten verschiedener Fachrichtungen, Zahnärztinnen und -ärzten als auch von Pflegekräften und Physiotherapeut*innen angeboten werden, wird die Basisversorgung von chronisch und akut erkrankten Patientinnen und Patienten sichergestellt.

Gesundheitsberatungen, Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen, die zahnärztliche Versorgung und Basisdiagnostik gehören zu weiteren zentralen Aufgaben der Gesundheitszentren²⁵.

Deshalb setzt sich Volt Köln für folgende Zukunft ein:

Chancengleiche Primärversorgung durch:

- die Förderung kommunaler multiprofessioneller Primärversorgungszentren durch Kooperationen mit Krankenkassen,
- den Ausbau niedrigschwelliger Gesundheitsdienstleistungen wie Gesundheitskiosken für Präventionsangebote, Gesundheitsberatung und Basisdiagnostik,
- die Weiterführung und Ausweitung des anonymen Krankenscheins für nicht versicherte Personen.

Sicherung der klinischen Primärversorgung durch:

- die Sicherstellung einer schnellen Notfallversorgung durch Stärkung des Rettungsdienstes und Optimierung der Rettungswege kritischer Infrastruktur wie z.B. Brücken,
- die Schulungen von Gesundheitspersonal im Erkennen und Umgang mit Gewalt (häusliche/sexualisierte Gewalt, Gewalt gegen Kinder etc.),
- Maßnahmen zur besseren Patient*innensteuerung, u. a. durch Tele-Notärzt*innen. Hier streben wir insbesondere eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Ärztlichen Bereitschaftsdienstnummer 116117 und dem Rettungsdienst 112 an.

Förderung telemedizinischer Angebote durch:

- die Reduktion von Sprachbarrieren,
- den Ausbau telemedizinischer Sprechstunden und Telemonitoring zur Vermeidung unnötiger Krankenhausaufenthalte,
- die Förderung telemedizinischer Netzwerke in städtischen Kliniken (Bsp. TEMPIS²⁶)

Psychoaktive Substanzen

Verbotene psychoaktive Substanzen sind in der Gesellschaft weit verbreitet, deren Nutzer*innen sind eine stigmatisierte und diskriminierte Gruppe. Unser Ziel ist es, die sozialen und gesundheitlichen Missstände, die mit dem Konsum einhergehen können, zu verringern – durch Hilfe und Entstigmatisierung.

²⁵<https://www.aerzteblatt.de/news/was-deutschland-vom-finnischen-gesundheitssystem-lernen-koennte-44f6148a-03bf-43b7-b994-2613210cd1bb>

²⁶ Das Telemedizinnetzwerk TEMPiS verbindet regionale Krankenhäuser mit spezialisierten Schlaganfallzentren. Durch Videokonferenzen und den Austausch von Bilddaten können Neurolog*innen in Echtzeit Konsultationen durchführen, was die Behandlungsergebnisse für Schlaganfallpatient*innen signifikant verbessert hat.

Das portugiesische Modell zeigt eindrucksvoll, dass ein gesundheitspolitischer Ansatz anstelle von strafrechtlicher Verfolgung zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe, besserem Gesundheitsschutz und einer Verringerung drogenbezogener Probleme führt. Obwohl Köln keine Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich hat, kann die Stadt dennoch eine klare politische Haltung einnehmen und sich über den Städtetag für eine Entkriminalisierung aller psychoaktiven Substanzen einsetzen – einschließlich Heroin und Kokain.

Im öffentlichen Raum treffen unterschiedliche Interessen aufeinander, insbesondere, wenn dort stark wirksame Substanzen wie Heroin, Fentanyl oder Crack konsumiert werden. Hier braucht es pragmatische, inklusive Lösungen, die den Bedürfnissen der Menschen im öffentlichen Raum, eingeschlossen der Konsumierenden, gerecht werden. Wir setzen uns daher für einen massiven Ausbau der Hilfsangebote ein, etwa durch mehr Drogenkonsumräume, medizinische Betreuung, Streetwork und psychosoziale Unterstützung. Dafür müssen die nötigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Unser übergeordnetes Ziel ist die Reduktion gesundheitlicher Risiken, die Verbesserung der Betreuung, die Verringerung von Beschaffungsdruck und Kriminalität sowie die Schwächung des illegalen Drogenhandels. Volt Köln setzt sich beim Bundesgesetzgeber dafür ein, Modellprojekte nach dem Vorbild Portugals zu ermöglichen – einschließlich der kontrollierten Abgabe geringer Mengen verbotener Substanzen in Drogenkonsumräumen.

Weitere Herausforderungen sehen wir beim Gebrauch von Alkohol, Tabak und Cannabis, die insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu psychischen Problemen und Entwicklungsstörungen führen können. Entsprechend setzen wir uns für folgenden Maßnahmen ein:

Hilfsangebote, Aufklärung und Prävention

- Ausweitung der Aufklärung und evidenzbasierten Präventionsmaßnahmen an Schulen und im öffentlichen Raum. Die Zielgruppen sollen sowohl Jugendliche als auch Erwachsene sein. Ziel der Maßnahmen ist es, einen sicheren Umgang mit psychoaktiven Substanzen zu fördern, die Persönlichkeit der Teilnehmer*innen zu stärken und bestehende Stigmata über die Nutzer*innen abzubauen.
- Ausbau von sicheren Konsumbedingungen (z.B. in Drogenkonsumräumen, Spritzentausch), insbesondere tagesstrukturierende Maßnahmen wie Kontaktläden mit Ruheräumen und Notschlafstellen. Dabei sollen die zentralen Angebote um dezentrale ergänzt werden, um die Innenstadt zu entlasten.
- Niedrigschwellige Substitutionsbehandlung²⁷ auch für Menschen ohne Krankenversicherung
- Ausbau und intensivere Förderung der Diamorphinsubstitution
- Förderung der Substitution bei Crack-/Kokain-Abhängigkeit
- Ausweitung sowie Unterstützung beim Zugang zur psychosozialen Beratung im Drogenhilfesystem
- Schaffung niedrigschwelliger Unterbringungsmöglichkeiten und Beratungsstellen für wohnungslose konsumierende Menschen, insbesondere für Nutzer*innen von Fentanyl, da die Konsumabstände so gering sind, dass die Menschen die bisherigen Angebote nicht wahrnehmen können
- Ausbau von Selbsthilfegruppen für Menschen, die Substanzen mit starkem Suchtpotenzial konsumieren, sowie für deren Angehörige – als Ort für Austausch und Hilfe
- Durchführung von Informations- und Aufklärungskampagnen, um solidarisches Verhalten z.B. auf Volksfesten zu fördern; hierdurch können übermäßige Verschmutzung und Konflikte reduziert werden.

²⁷ Bei einer Substitution handelt es sich um eine medizinische Behandlung von Personen mit einer Opioidabhängigkeit. Die Behandlung erfolgt mit gesetzes- und richtlinienkonform zu verordnenden Medikamenten (Substituten) wie zum Beispiel Methadon.

Regulierung

- Ausbau des legalen Angebots von Cannabis in Anbauvereinigungen und Abgabestellen, um Sicherheit und Rechte der Nutzer*innen zu stärken und den illegalen Handel zu verkleinern (siehe auch den Abschnitt „Köln als Cannabis-Modellstadt“)
- Einführung einer Nichtraucherchutzverordnung: In viel frequentierten Außenbereichen, z.B. in der Innenstadt, an Straßenbahnhaltestellen und auf Volksfesten, soll Rauchen und Dampfen auf Raucherbereiche beschränkt werden. Dies gilt für Tabak, Cannabis und Liquide.
- Durchsetzung der Nichtraucherchutzgesetze und -verordnungen in Gaststätten und Clubs
- Einschränkung der Werbemöglichkeiten für alkoholische Getränke und stärkere Durchsetzung der Werbeverbote
- Entwicklung von Konzepten zur Senkung alkoholbedingter Belastungen im öffentlichen Raum in Zusammenarbeit mit Gastronomie und Einzelhandel, z. B. durch freiwillige Vereinbarungen zu Ausschankzeiten, verantwortungsvollen Verkauf und Sensibilisierung des Personals

Köln als Cannabis-Modellstadt

In Köln gebrauchen zahlreiche Menschen Cannabis. Gerade unter jungen Menschen hat sich der Gebrauch normalisiert und sollte deswegen nicht bekämpft, sondern durch Aufklärung und Verbraucherschutz sinnvoll begleitet werden. Einen ersten Schritt dazu stellt das Cannabisgesetz²⁸ des Bundes dar, das Gebrauch, Besitz und Eigenanbau in bestimmtem Rahmen erlaubt.

In der Praxis wird über Eigenanbau und die bestehenden Anbauvereinigungen jedoch nur ein kleiner Teil des Bedarfs abgedeckt. Der übrige, deutlich größere Anteil des Bedarfs wird vom illegalen Handel und damit der organisierten Kriminalität bedient. Das geht mit Schäden an der Gesellschaft, z.B. durch Korruption und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den kriminellen Organisationen, einher. Auf der anderen Seite ist die Gesundheit der Nutzer*innen durch Qualitätsmängel und Streckmittel gefährdet.

Die Lösung dessen stellt die Schaffung eines ausreichenden legalen Angebotes dar. Dieses wird sowohl die Gesundheit der Nutzer*innen schützen und ihre Rechte stärken als auch den illegalen Handel verdrängen. Dafür möchten wir zunächst die Gründung von Anbauvereinigungen unterstützen. Des Weiteren möchten wir die vollständige Legalisierung, inklusive legalen Verkaufs, durch ein Modellprojekt im Rahmen des Konsumcannabisgesetzes unterstützen. Dafür soll Köln in Kooperation mit der Uniklinik Köln und der Universität zu Köln zur Modellstadt werden. Dadurch wird auch die Gründung von Unternehmen im Bereich Cannabis angeregt, die langfristig zur Stärkung der Kölner Wirtschaft beitragen können.

Primärprävention

In Deutschland ist die Inanspruchnahme medizinischer Leistungen höher als in anderen EU-Staaten, doch die Versorgung bleibt in Bezug auf die Qualität unterdurchschnittlich²⁹.

Präventionsmaßnahmen und Eigenverantwortung in der Gesundheitsvorsorge sind unzureichend³⁰. Viele gesundheitliche Risiken (z.B. Ess- und Bewegungsverhalten) sowie soziale Ungleichheiten führen zu schlechteren Gesundheitsbedingungen, besonders für benachteiligte Gruppen. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Arbeits-, Umwelt- und sozialen Bedingungen sowie der Klimawandel erfordern einen interdisziplinären strukturellen Ansatz zur Gesundheitsförderung.

Volt Köln setzt sich dafür ein, durch eine integrierte, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, eine zentrale Koordination der Präventionsangebote und die Förderung von niedrigschwelligen

²⁸ <https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2024/207/VO>

²⁹ Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) (2024). Gesundheitswesen in Deutschland im europäischen Vergleich: Viel Versorgung, wenig Ergebnis.

<https://www.vdek.com/magazin/ausgaben/2024-04/gesundheitswesen-deutschland-europa-vergleich.html>

³⁰ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Soziale Ungleichheit und Gesundheit/Krankheit. <https://leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/soziale-ungleichheit-und-gesundheit-krankheit/>

Gesundheitsmaßnahmen die Gesundheit und Lebensqualität aller Kölnerinnen und Kölner nachhaltig zu verbessern.

Unser Ziel ist es, Gesundheitsrisiken frühzeitig zu reduzieren und die Eigenverantwortung zu stärken, um so die gesundheitlichen Chancen für alle zu verbessern. Gleichzeitig soll die Teilhabe an gesundheitsförderlichen Angeboten – unabhängig von Alter oder sozialer Herkunft – erhöht und durch gezielte Präventionsstrategien langfristig die Lebensqualität verbessert sowie Gesundheitskosten reduziert werden.

Gesundheitsförderliche Stadtentwicklung durch:

Verknüpfung von Stadtplanung mit Gesundheitsförderung (z.B. bessere Luftqualität, Grünflächen, Lärminderung (Stress):

- grüne Infrastruktur zur Verbesserung der Luftqualität und Reduzierung der Feinstaubbelastung
- lärmarme, emissionsfreie Wohngebiete durch reduzierte Verkehrslärmquellen
- Schaffung von öffentlichen Parks und Erholungsräumen mit Sitzmöglichkeiten und Wasserspendern
- Nutzung des „digitalen Zwillings der Stadt Köln“³¹ zur gesundheitsorientierten Stadtplanung
- Ausbau sicherer, fußverkehr- und fahrradfreundlicher Infrastrukturen (Rad- und Gehwege, 20- bzw. 15-Minuten-Städte)

Best Practice 20-Minuten-Stadt: Melbourne

Die Stadt Melbourne verfolgt eine umfassende, nachhaltige Stadtentwicklungsstrategie, um bis 2050 das Konzept der „20-Minuten-Stadt“ umzusetzen. Diese Konzepte stellen die Menschen in den Mittelpunkt. Die Kernidee ist, dass alle Bedürfnisse des täglichen Lebens fußläufig erreichbar sein sollten (ca. 20 Minuten oder 800 Meter Hin- und Rückweg). Dazu gehören Supermärkte, Parks und Schulen. Ein Hauptvorteil ist die geringere Abhängigkeit vom Auto, was das soziale Miteinander fördert und emissionsfreie Erledigungen ermöglicht. Melbourne setzt dabei auf gemischte Flächennutzung und eine fußverkehrfreundliche Stadtlandschaft.³²

Koordination und Integration von Präventionsangeboten:

- Zentrale Koordination von Präventionsmaßnahmen durch das Gesundheitsamt
- Kooperation zwischen Schulen, Kitas und Vereinen zur Förderung von Bewegungsangeboten
- Öffnung von Sportstätten und Schulhöfen für die Allgemeinheit

Förderung von Präventions- und Gesundheitsangeboten für benachteiligte Gruppen:

- Niedrigschwellige Vorsorgeuntersuchungen (z.B. Vorsorgetage in Bezirksrathäusern)
- Programme für kostenlose Vereinsmitgliedschaften für einkommensschwache Familien
- Förderung gesunder Ernährung in kommunalen Einrichtungen, insbesondere in Kitas

³¹ Ein urbaner digitaler Zwillings ist eine computergestützte Simulation von Zusammenhängen in einer Stadt, die als Planungs- und Entscheidungshilfe für die Stadtplanung dienen kann.

³²https://www.planning.vic.gov.au/_data/assets/pdf_file/0022/653125/Creating-a-more-liveable-Melbourne.pdf

Demografischer Wandel – Pflegenotstand

Pflege findet überwiegend Zuhause statt: Ende 2023 lebten rund 4,9 Millionen der insgesamt etwa 5,7 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland im häuslichen Umfeld³³. Der Anteil der zu Hause versorgten Pflegebedürftigen ist seit 2007 von 69,5 % auf 86 % gestiegen. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich bis 2055 fortsetzen, mit einer prognostizierten Zunahme auf 6,8 Millionen Pflegebedürftige³⁴.

In Köln führen demografische Veränderungen und der steigende Pflegebedarf zu wachsenden Belastungen³⁵. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis 2050 auf etwa 72.570 Personen ansteigen, was einen deutlichen Ausbau der Pflegeinfrastruktur erforderlich macht. Gleichzeitig wird sich die wirtschaftliche Lage vieler Haushalte verschärfen und die private Pflege zunehmend erschweren. Pflegeplätze und Fachkräfte – insbesondere im ambulanten Bereich – fehlen bereits heute. Um die Versorgung zu sichern, müssen bestehende Barrieren reduziert und pflegende Angehörige entlastet werden.

Um den stationären Pflegebereich zu entlasten, müssen Eigenpflege und Pflege zu Hause gestärkt werden. Dies erfordert verbesserte Rahmenbedingungen wie finanzielle Unterstützung für pflegende Angehörige und den Ausbau ambulanter Hilfsangebote. Zudem sollen gemeinschaftliche Versorgungsmodelle und die Pflegeinfrastruktur durch zusätzliche Pflegeplätze und Fachkräfte ausgebaut werden. Eine langfristige Planung sowie die Sicherstellung der Versorgungsgerechtigkeit in benachteiligten Bezirken sind essenziell.

Ausbau der Pflegeinfrastruktur durch:

- die Stärkung ambulanter Pflegemodelle, insbesondere durch häusliche Pflege und Förderung ambulanter Pflegedienste
- Förderprogramme für Investitionen in Barrierereduzierungen

Verbesserung der Pflege durch:

- die Förderung von digitalen Innovationen, wie Telemedizin und smarten Pflegeassistenzsystemen, um Versorgungslücken zu schließen³⁶
- den Einsatz mobiler Medizinprodukte und flexiblen Fachpersonals für Fernvisiten, z.B. in Pflegeheimen
- die Implementierung von KI-Systemen zur Unterstützung der Dokumentation

Bürokratieabbau durch:

- Vereinfachung von Verwaltungsprozessen (Pflegedienste, Krankenkassen, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales)
- Einrichtung eines Innovationsfonds zur Förderung von Forschung im Pflegebereich
- Bildung einer Arbeitsgruppe der kommunalen Gesundheits-Konferenz zur besseren Vernetzung der Akteur*innen im Gesundheitswesen
- Ausbau der gesonderten Parkrechte/Parkplätze für Pflegedienstleistende
- Flächendeckende Etablierung der Quartierpflege als Pflegemodell in der Stadt Köln

³³ Statistisches Bundesamt (2024). Pflege im Jahr 2023: Zahl der Pflegebedürftigen auf 5,7 Millionen gestiegen. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/12/PD24_478_224.html

³⁴ Stadt Köln (2023). Dritter Bericht zur kommunalen Pflegeplanung der Stadt Köln. https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf50/dritter_bericht_zur_kommunalen_pflegeplanung_der_stadt_k%C3%B6ln.pdf

³⁵ ebd.S.24

³⁶ Ärztliches Personal kann aus der Ferne durch Hilfe von audiovisuellen Medizinprodukten und Fachpersonal vor Ort standard Visiten (bspw. in Pflegeheimen) sowie Versorgungsleistungen (Ultraschall, EKG etc.) durchführen.

2. Bunt Köln – Sozial. Jugend- und familienfreundlich. Aktiv.

2.1. Soziales Köln

Vielfalt feiern, Chancengerechtigkeit leben, soziale Teilhabe stärken

Ein zentraler Grundsatz der Europäischen Union ist die Überzeugung, dass allen Menschen gleiche Rechte und Chancen zustehen und die Menschenrechte geachtet werden müssen. Insbesondere in Zeiten, in denen grundlegende Menschenrechte weltweit angegriffen werden, ist es umso wichtiger, Menschlichkeit und Solidarität ins Zentrum des politischen Handelns zu stellen.

Der konsequente Kampf gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Islamfeindlichkeit sowie gegen die Anfeindung und Diskriminierung aller Minderheiten muss eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe ist entscheidend, damit alle Menschen die Möglichkeit haben, aktiv am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen.

Für den sozialen Zusammenhalt und eine chancengerechte Gesellschaft bildet zivilgesellschaftliches Engagement das Rückgrat. Volt setzt sich dafür ein, bestehende Strukturen – insbesondere Bürger*innenzentren bzw. „Bürgerhäuser“, interkulturelle Zentren, soziale Initiativen und Vereine – transparent zu fördern und weiter zu stärken.

Vielfalt feiern

Soziale Integration und die Beendigung von Diskriminierung jeder Art erfordern gezielte Maßnahmen, um Vorurteile abzubauen. Durch Bildung, Sensibilisierung, nachhaltige Rahmenbedingungen und eine positive Herangehensweise können wir eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der Vielfalt geschätzt wird.

Deshalb setzt sich Volt für diese Zukunft ein:

Verpflichtende Anti-Diskriminierungsschulungen für städtische Mitarbeitende: Die durch Volt initiierten Schulungen für Leitungsstellen und Personen mit Außenkontakt wollen wir ausweiten.

Spezialisierte Beratungs- und Schutzangebote ausbauen: Kultursensible Anlaufstellen müssen gestärkt werden, um rechtliche Beratung, psychosoziale Unterstützung und Schutz vor Gewalt zu gewährleisten.

Antisemitismus entschieden entgegenzutreten: Ein wichtiger Baustein ist die Förderung und Ausweitung der Arbeit des NS-Dokumentationszentrums. Volt Köln unterstützt somit ausdrücklich die Arbeit des NS-DOK und setzt sich für eine Ausweitung des vorhandenen Angebots ein, zum Beispiel durch die Schaffung weiterer Stellen für städtisch geförderte Referent*innen. Die Arbeit des NS-Dokumentationszentrums leistet einen beträchtlichen Beitrag zur Aufklärung und Auseinandersetzung mit aktuellen rechtsextremen Erscheinungsformen; denn dafür bedarf es eines geschichtlichen Rückblicks, insbesondere auf den Nationalsozialismus, um daraus Rückschlüsse für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Volt unterstützt die Umsetzung der Bundes-/Landesantisemitismusstrategien. Wir setzen uns dafür ein, dass Köln im deutschen Städtetag eine Weiterentwicklung dieser Strategien vorantreibt. Die Maßnahmen der Stadt und der Beteiligungsunternehmen wollen wir weiter ausbauen und professionalisieren, indem wir die Zusammenarbeit mit den Stakeholdern, wie dem NS Dok, dem RIAS und der jüdischen Community, stärken. Im Austausch mit den Stakeholdern wollen wir konkrete Maßnahmen, wie das Programm „Meet a Jew“, stärken.

Interkonnessionelle Feiertage: Köln ist 2022 Preisträgerin „Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt“. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt und die städtischen Beteiligungsunternehmen Rücksicht auf die unterschiedlichen Konfessionen und die zugehörigen Feiertage nehmen.

Interkulturelle Spiel- und Krabbelgruppen für Kinder: Volt setzt sich dafür ein, interkulturelle Spiel- und Krabbelgruppen flächendeckend zu etablieren. Diese Gruppen ermöglichen es Eltern und Kindern verschiedener kultureller Hintergründe, sich besser kennenzulernen und Netzwerke zu knüpfen, was die Integration fördert.

Unterstützung von Geflüchteten und Asylsuchenden: Ehrenamtliche Geflüchtetenhilfe soll finanziell gestärkt werden, um u.a. Beratungsangebote sicherzustellen und auszuweiten.

Kölner Preis für Integration und Vielfalt: Köln hat 2022³⁷ als erste Stadt den europäischen Preis „European Capitals of Inclusion and Diversity“ erhalten. Diese Ehrung wollen wir als Preis für unsere Kölner und Kölnerinnen einführen, um das zivilgesellschaftliche Engagement in diesem Bereich zu ehren.

Zivilgesellschaft stärken

Der große Bereich der Zivilgesellschaft ist getragen durch das große ehrenamtliche Engagement der Kölner*innen. Gerade in Zeiten, in denen um den sozialen Frieden und unsere Demokratie gebangt wird, ist die Stärkung der Zivilgesellschaft der Schlüssel zu einem sozialen Wandel hin zu einer inklusiven, praktizierten, engagierten und resilienten Gesellschaft^{38,39}.

Deshalb setzt sich Volt für diese Zukunft ein:

Stärkung des Ehrenamtes: Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Strukturen und das Engagement der Stadt⁴⁰, das Ehrenamt, zu schützen, zu vereinfachen, wertzuschätzen und auszubauen. Hierbei ist besonders die Kooperation mit den ansässigen Unternehmen in der Stadt in den Fokus zu nehmen, um für die zivilgesellschaftlichen Initiativen nicht nur die politische und kommunale Unterstützung sicherzustellen, sondern auch die wirtschaftliche zu verstetigen. Hierdurch können auch die Angebote der Ehrenamtskarte, der Juleica-Karte (Jugendleiter-Card), ausgebaut und das Forum Unternehmen⁴¹ engagiert in Köln weiter etabliert werden.

Vereine fördern: Vereine können ein Nährboden für ein inklusives Leben sein. Vereine, die diese Inklusivität und soziale Bindung herausarbeiten, sind aus der Sicht von Volt von der Stadt zu unterstützen. Dies muss nicht immer finanzieller Art sein, sondern kann auch organisatorische Unterstützung oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten etc. sein.

Stärkung von migrantischen Selbstorganisationen und Community-Projekten: Köln hat eine vielfältige und aktive migrantische Zivilgesellschaft – Volt Köln setzt sich dafür ein, diese Initiativen gezielt zu fördern, indem sie finanzielle Unterstützung, Räume für Vernetzung und Mitbestimmungsmöglichkeiten in kommunalen Entscheidungsprozessen erhalten.

Förderung von inklusiven Veranstaltungen: Köln lebt von seiner Vielfalt und von den kleinen Aktionen, die Menschen aus ihrer Komfortzone herausholen und zu Begegnungen darüber hinweg führen. Solch ein Engagement ist auszubauen und zu fördern. Förderung kann finanzieller Natur sein, aber auch andere Möglichkeiten der Förderung wie durch Organisation, Marketingmaßnahmen oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten durch die Kommune sind möglich.

³⁷<https://www.stadt-koeln.de/artikel/72013/index.html#:~:text=K%C3%B6ln%20ist%20erste%20Preistr%C3%A4gerin&text=Der%20Preis%20%22European%20Capitals%20of.2022%20zum%20ersten%20Mal%20verliehen>

³⁸<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/zivilgesellschaft-staerken-und-langfristig-foerdern-225638>

³⁹https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/wp-content/uploads/2024/03/240227_FW_Ergebnisbereich_bp_Organisationale-Resilienz.pdf

⁴⁰<https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/ehrenamt/index.html>

⁴¹<https://www.stadt-koeln.de/artikel/72441/index.html>

Geschlechtergerechtigkeit

Volt Köln stellt sich entschieden gegen antifeministische Strömungen, die Gleichstellung behindern und geschlechtsspezifische Diskriminierung verharmlosen oder leugnen. Volt Köln steht für einen Queer-Feminismus, der sich für die Gleichberechtigung aller Menschen einsetzt, indem er die Verflechtungen von Geschlecht, Sexualität, Herkunft, Klasse und anderen sozialen Kategorien berücksichtigt. Dieser Feminismus kritisiert nicht nur patriarchale Strukturen, sondern bekämpft jede Form von Ungleichbehandlung – sei es aufgrund von Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Rassismus oder anderen Diskriminierungsformen. Dabei geht es nicht nur um die Emanzipation von Frauen*, sondern um eine umfassende gesellschaftliche Transformation hin zu mehr Gerechtigkeit und Teilhabe.

Deshalb setzt sich Volt für diese Zukunft ein:

Geschlechtergerechtigkeit als Leitprinzip: Volt Köln setzt sich für eine konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming⁴² ein, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen und Maßnahmen geschlechtergerecht gestaltet und strukturelle Benachteiligungen abgebaut werden. Zur vollumfänglichen Umsetzung der Istanbul-Konvention benötigt es ein stadtweites Monitoring von Maßnahmen zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen.

Ausbau von Schutzräumen und Hilfsangeboten: Volt setzt sich für mehr Frauenhäuser, Schutzwohnungen und Notunterkünfte, sowie eine verlässliche Finanzierung bestehender Einrichtungen ein, um Betroffenen von häuslicher und sexualisierter Gewalt schnelle und sichere Hilfe zu bieten. Zudem soll es mehr Schutzräume für queere Menschen und für LSBTIAQ*-Geflüchtete geben, die vor queerfeindlicher Gewalt geflohen sind.

Prävention durch Bildung und Aufklärung: Gewaltprävention muss früh ansetzen – deshalb setzen wir uns für gezielte Bildungsprogramme, Workshops und Kampagnen in Schulen, Jugendeinrichtungen und in der Verwaltung zu Themen wie geschlechtsspezifische Gewalt, Konsens und gesunde Beziehungsführung ein. Ebenso sollen Fortbildungen zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt sowie Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten in Verwaltung, Jugendämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen als wichtiger Baustein zu Bildung und Prävention beitragen.

Aufklärung und Enttabuisierung: Wir setzen uns für eine umfassende Aufklärung über Menstruationsgesundheit ein, um Stigmata abzubauen und eine offene Gesprächskultur zu fördern.

Leichter Zugang zu Unterstützung: Beratungsstellen und Notrufangebote müssen barrierefrei, mehrsprachig und nach Möglichkeit rund um die Uhr erreichbar sein, damit alle Betroffenen Hilfe finden, unabhängig von ihrer sozialen oder finanziellen Situation.

Sichtbarkeit und Repräsentation: Queere Kultur- und Begegnungsorte sind wichtige Community-Treffpunkte und Räume für kulturelle Veranstaltungen. Volt Köln möchte diese nachhaltig unterstützen. Zudem soll die queere Sichtbarkeit im öffentlichen Raum erhöht werden (z.B. durch Pride-Fahnen an öffentlichen Gebäuden, queere Gedenkkorte, Gedenktafeln für queere Opfer des Nationalsozialismus oder Straßenbenennungen nach queeren Persönlichkeiten).

Reproduktive Gerechtigkeit: Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, frei, selbstbestimmt und ohne finanzielle oder gesellschaftliche Hürden über ihre reproduktiven Entscheidungen zu bestimmen. Neben sicherem Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und medizinischer Versorgung gehört hierzu auch der Zugang zu Verhütungsmitteln. Damit sichergestellt wird, dass finanzielle

⁴² Gender Mainstreaming bezeichnet die Verpflichtung, bei allen politischen, gesellschaftlichen und administrativen Entscheidungen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Menschen aller Geschlechter systematisch zu berücksichtigen – mit dem Ziel, Gleichstellung aktiv und strukturell zu fördern (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: [Gender Mainstreaming](#)).

Ressourcen nicht darüber entscheiden, ob jemand Zugang zu sicherer Verhütung hat⁴³, sollen Sozialleistungsempfänger*innen Kosten für Verhütungsmittel erstattet bekommen.

Sichere Bedingungen und Unterstützungsangebote bei Sexarbeit: Inspiriert von Wien, wo mobile Gesundheits- und Sozialdienste Sexarbeiter*innen anonym und niedrigschwellig betreuen, wollen wir auch in Köln präventive Angebote ausbauen, um Zwangsprostitution und Ausbeutung zu verhindern.

Konsequente Verfolgung von Menschenhandel und Gewalt: Nach dem Beispiel von Barcelona setzen wir uns für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Sozialarbeit und Fachberatungsstellen ein, um Kriminalität im Kontext von Sexarbeit gezielt zu bekämpfen und Betroffene zu schützen.

Chancengerechtigkeit

Soziale Infrastruktur und die Bekämpfung von Armut erfordern umfassende Strategien, die sowohl wirtschaftliche Unterstützung als auch Zugang zu Bildung, Kultur- und Sportangeboten und Gesundheitsdiensten umfassen. Benachteiligte Gruppen müssen unterstützt werden, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Nicht alle Menschen haben gleich viel Geld zum Leben. Damit alle unabhängig ihrer wirtschaftlichen Situation am Leben in der Stadt Köln teilhaben können, setzt sich Volt für einen Ausgleich ein, damit Köln sozialer wird.

Köln-Pass 2.0: Der Köln-Pass wird um zusätzliche außerschulische (kulturelle) Bildungsangebote, Musikinstrumentenverleih, höhere Ermäßigungen bei Lernstudios und Nachhilfe sowie Bezuschussung für Vereinsmitgliedschaften erweitert.

Damit die Menschen, besonders Kinder, nicht durch den Köln-Pass unter Stigmatisierung leiden, soll der Köln-Pass auch als App bzw. als Scheckkarte ausgegeben werden; auf so einer Scheckkarte könnte dann auch das Bildungsbudget ausbezahlt werden.

Angebotsstrukturen: Bei der Konzeptionierung von Angeboten soll die Preisgestaltung mit sozialen Staffelungen erfolgen, um auch Menschen, die von Armut betroffen sind, Teilhabe zu ermöglichen.

Dritte Orte: Unsere Stadt ist vom Konsum geprägt; das kann Menschen mit weniger finanziellen Mitteln ausschließen. Um dies zu vermeiden, setzen wir uns entschieden für den Ausbau von sogenannten Dritten Orten ein. Viele Länder machen es uns vor, wie die skandinavischen oder auch die Niederlande: Gerade in unserem urbanen städtischen Raum ist es wichtig, nicht vom Konsum geprägte, generationsübergreifende Begegnungsorte zu implementieren.

Orte der Begegnungen: Menschen sind gesünder in Gesellschaft⁴⁴. Neben den Dritten Orten braucht es Raum für Vereine, Freizeitaktivitäten, Selbsthilfegruppen und weitere Angebote, um sich zusammenzufinden bzw. zu begegnen. Für uns ist es deswegen elementar wichtig, dass die Stadt Köln dies unterstützt. Beispielhaft sind hier die Bürger*innenzentren und die Interkulturelle Zentren. Wir setzen uns dafür ein, diese zu erhalten und auch weiter auszubauen.

Obdachlosigkeit bis 2030 beenden: Wir schließen uns dem Beschluss der EU, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, entschieden an. Wir müssen bis dahin noch viel tun und sind dabei auch auf Land und Bund angewiesen.

Housing First: Jeder wohnungs- oder obdachlose Mensch, der in Köln lebt und das möchte, sollte eine Wohnung bekommen können (EU-Beschluss). Volt Köln setzt sich dafür ein, dass es zusätzlich

⁴³<https://www.sexualaufklaerung.de/ausgabe-anzeigen/geringes-einkommen-sozialleistungsbezug-und-verhuetung-1/>

⁴⁴ <https://kompetenznetz-einsamkeit.de/>

zum Ausbau des Housing First nach amerikanischem Modell (Wohnungsbaugesellschaften vermieten direkt an bisher obdachlose Menschen Wohnungen und Vereine bieten Hilfe zur Integration in das Sozial- und Gesundheitssystem) auch Housing First nach dem nordischen Modell ausgebaut wird (Wohnungen in städtischen Häusern mit integrierter Sozialarbeit, die ausschließlich bisher obdachlosen Menschen zur Verfügung stehen). Da nicht jeder Mensch die gleiche Vorstellung hat vom Leben im eigenen Zuhause, über unterschiedliche persönliche Ressourcen verfügt und andersartige Unterstützung braucht, wollen wir auch Hilfen unterschiedlichster Art für Housing First anbieten.

Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen: In Köln wird zwischen Menschen auf der Straße als obdachlose Menschen und Menschen ohne Wohnung – wohnungslose Menschen – unterschieden, da die wohnungslosen Menschen in der Regel in einer Form untergebracht sind und nicht draußen unter freiem Himmel oder anderweitig im öffentlichen Raum nächtigen. Diese Situation der wohnungslosen Menschen möchten wir genauso entschieden verbessern wie die Situation von obdachlosen Menschen und sie auch dabei unterstützen, langfristig eine Wohnung zu finden, denn jeder Mensch hat ein Recht auf Wohnen⁴⁵. Damit dies gelingt, setzen wir uns für die konsequente Umsetzung des Kölner Konzept zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit⁴⁶ ein.

Kurzfristige Maßnahmen für Obdachlose und wohnungslose Menschen: Wir setzen uns ein für mehr Angebote, um den Alltag ohne Wohnung bestreiten zu können, z.B. mehr rund um die Uhr zugängliche Schließfächer, 24 Std. Aufenthaltsorte, Kälteschutz- und Hitzeschutz-Hotlines.

Geschlechtsspezifische Angebote für Wohnungslose ausbauen: Wohnungslose Frauen sind besonders von Gewalt betroffen – deshalb setzen wir uns für geschützte Unterkünfte mit niedrigschwelligem Zugang nach dem Vorbild von Helsinki ein, wo spezialisierte Frauenhäuser langfristige Unterstützung bieten. Inspiriert von Wien, wo frauenspezifische Beratungsstellen für wohnungslose Menschen psychosoziale und medizinische Hilfe bündeln, setzen wir uns für den Ausbau von Gesundheitsversorgung, Traumatherapie und spezialisierten Anlaufstellen für wohnungslose Frauen in Köln ein.

Dezentrale Unterbringung: Gemeinschaftsunterkünfte erschweren die Integration und Teilhabe der Geflüchteten nachhaltig und bedeuten einen starken Eingriff in die Autonomie⁴⁷. Daher hat Volt das Zielbild, geflüchtete Menschen in der Regel in dezentrale Wohnungen unterzubringen und Erstaufnahmestellen zur Ausnahme werden zu lassen. Hierfür wollen wir Projekte unterstützen, die Menschen beim Finden und Finanzieren einer Wohnung unterstützen.

Best Practice Housing First: Finnland

Das finnische Konzept sieht vor, möglichst jedem finnischen Obdachlosen bedingungslos eine Wohnung zur Verfügung zu stellen. Seit Einführung von „Housing First“ hat Finnland die Obdachlosigkeit mehr als halbiert, von 8260 (im Jahr 2008) auf 3686 Obdachlose im Jahr 2022⁴⁸.

⁴⁵<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/wirtschaftliche-soziale-und-kulturelle-rechte/recht-auf-wohnen>

⁴⁶<https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presseservice/koelner-konzept-zur-bekaempfung-von-wohnungslosigkeit>

⁴⁷ vgl. Leben im Provisorium. Leben in „Gemeinschaftsunterkünften“: o. D., <https://www.nds-fluerat.org/themen/aufnahme/gemeinschaftsunterkuenfte/#:~:text=Ein%20dezentrales%20Wohnen%20ist%20nach,in%20die%20Autonomie%20von%20Fl%C3%BChtlingen>

⁴⁸ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/finnland-obdachlosigkeit-geywitz-101.html>

Teilhabe stärken

„Jeder Jeck* ist anders“ – das ist in Köln nicht nur ein Spruch, sondern gelebte Realität und eine unserer größten Stärken. Dieses Selbstverständnis hat Köln weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt gemacht. Eine offene, vielfältige Stadtgemeinschaft lebt davon, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und ihre Interessen einzubringen – unabhängig davon, ob sie mit einer Behinderung, Neurodivergenz, psychischer Belastung, einem erschwerten Bildungszugang oder in einer herausfordernden Lebenssituation leben.

Einfache Sprache, einfache Wege: Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Stadt erlebbar ist für alle Menschen. Dabei kann die Stadt eine Vorbildfunktion einnehmen. Egal ob inklusive Kund*innenzentren, leicht verständliche Formulare, Übersetzungen in Gebärdensprache oder klare Wegführungen für Menschen mit Sehbehinderung: Niedrigschwellige Angebote kommen allen Kölner*innen zugute.

Zugang zu Sprache und Bildung erleichtern: Wir setzen uns ein für kostenlose und flexible Deutsch-Sprachkurse mit Kinderbetreuung sowie gezielte Bildungsangebote, um Migrant*innen und Geflüchteten den Zugang zum Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Teilhabe zu erleichtern.

Leichter Zugang zu Unterstützung: Beratungsstellen und Notrufangebote müssen barrierefrei, mehrsprachig und nach Möglichkeit rund um die Uhr erreichbar sein, damit alle Betroffenen Hilfe finden, unabhängig von ihrer sozialen oder finanziellen Situation.

Senioren- und Seniorinnen-Arbeit verstetigen und ausbauen: Köln hat eine vielfältige Senior*innen-Arbeit⁴⁹. Volt ist überzeugt, dass diese aktiv weiterentwickelt werden soll, unter anderem im Bereich internationaler Familiengeschichten und queerer Lebensrealitäten.

Arbeitsmarktchancen verbessern: Durch Mentoring-Programme und gezielte Weiterbildungsmaßnahmen wollen wir Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung dabei unterstützen, sich langfristig wirtschaftlich unabhängig zu machen.

Kostenlose Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen nach dem Vorbild Schottlands: Volt Köln setzt sich ein für die Bereitstellung kostenloser Menstruations- und Hygieneprodukte in Schulen, Universitäten, öffentlichen Gebäuden und sozialen Einrichtungen, um Periodenarmut zu bekämpfen und Teilhabe für alle zu gewährleisten. Menstruation darf kein Luxus sein.

Best Practice Kostenlose Menstruationsprodukte und Enttabuisierung: Schottland

Schottland ist weltweit Vorreiter bei der kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsprodukten. Seit dem Inkrafttreten des „Period Products (Free Provision) Act“ von 2022 haben alle Menschen dort gesetzlich das Recht auf kostenlosen Zugang zu Tampons und Binden. Diese Produkte sind in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Universitäten und Rathäusern kostenlos erhältlich. Ziel ist es, Periodenarmut zu bekämpfen und die Menstruation zu enttabuisieren. Die Bevölkerung in Schottland reagierte überwiegend positiv auf das Gesetz. Es wurde als großer Schritt gegen Periodenarmut und für Gleichstellung begrüßt.

⁴⁹ <https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/seniorinnen>

2.2. Jugend- und familienfreundliches Köln

Volt Köln setzt sich dafür ein, dass verschiedene, alternative und diverse Familienmodelle normalisiert und rechtlich wie gesellschaftlich gleichgestellt werden. Dazu zählen zum Beispiel Ein-Eltern-Familien, Mehr-Eltern-Familien/Patchwork, Pflegefamilien und queere Familien. Das in der gesellschaftlichen Tradition vorherrschende Familienbild (inklusive traditioneller Geschlechterrollen im Sinne der Aufgabenverteilung, Vorlieben und des äußeren Erscheinungsbilds) entspricht der Lebensrealität vieler Kinder und ihrer Familien nicht mehr. Erzieher*innen, Lehrkräfte und Verwaltungsangestellte im Jugend- und Sozialbereich müssen entsprechend sensibilisiert und Prozesse strukturell angepasst werden, um auch alternativen Familienkonstellationen gerecht zu werden. Dazu gehören auch besondere Unterstützungsangebote für queere Kinder, Jugendliche und Familien.

Um allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von den finanziellen Mitteln der Erziehungsberechtigten eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, müssen Kinder aus finanziell schwachen Familien besonders gefördert werden, bspw. in Bezug auf die Teilhabe am Vereinswesen (insb. Sport- und Musikvereine). Die aktuelle Förderung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ist oft nicht ausreichend, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Um Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt besser schützen zu können, müssen fachliche Qualitätsstandards bei kommerziellen und staatlichen Präventionsangeboten regelmäßig geprüft und erweitert werden. Es braucht eine Sensibilisierung für Anzeichen und Umgang mit sexualisierter Gewalt in den kinder- und jugendnahen Fachausbildungen (u.a. Soziale Arbeit, Erzieher*innen, Lehrkräfte).

Kommunale Eltern-Kind-Einrichtungen

Die Finanzierung kommunaler Eltern-Kind-Einrichtungen wie Krippen und Kindergärten steht zunehmend unter Druck. Eine fehlende Stabilität in der Jugendhilfe gefährdet nicht nur das Wohl der Kinder, sondern erschwert auch den Zugang zu essenziellen Unterstützungsangeboten für Familien. Dabei zeigen Studien, dass Investitionen in frühkindliche Förderung langfristig hohe gesellschaftliche und wirtschaftliche Renditen erzielen. Eine nachhaltige Finanzierungsstrategie ist daher unerlässlich, um Chancengleichheit zu sichern, soziale Ungleichheiten abzubauen und langfristig stabile gesellschaftliche Strukturen zu schaffen. Jugendhilfe muss mehr sein als eine Notfallmaßnahme – sie ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Als Partei setzen wir uns daher für eine nachhaltige Finanzierung der Jugendhilfe ein.

Politische und gesellschaftliche Sensibilisierung

Jugendhilfe muss als gesellschaftliche Priorität wahrgenommen werden. Viele Menschen kennen die Angebote und Strukturen der Jugendhilfe kaum, obwohl sie direkt in ihrer Nähe existieren. Eine starke Jugendhilfe kommt nicht nur betroffenen Familien zugute, sondern stärkt die Gesellschaft als Ganzes. Wir wollen eine klare politische Priorisierung, die langfristig sichergestellt, dass die Jugendhilfe als unverzichtbare Stütze erhalten bleibt.

Übergreifende Zusammenarbeit zwischen Behörden

Eine bessere fachliche Kooperation zwischen verschiedenen Behörden wie dem Jobcenter, der Jugendhilfe und dem Ausländeramt kann dazu beitragen, junge Menschen und Familien zielgerichtet zu unterstützen. Daher setzt sich Volt für die Einrichtung gemeinsamer Arbeitsgruppen und Netzwerke ein.

Präventive und familiennahe Unterstützung

Eine sozialraumorientierte Arbeit muss verstärkt in den Fokus rücken. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kitas und sozialen Einrichtungen ist notwendig, um nachhaltige Strukturen zu schaffen und das Zusammenleben zu stärken. Der Austausch zwischen Menschen aus unterschiedlichen Lebenssituationen fördert Solidarität, gegenseitige Unterstützung und den

Abbau von Stigmatisierungen.

Sozialraumorientierte Netzwerke stärken:

- **Kommunale Koordinationsstellen einrichten:** In jedem Stadtbezirk sollte es eine zentrale Anlaufstelle geben, die die Kooperation zwischen Jugendamt, Kitas, Schulen, Sozialdiensten und freien Trägern koordiniert.
- **Regelmäßige Netzwerktreffen organisieren:** Austauschformate zwischen relevanten Akteur*innen helfen, Bedarfe frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen abzustimmen.
- **Sozialraumanalysen durchführen:** Daten aus Jugendhilfe, Bildung und sozialen Diensten sollten genutzt werden, um präventive Angebote gezielt in benachteiligten Vierteln auszubauen.

Frühförderung und Elternbildung ausbauen:

- **Familienzentren in jedem Stadtteil etablieren:** Kitas sollten nicht nur Betreuungsorte sein, sondern auch niederschwellige Angebote wie Elternberatung, Gesundheitsvorsorge und Sprachförderung bereitstellen.
- **Mehr Fachpersonal in Kitas und Schulen:** Pädagogische Fachkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen müssen langfristig gesichert und finanziell besser unterstützt werden.
- **Kostengünstige oder kostenlose Angebote für Familien:** Elternkurse, Spielgruppen und Erziehungsberatung sollen wohnortnah und niedrighschwellig zugänglich sein.

Aufsuchende Sozialarbeit intensivieren:

- **Mehr Stadtteilsozialarbeiter*innen einstellen:** Fachkräfte sollen aktiv auf Familien zugehen und nicht erst in akuten Krisensituationen reagieren.
- **Mobile Beratungsteams einrichten:** Sozialarbeiter*innen können regelmäßig in Kitas, Schulen und Jugendzentren präsent sein, um frühzeitig Unterstützung anzubieten.
- **Peer-to-Peer-Angebote schaffen:** Erfahrene Eltern oder Ehrenamtliche können als Mentor*innen für junge oder belastete Familien fungieren.
- **Kooperation zwischen bestehenden Einrichtungen fördern:** Gemeinsame Fallbesprechungen, digitale Plattformen zum Datenaustausch und abgestimmte Hilfspläne verbessern die Zusammenarbeit zwischen Kitas, Schulen, Jugendhilfe und Sozialdiensten.

Für die Umsetzung setzt sich Volt ein für:

Erhöhung/Stabilisierung der Mittel: Die Politik muss die Finanzierung der Jugendhilfeeinrichtungen sicherstellen und ggf. aufstocken, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden. Dazu gehören Mittel für Personal, Infrastruktur und spezielle Programme zur Unterstützung von Kindern mit psychischen Belastungen. Nur so kann gewährleistet werden, dass notwendige Unterstützungsangebote bedarfsgerecht und wirkungsvoll umgesetzt werden.

Förderung von Fachkräften:

- Angesichts des Fachkräftemangels müssen Ausbildungsprogramme für Sozialarbeiter*innen und pädagogische Fachkräfte dringend gestärkt werden. Notwendig sind attraktive Gehaltsperspektiven, bessere Arbeitsbedingungen und gezielte Rekrutierungsinitiativen, um mehr Fachkräfte für diesen essenziellen Bereich zu gewinnen und langfristig zu halten.
- Besonders wichtig ist eine faire und einheitliche Bezahlung über verschiedene Verbände und Einrichtungen hinweg. Eine verbindliche Gehaltstabelle – ähnlich wie bei Lehrkräften – könnte für mehr Gerechtigkeit sorgen und sicherstellen, dass alle Fachkräfte für ihre wertvolle Arbeit angemessen entlohnt werden.

Frühkindliche Bildung

In Deutschland waren 2023 fast 2,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren armutsgefährdet – das entspricht einer erschreckenden Armutsgefährdungsquote von 14 %. Noch alarmierender: 24 % aller Kinder und Jugendlichen sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Diese Zahlen sind nicht nur eine Herausforderung für die betroffenen Familien, sondern ein Armutszeugnis für uns als Gesellschaft.

Bildung ist der zentrale Schlüssel, um dieser bedrückenden Realität zu entkommen. Sie eröffnet individuelle Aufstiegsmöglichkeiten, schafft finanzielle Unabhängigkeit und ermöglicht soziale Teilhabe. Doch trotz dieser fundamentalen Bedeutung bleibt Bildungsgerechtigkeit in Deutschland ein selten eingelöstes Versprechen. Kinder aus einkommensschwachen Familien haben weiterhin deutlich geringere Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg. Die Folgen sind fatal: Familien werden über Generationen hinweg in die Armutsfalle getrieben, ohne eine echte Möglichkeit, ihre Situation nachhaltig zu verbessern.

Kinder spüren die Ungleichheit besonders in unterfinanzierten Schulen, die oft in sozial benachteiligten Gegenden liegen. Es mangelt dort nicht nur an individueller Förderung und gezielter Unterstützung, sondern auch an grundlegenden Ressourcen wie einer warmen Mahlzeit oder moderner Ausstattung. Diese Defizite sind nicht hinnehmbar, denn sie nehmen Kindern bereits früh die Chance, ihr Potenzial zu entfalten, und vermitteln eine Perspektivlosigkeit, die unser Sozialstaat, unsere Wirtschaft und unsere Demokratie sich nicht leisten können.

Wir müssen sicherstellen, dass jedes Kind – unabhängig von seiner Herkunft – ein solides Bildungsfundament erhält.

Eine gerechte Bildungspolitik ist der Schlüssel zu einer Gesellschaft, in der alle Kinder die Möglichkeit haben, ihre Träume zu verwirklichen und aktiv an unserer Zukunft mitzuwirken. Bildungsgerechtigkeit ist nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökonomische und demokratische Verpflichtung – und sie muss in den Mittelpunkt unserer Politik rücken.

Gesundes, ausgewogenes Kita- und Schulessen: ausgewogen, auch vegan und vegetarisch. Schule und Kita sollten in dieser Hinsicht Vorbild sein – in Bezug auf gesunde Ernährung und Nachhaltigkeit, aber auch in Bezug auf Chancengerechtigkeit, da es immer noch viele Kinder gibt, die ohne Essen in die Kita oder Schule geschickt werden. Im Sinne der Chancengerechtigkeit ist es angebracht, dass dieses Essen für bedürftige Kinder bürokratie-arm und kostenfrei zur Verfügung steht.

Selbstorganisierte Stärkenorientierung: Unsere Bildungseinrichtungen sollen Orte sein, an denen Kinder und Jugendliche nicht nur Wissen erwerben, sondern sich auch persönlich entfalten können. Dafür brauchen wir ein Bildungsangebot, das die Selbstständigkeit und die individuellen Stärken der

Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt. Das heutige, oft defizitorientierte System, das Schwächen stärker betont als Stärken, muss einem Ansatz weichen, der Potenziale fördert und Selbstorganisation lehrt.

Datenbasierte Planung für ausreichende Kitaplätze: Volt Köln setzt auf moderne und datenbasierte Lösungen, um den wachsenden Bedarf an Kitaplätzen in unserer Stadt besser zu decken. Durch die Analyse von Geburtenzahlen und Anmeldedaten können wir frühzeitig Prognosen erstellen, die eine vorausschauende Planung ermöglichen. So schaffen wir die Grundlage, um rechtzeitig genügend Kitaplätze bereitzustellen, die den Bedürfnissen aller Familien entsprechen. Mit einer digitalen und datengetriebenen Herangehensweise sorgen wir dafür, dass kein Kind in Köln ohne Betreuungsplatz bleibt – für eine familienfreundliche und zukunftsorientierte Stadt.

Innovative Konzepte für ausreichend Kita-Plätze: Volt Köln setzt auf fortschrittliche und bewährte Ansätze, um den dynamischen Bedarf an Kita-Plätzen schnell und nachhaltig zu decken. Die Einführung modularer Bauweisen wie beim erfolgreichen Berliner MoKiB-Modell ermöglicht den schnellen Bau zusätzlicher Kitas und schafft dringend benötigte Kapazitäten. Gleichzeitig fördern wir Platzgewinnungsprogramme, die Einrichtungen prämiieren, wenn sie bestehende Kapazitäten besser nutzen. Durch enge Kooperationen zwischen Stadtverwaltung, Trägern und einer spezialisierten Task-Force können dringende Fälle priorisiert und effizienter gelöst werden. Zudem unterstützen wir gezielt Quereinstiegsprogramme, um mehr Menschen für die berufsbegleitende Ausbildung zur pädagogischen Fachkraft zu gewinnen und den Fachkräftemangel nachhaltig zu bekämpfen. So gestalten wir ein kinderfreundliches Köln, das für alle Familien Platz hat.

Förderung innovativer Kita-Konzepte (z.B. Kleingarten-Kita): Die Förderung innovativer Kita-Konzepte ist essenziell, um frühkindliche Bildung an moderne gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen anzupassen. Ein besonderer Fokus liegt auf dem dringend benötigten Kapazitätsausbau, um dem steigenden Betreuungsbedarf gerecht zu werden. Gleichzeitig erfordert die Klimakrise einen verstärkten Schutz urbaner Grünflächen. Volt Köln setzt sich daher für den Ausbau innovativer Betreuungskonzepte wie der Kleingarten-Kita ein, die neue Betreuungsplätze schafft, ohne zusätzliche Flächen zu versiegeln. Durch die Nutzung bestehender Kleingartenanlagen kombiniert sie pädagogische Qualität mit Umwelt- und Klimaschutz, indem sie Kindern naturnahe Bildungsräume bietet und ökologische Freiräume erhält.

Finanzierung von Schulen: Eine angenehme Lernumgebung ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Bildung. Doch die derzeit begrenzten finanziellen Mittel der Stadt Köln reichen nicht aus, um alle Schulen gleichermaßen zu fördern und den Anforderungen gerecht zu werden. Dieser Mangel trifft vor allem jene Schulen hart, die schon jetzt nicht einmal ein Mindestmaß an angemessener Lernumgebung gewährleisten können. Unser Ziel ist es, die verfügbaren Mittel effektiv und gerecht einzusetzen. Dafür schlagen wir vor:

- Systematische Bestandsaufnahme: Jede Schule wird auf ihre baulichen, technischen und personellen Ressourcen geprüft, um den konkreten Bedarf transparent zu machen.
- Priorisierung nach Dringlichkeit: Schulen, die besonders dringende Maßnahmen benötigen, werden zuerst unterstützt, um gravierende Missstände schnell zu beheben.
- Zielgerichtete und sachgebundene Mittelvergabe: Die Gelder werden ausschließlich für festgelegte Maßnahmen verwendet, die direkt zur Verbesserung der Lernbedingungen beitragen.

Es darf nicht vom Zufall oder vom Engagement einzelner Schulleitungen abhängen, ob eine Schule die nötige Unterstützung erhält. Unser Ansatz stellt sicher, dass die Schulen, die es am dringendsten brauchen, zuerst Hilfe bekommen. Damit legen wir den Grundstein für eine gerechte Verteilung und schaffen die Basis für gute Bildung an allen Schulen in Köln.

Zugang zu Chancen: Um Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Schule niedrigschwellige Unterstützungsangebote zu bieten, setzen wir uns für die gezielte Förderung lokaler Akteur*innen ein – insbesondere von Jugendzentren als soziale Treffpunkte. Diese Einrichtungen sollen zu

zentralen Anlaufstellen werden, an denen Kinder und Jugendliche sich treffen, gemeinsam lernen und ihre Freizeit sinnvoll gestalten können.

Durch die Stärkung der Jugendzentren schaffen wir die Möglichkeit, vielfältige Angebote an einem Ort zu bündeln. Dazu gehören:

- Kooperationen mit Hochschulen und Studierenden, die ehrenamtlich Nachhilfe oder Freizeitangebote wie kreative Workshops oder kulturelle Aktivitäten anbieten können. Bei Bedarf können diese Engagements durch eine Ehrenamtszuschusspauschale unterstützt werden.
- Niedrigschwellige Bildungs- und Freizeitangebote, die für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zugänglich sind

Darüber hinaus fördern wir die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Schulen, Jugendzentren und anderen sozialen Einrichtungen. Diese Kooperationen ermöglichen es, Synergien zu nutzen und den Kindern eine ganzheitliche Unterstützung zu bieten – sei es im Bildungsbereich, in der Freizeitgestaltung oder bei der sozialen Integration.

Unser Ziel ist es, Jugendzentren als lebendige Orte der Begegnung zu etablieren, die den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht werden und gleichzeitig Gemeinschaft, Bildung und Kultur fördern.

Forderung nach gerechten Zugangsbedingungen zur Offenen Ganztagschule (OGTS): Alle Kinder müssen gleichermaßen die Möglichkeit haben, ihre Hausaufgaben mit Unterstützung zu erledigen und soziale Kontakte zu pflegen. Die Vergabe der Plätze sollte nicht von der Berufstätigkeit der Eltern oder sozialen Faktoren abhängen, sondern allen Kindern zugutekommen, unabhängig von ihrer Herkunft oder dem sozialen Status der Familie.

Dies stellt sicher, dass der Zugang zu wichtigen Bildungs- und Freizeitangeboten für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Lage, gewährleistet ist. Es ist wichtig, dass Kinder nach der Schule einen Raum für Entwicklung und soziale Interaktion haben, ohne von äußeren Faktoren benachteiligt zu werden.

Lernumgebungen der Zukunft: Ein selbstorganisierter und stärkenorientierter Unterricht braucht auch moderne Lernräume wie digitale Tools: Schulen müssen mit moderner Technologie ausgestattet sein, um digitales und interaktives Lernen zu fördern.

- Räume für Kreativität und Austausch: Wir sind überzeugt, dass Klassenzimmer mehr wie offene Lernlandschaften gestaltet sein sollten, in denen Zusammenarbeit und eigenständiges Arbeiten gleichermaßen möglich sind.
- Freiräume für individuelles Lernen: Neben gemeinsamen Unterrichtszeiten brauchen Schülerinnen und Schüler Raum und Zeit für selbstständige Lernphasen.

Gesunde digitale Schulumgebung: Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen muss auch im digitalen Zeitalter geschützt werden. Volt Köln setzt sich für die Förderung smartphonefreier Schulen ein, um Konzentration, sozialen Austausch und mentale Stabilität im Schulalltag zu stärken. Schulen sollen bewusst Lernorte sein, die junge Menschen nicht durch permanente digitale Reizüberflutung belasten. Dazu braucht es einen flächendeckenden Ausbau der psychosozialen Betreuung an Schulen, um Kinder und Jugendliche bei digitalen Stressoren, sozialen Herausforderungen und psychischen Belastungen frühzeitig begleiten zu können.

Frühe Prävention und Aufklärung: Volt Köln setzt sich für die Einführung von präventiven Bildungsprogrammen in Schulen und Jugendeinrichtungen ein, die Jungen und Männer für Themen wie Gewalt, toxische Männlichkeitsbilder, Selbstfindung und gesunde Beziehungen sensibilisieren.

Ressourcen für Männerarbeit stärken: Wir setzen uns für die Förderung von Beratungsstellen und Projekten, die sich gezielt mit der gewaltfreien Männlichkeit und der Auseinandersetzung mit

traditionellen Rollenbildern befassen, um Jungen und Männer in ihrer Selbstfindung zu unterstützen und neue, gewaltfreie Wege des Männlichkeitsverständnisses aufzuzeigen.

Rolle der Männer in der Gewaltprävention: Die Aufklärung muss auch die Verantwortung von Männern im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und andere marginalisierte Gruppen thematisieren und Männer aktiv in präventive Maßnahmen und gesellschaftliche Veränderungsprozesse einbinden, um ein positives, gewaltfreies Männlichkeitsbild zu fördern.

Bildung und Wissenschaft: Zukunftsfähige Bildung und digitale Forschung

Die Digitalisierung der Bildung und die Stärkung Kölns als Wissenschaftsstandort sind zentral, um die Stadt zukunftsfähig zu machen. Volt setzt sich für eine ganzheitliche Umsetzung eines digitalen Bildungswesens ein, damit Schüler*innen und Studierende einerseits auf die Anforderungen der digitalen Gesellschaft vorbereitet werden und andererseits diese gleichzeitig mitgestalten können.

Wir setzen uns daher für folgende Zukunft ein:

Digitale Bildungseinrichtungen: Wir setzen auf den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur in Schulen und Universitäten, damit digitale Bildung nicht an mangelnder Technik scheitert. Neben der Bereitstellung von Endgeräten halten wir eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft für Wartung und Ersatz, umgesetzt in Kooperation mit NetCologne, für sinnvoll. Zudem braucht es eine leistungsfähige Netz- und Serverinfrastruktur, damit digitale Lernmittel reibungslos genutzt werden können. Nur so kann Köln zukunftsfähige Bildung gewährleisten.

Digitales Lernen und Lehren: Neben einer modernen digitalen Infrastruktur ist die gezielte Förderung der Medienkompetenz in allen Bildungseinrichtungen entscheidend. Wir setzen uns für umfassende Schulungen in digitaler Didaktik ein, um (angehende) Lehrkräfte bei der effektiven Integration digitaler Technologien und Bildungsmaterialien in den Unterricht zu unterstützen.

Digitaler Masterplan für Bildung und Integration innovativer Lerntechnologien: Entwicklung eines umfassenden Plans zur Integration von Lernplattformen, Lernsoftware und innovativen Technologien (z.B. Virtual Reality) in den Bildungsalltag. Dabei stehen die Bedürfnisse der Lernenden im Mittelpunkt und sie werden explizit in den Entwicklungsprozess miteinbezogen. So schaffen wir eine zukunftsorientierte und bedarfsgerechte Lernumgebung für alle Schüler*innen und Studierenden in Köln.

Wissenschafts- und Innovationsstandort Köln: Förderung von Innovationshubs und Technologiezentren sowie die Stärkung der Kooperation zwischen Hochschulen, Start-ups und Unternehmen, um Köln als digitalen Wissenschaftsstandort zu etablieren. Die Kooperation mit Start-ups und Tech-Unternehmen fördert das praxisorientierte Lernen.

2.3 Aktives Köln

In einer lebenswerten Stadt sind eine vielfältige Kulturlandschaft, Sport und Bewegung essenziell für das Wohlbefinden, die Bildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sport und Kultur verbinden Menschen, weiten den Blick auch über Landesgrenzen hinaus und schaffen ein stärkeres Bewusstsein dafür, was wir alles gemeinsam erreichen können.

Ein aktives Köln zeichnet sich auch dadurch aus, dass die Angebote zugänglich gestaltet sind, verschiedene Zielgruppen ansprechen und gerecht über das Stadtgebiet verteilt sind.

Vielfältiges Kulturleben für Weltoffenheit

Kultur ist die Grundlage einer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft. Sie prägt unsere Identität, stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft Räume für Kreativität und Dialog. Kunst und Kultur sind außerdem ein Bollwerk der Demokratie. Eine starke Kulturpolitik zeichnet sich durch einen niederschweligen Zugang aus, der alle Bevölkerungsgruppen einschließt, und fördert somit Bildung und Teilhabe aller für eine pluralistische und gerechtere Gesellschaft.

Dafür ist es unerlässlich, die zentrale Rolle der Kunst- und Kulturszene dauerhaft anzuerkennen und sich gegen jede Einschränkung ihrer Entfaltung einzusetzen. Nachdem der Kulturhaushalt für die Freie Szene seit 2021 jährlich um über 1 Mio. angewachsen ist, war auch die Freie Szene von teilweise großen Kürzungen für den Haushalt 2025/2026 betroffen und sieht sich mit großen Zukunftssorgen konfrontiert.

Kulturelle Vielfalt braucht gezielte Förderung, innovative Ansätze und nachhaltige Unterstützung. Wir brauchen eine Kulturpolitik, die Räume schafft, Teilhabe fördert und das kulturelle Erbe schützt – in der analogen wie in der digitalen Welt. Jetzt ist die Zeit, Verantwortung zu übernehmen – für eine vielfältige und zukunftsorientierte Kulturlandschaft, die alle Menschen inspiriert und einbindet.

Kultur krisensicher machen – Kulturentwicklungsplanung zukunftssicher weiterentwickeln

Köln hat eine vielfältige Kulturszene – von großen Institutionen über freie Kollektive bis hin zu ehrenamtlich getragenen Projekten. Doch diese Vielfalt ist gefährdet: Die Corona-Pandemie, steigende (Energie-)Preise und Haushaltskürzungen haben viele Kulturschaffende an ihre Belastungsgrenzen gebracht. Es braucht klare Perspektiven, Planbarkeit und ein Bekenntnis zur Kultur als öffentliche Aufgabe. Daher setzen wir uns für folgende Zukunft ein:

- Überarbeitung des städtischen Kulturentwicklungsplan (KEP) und zukunftssichere Aufstellung dieses, gemeinsam mit Kulturschaffenden, Bürger*innen und Fachleuten
- Entwicklung einer langfristigen Förderstrategie, die Freie Szene und Institutionen gleichermaßen berücksichtigt und nicht bei jeder Haushaltsaufstellung neu verhandelt werden muss
- Verankerung von Kultur als Pflichtaufgabe im kommunalen Selbstverständnis – mit verlässlicher Finanzierung auch in Krisenzeiten
- transparente und einfache Gestaltung von Förderprozessen, damit mehr Zeit für künstlerisches Schaffen bleibt

Raum für Kultur – fair, vielfältig, bezahlbar

Gemeinsam genutzte Räume von Theatern, Museen, Musikschulen, Galerien, Bibliotheken und weiteren kulturellen Einrichtungen schaffen Synergien und fördern kreativen Austausch. Ressourcen können effizient genutzt, Barrieren abgebaut und kulturelle Vielfalt gestärkt werden. Ein dynamisches Netzwerk kultureller Akteur*innen entsteht, das Kultur für alle zugänglicher macht. Um diese Idee zu verwirklichen, setzen wir uns dafür ein, dass:

- kulturelle Nutzungen bei Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Zwischennutzungen systematisch mitgedacht werden,
- leerstehende Immobilien temporär für kulturelle Zwecke geöffnet werden – unbürokratisch und flexibel,
- Köln ein Zentraldepot bekommt, damit an anderer Stelle Platz für Ausstellungen genutzt und Kosten in der Lagerung gesenkt werden können,

- in der Stadt Kulturflächen entstehen, auf denen ganztägig und unbürokratisch (Kultur-)Veranstaltungen stattfinden können.

Nachhaltige Kulturpolitik – ökologisch, sozial, innovativ

Auch der Kulturbereich muss zur sozial-ökologischen Transformation beitragen. Viele Akteur*innen wollen nachhaltiger arbeiten, stoßen dabei aber auf fehlende Ressourcen und Know-How. Gleichzeitig entstehen innovative Formate des Material-Teilens, des Upcyclings oder der klimafreundlichen Veranstaltungsorganisation. Diese Potenziale müssen gezielt unterstützt werden. Daher möchten wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Einrichtung einer städtischen Beratungsstelle „Grüne Kultur Köln“, die Kultureinrichtungen, Festivals und Einzelkünstler*innen bei der ökologischen Transformation begleitet
- gezielte Förderung von besonders nachhaltigen Kulturprojekten – etwa solche, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele verbinden
- Verstetigung des Materialkarussells⁵⁰ aus dem Kulturentwicklungsplan. Die Wiederverwendung von Materialien im Kulturbetrieb soll gestärkt werden, um Kosten zu senken und Ressourcen zu schonen. Ein Ansatz könnte die Idee „NochmalNeu!⁵¹ aus dem un:box cologne Projekt sein.
- Klimaschutzmaßnahmen (z. B. Energiesanierung von Theatern oder CO₂-arme Mobilitätskonzepte) als aktiver Teil von Kulturförderung und Investitionsplanung
- Entwicklung einer Entsamlungsstrategie für städtische Sammlungen, um Redundanzen zu vermeiden, Ressourcen zu bündeln und Synergien zu schaffen – etwa durch Kooperationen mit privaten Sammler*innen, die ihre Bestände der Öffentlichkeit zugänglich machen wollen
- Zusammenschluss der vielfältigen Kölner Festivallandschaft zu einer Festival AG, um so Synergien zu nutzen

Kultur für alle – Teilhabe ermöglichen, Barrieren abbauen

Kultur ist ein Menschenrecht. Doch für viele Menschen in Köln bleiben kulturelle Angebote unerreichbar – wegen finanzieller Hürden, fehlender Barrierefreiheit oder mangelnder Ansprache. Eine gerechte Kulturpolitik muss Teilhabe ermöglichen, nicht nur Zugang gewähren. Es geht darum, Räume zu öffnen, Perspektiven sichtbar zu machen und Menschen zum Mitgestalten einzuladen. Zur Erreichung dieser Zukunft setzen wir uns dafür ein, dass:

- kulturelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen systematisch gefördert wird – etwa durch ein „Under 25 Culture Board“ und neue Beteiligungsformate, speziell für junge Menschen.
- kulturelle Bildung in Kooperation mit Schulen, Jugendkunstschulen und freien Trägern gestärkt wird – insbesondere in Stadtteilen mit wenigen Angeboten.
- Kulturformate speziell für ältere Menschen entwickelt und unterstützt werden, z.B. über den Fond „Kulturelle Bildung im Alter“ – für mehr Lebensqualität im Alter und intergenerationellen Austausch.
- hybride Formate ausgebaut werden, um auch digital vermehrt Teilhabe zu ermöglichen – z. B. durch virtuelle Führungen, Streaming-Angebote oder barrierefreie Online-Inhalte.
- die kulturelle Infrastruktur und Dritte Orte gezielt außerhalb der Innenstadt gestärkt werden – in den Veedeln, in Bibliotheken, Bürger*innenhäusern und öffentlichen Räumen.
- Köln endlich seinen Kammermusiksaal bekommt: Ein Ort, der kleinen Ensembles, Jazz-Formationen und experimenteller Musik eine angemessene Bühne bietet.

⁵⁰ ["Mein, dein, unser - Materialkarussell der Kölner Kultur" - KEP](#)

⁵¹ [NochmalNeu! | Beteiligungsportal der Stadt Köln](#)

- die Oper Köln zur „Open Opera“ weiterentwickelt wird: Es soll ein Konzept entwickelt werden, das die Oper für die gesamte Stadtgesellschaft öffnet. Durch vielfältige Veranstaltungen und Kooperationen mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wird die Oper zu einem lebendigen Treffpunkt für die gesamte Stadtgesellschaft.
- der Tanz in Köln als eigenständige und publikumsnahe Kunstform strategisch gefördert, durch eigene Budgets und Räume gestärkt und insbesondere im Bereich Urban Dance und Popkultur für ein junges, diverses Publikum sichtbar wird.

Nacht- und Clubkultur schützen

Clubs, Bars und Livemusik-Spielstätten sind zentrale Orte urbaner Kultur, sozialer Begegnung und kultureller Innovation. Dennoch werden sie häufig nur als Lärmquellen oder Sicherheitsproblem gesehen. Die Clubkultur braucht politische Rückendeckung, rechtliche Anerkennung und praktische Unterstützung, um auch künftig Bestand zu haben. Wir setzen uns für folgende Maßnahmen ein:

- Anerkennung von Clubs als kulturelle Orte und entsprechende Behandlung in Bebauungsplänen, Genehmigungsverfahren und Sicherheitskonzepten
- Zugang von städtischen Förderprogrammen auch für kleinere, nicht-institutionalisierte Spielstätten
- Auflegung eines Schallschutzfonds, der bauliche Maßnahmen gegen Lärmkonflikte bezuschusst, nach Berliner Vorbild
- aktive Moderation von Konflikten zwischen Clubbetrieb und Anwohnerschaft – durch Mediation, klare Regeln und kreative Kompromisse
- systematische Erschließung von leerstehenden Bahnbögen für die Freie Kulturszene, soziale Träger und kreative Start-ups und Vergabe unter gemeinwohlorientierten Kriterien

Erinnerung gestalten – divers, lokal, zukunftsgerichtet

Kölns Geschichte ist vielfältiger, als der Stadtraum heute zeigt. Frauen, queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte und BIPOC kommen in Straßennamen, Denkmälern und Stadtführungen kaum vor. Gleichzeitig wächst das Bedürfnis, auch die dunklen Kapitel der Stadt – NS-Zeit, Kolonialismus, rassistische Gewalt – offen und dialogisch aufzuarbeiten. Um dieser Verantwortung nachzukommen, setzen wir uns dafür ein, dass:

- öffentliche Erinnerungskultur diverser wird – durch neue Benennungen, Denkmäler und Bildungsformate, die marginalisierte Perspektiven sichtbar machen.
- Straßen und Plätze verstärkt nach bedeutenden Kölnerinnen und weiteren bislang unsichtbaren Persönlichkeiten benannt werden.
- das NS-Dokumentationszentrum gestärkt und erweitert wird – räumlich, personell und digital (s. auch Kapitel „[Vielfalt feiern – Antisemitismus entschieden entgegenreten](#)“).
- die koloniale Vergangenheit Kölns systematisch aufgearbeitet wird – mit Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und migrantischen Communities.

Digitalisierung als Zugang und Experimentierraum

Kulturelle Digitalisierung ist mehr als Livestreams oder Instagram-Kanäle. Sie eröffnet neue Wege der Vermittlung, ermöglicht barrierearme Angebote und vernetzt Menschen über Stadtgrenzen hinweg. Doch viele Kulturakteur*innen brauchen Unterstützung, um diese Chancen zu nutzen. Gerade kleinere Einrichtungen oder freie Gruppen stehen vor großen technischen, organisatorischen und finanziellen Hürden. Daher setzen wir uns für diese Zukunft ein:

- Unterstützung von Kölner Kulturinstitutionen bei der Digitalisierung ihrer Angebote – etwa durch Beratung, Technikförderung und Wissenstransfer
- systematischer Ausbau von digitalen Sammlungen, Mediatheken und Archiven – mit Open Access und barrierefreien Zugängen. Die Sicherung des digitalen Kulturerbes wird explizite Aufgabe Kölner Archive und Museen.
- Berücksichtigung und aktive Förderung von digitalen Innovationen in der Kulturförderung – z.B. interaktive Formate, partizipative Tools oder VR-Anwendungen
- Zentralisierung und konsequente Digitalisierung von Prozessen, z.B. des Ticketings, in städtischen Kulturinstitutionen. Analoge Ticketoptionen bleiben dabei als Ergänzung erhalten.

Mitgestalten statt verwalten – Kulturpolitik im Dialog

Kulturpolitik muss zuhören, vermitteln und sich als Ermöglicherin verstehen. Oft entscheidet die Verwaltung über Fördermittel, Raumvergaben oder Konzepte, ohne die Beteiligten ausreichend einzubeziehen. Eine demokratische Kulturpolitik braucht dauerhafte Foren, verbindliche Beteiligung und ein echtes Miteinander auf Augenhöhe. Zur Erreichung dieses Ziels setzen wir uns dafür ein, dass:

- bestehende Kulturnetzwerke konsequent und dauerhaft einbezogen werden – nicht nur als Antragsteller*innen, sondern als Mitgestalter*innen.
- interdisziplinäre Plattformen zwischen Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft und Technik gefördert werden – besonders im Bereich Creative Tech.
- Förderentscheidungen partizipativer, diversitätsbewusster und nachvollziehbar getroffen werden.

Europäisch denken – lokal handeln

Kunst und Kultur leben vom Austausch. Köln ist eine weltoffene Stadt, doch das europäische Potenzial ihrer Kulturszene wird zu wenig genutzt. Internationale Kooperationen, Residenzprogramme und europäische Fördermittel bleiben oft ungenutzt, gerade für kleinere Träger. Volt will den europäischen Gedanken konkret machen: im Kulturbetrieb, im Dialog und im gemeinsamen Schaffen. Um Europa in Köln sichtbar zu machen und unsere Vision eines geeinten Europas zu unterstützen, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- aktive Beteiligung Kölns an EU-Programmen wie „Creative Europe“ und Unterstützung von Kulturakteur*innen bei der Antragstellung
- Stärkung internationaler Residenzen, Austauschformate und Städtepartnerschaften im Kulturbereich – mit klarer finanzieller Förderung
- Aufgreifen und Vermitteln von europäischen Debatten – etwa zur Erinnerungskultur, Meinungsfreiheit oder Nachhaltigkeit – auch in Köln

Sport und Bewegung

Sport spielt eine zentrale Rolle für die Gesundheit, das gesellschaftliche Zusammenleben und die individuelle Entwicklung. Volt setzt dafür ein, das gesellschaftliche und soziale Potenzial des Sports auszuschöpfen: Vermittlung von Werten wie Teamgeist, Fairplay und Offenheit, Förderung der Gesundheit und sozialer Teilhabe. Eine umfassende Sportstrategie verbindet nachhaltige Gesundheitsförderung, soziale Integration sowie die Unterstützung von sportlichem Ehrgeiz und berücksichtigt hierbei die Vielfalt der Kölner Sportlandschaft.

Verbindung von Schule und Vereinen: In Köln stehen wir vor einer Herausforderung: Viele Schüler*innen sind zu wenig sportlich aktiv, Sportvereine kämpfen mit Nachwuchsmangel, und

sportliche Talente bleiben oft unentdeckt. Um diesen Mängeln entgegenzutreten, haben wir in der letzten Wahlperiode das Pilotprojekt „Sportvorbilder“ auf den Weg gebracht. Diesen Weg wollen wir weiter forcieren. Hierfür wollen wir in Zusammenarbeit mit dem organisierten Sport weiter Schulen und Kölner Vereine zusammenbringen. Durch die Zusammenarbeit können Sportangebote direkt in den Schulalltag eingebunden werden. Dies soll auch an Standorten von Sportvereinen durch Schulkinderbetreuung erfolgen.

Schwimmsicherheit: Durch Einführung von Übungsleiterschein-Kursen an Schulen erhöhen wir die Anzahl der möglichen Schwimmkurse und folglich die Schwimmsicherheit von Kindern.

Sport im Ganzttag: Zur Einbindung von Vereinen in den Offenen Ganzttag setzen wir uns dafür ein, Vereine in Planungen, insb. im Kontext des Rechtsanspruchs ab 2026, einzubinden. Hierdurch erhöht sich der Bewegungsanteil für Kinder. Durch Integration von Sport im Offenen Ganzttag werden soziale, kognitive, motorische und emotionale Fähigkeiten gestärkt, gleichzeitig wird die etablierte Vereinsstruktur im Wandel unterstützt.

Gesundheit und Bewegung fördern: Kostenlose Sport- und Bewegungsangebote (wie „Kölle aktiv!“) sollen weiter organisiert werden, um Sport und seine Vorteile für alle zugänglich zu machen.

Inklusionssportpark: Köln hat eine lange Tradition im Behindertensport, sowohl im Leistungs- als auch im Breitensport. Behindertensport stärkt die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen mit Behinderung, fördert ihr Selbstbild sowie soziale Teilhabe und bereichert unsere Gesellschaft. Mit dem Leuchtturmprojekt Inklusionssportpark wollen wir eine vielfältige Sportstätte errichten.

Infrastruktur: Das Sportamt hat mit dem Sportanlagenkataster einen großen Schritt gemacht, den Volt unterstützt. Die systematische Behebung von Mängeln sowie die Herstellung von Barrierefreiheit wollen wir beschleunigen. Bei der Schaffung barrierefreier Trainings-Möglichkeiten sollen auch besondere Bedarfe neurodivergenter Personen berücksichtigt werden.

Unterstützung des organisierten Sports: Der organisierte Sport erbringt eine Vielzahl an Leistungen, die das Gemeinwohl fördern. Volt setzt sich für eine nachhaltige Finanzierung ein, um für soziale Projekte Planungssicherheit zu schaffen.

Gewaltprävention durch Sozialarbeit bei sportlichen Aktivitäten: Die Kombination von sportlichen Aktivitäten und Sozialarbeit hat sich als effektives Mittel zur Stärkung sozialer Kompetenzen und zur Gewaltprävention erwiesen.

Förderung urbaner Sportkultur: Wir wollen in Köln weiter die urbanen Sportarten wie Skateboarding, Parkour, Bouldern und Urban Cycling fördern.

Best Practice Urbane Sportkultur: Köln

Im Sportpionierpark können auf Freiflächen verschiedene Sportarten betrieben werden. Mögliches notwendiges Equipment wie Tischtennisschläger kann dort ausgeliehen werden⁵².

Sportangebote für alle: Bei der Gestaltung und Verortung von öffentlichen Sportangeboten setzen wir uns dafür ein, dass diese gerecht auf das gesamte Stadtgebiet verteilt werden und Angebote für alle Geschlechter und verschiedene Altersgruppen bieten.

⁵² <https://www.stadt-koeln.de/artikel/73926/index.html>

Sportfeste: Köln bietet eine Vielzahl an Festen, die verbinden, Austausch fördern und Menschen zum Sporttreiben motivieren. Als herausragende Beispiele heben wir das Kindersportfest und den Inklusionstag hervor. Volt setzt sich dafür ein, Sportfeste von besonderem gesellschaftlichem Wert zu erhalten.

Sportliche Großevents: Große Veranstaltungen bieten eine Vielfalt an Potenzialen, Menschen zu verbinden, Sport zu fördern und die Stadt vielfältig zu bereichern. Oftmals sind sie jedoch mit hohen Kosten verbunden und nicht jeder Spitzensportverband ist aufgrund seiner Struktur und einer Vielzahl an Skandalen unterstützenswert. Für Volt gilt: Bewerten wir den gesellschaftlichen Mehrwert als Kombination aus sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren positiv, unterstützen wir die Austragung. Zur notwendigen Bedingung einer Unterstützung gehört bei Olympia auch ein Bürger*innenentscheid. Zudem setzt Volt sich dafür ein, dass Köln auch weiterhin Austragungsort des Fußball-Pokalinales der Frauen bleibt.

eSports

Köln als Vorreiterin für die digitale Zukunft

eSports ist mehr als nur ein wachsender Trend – es ist ein verbindendes Element in unserer digitalen Gesellschaft und gemeinnützig. In Köln gibt es bereits starke Impulse: Mit dem XPERION, der ESL in Mülheim und der Gamescom hat Köln eine zentrale Rolle in der nationalen und internationalen eSports-Szene auf Augenhöhe mit Paris und Stockholm. Doch Volt sieht noch großes Potenzial, um eSports stärker in die Gesellschaft einzubinden und als Brücke zwischen digitaler und analoger Welt zu nutzen.

Wir wollen eSports als soziale Offline-Treffpunkte etablieren, die Menschen aus allen Altersgruppen und Hintergründen zusammenbringen. Dafür braucht es gezielte Investitionen in Infrastruktur: Strom, stabiles Internet, Tische und Stühle – die Grundlagen für Begegnung und gemeinsames Engagement. Gemeinsam mit Jugendämtern und Sportvereinen möchten wir im wahrsten Sinne des Wortes Räume schaffen, die Gaming als Türöffner nutzen, um soziale Kontakte zu fördern und Präventionsthemen wie beispielsweise Sucht anzusprechen.

eSports kann Sportvereine bereichern, indem digitale Kompetenzen in die Vereine gebracht werden, während gleichzeitig sportliche Aktivitäten angeboten werden. Diese Symbiose fördert nicht nur den Vereinssport, sondern verankert eSports als Teil einer ganzheitlichen, digitalen Bildung. Volt will Köln als Vorreiterin für eSports stärken und damit auch die Gaming-Branche als Wirtschaftsgröße in Europa fördern. Denn wer den digitalen Wandel gestalten will, muss kulturelle und sportliche Grundlagen schaffen, die Menschen anziehen, vernetzen und begeistern.

3. Vernetztes Köln – Digital. Demokratisch. Innovativ.

3.1 Digitales Köln

Smarte Stadt: Digitale Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung

Köln hat in den letzten Jahren erste wichtige Schritte in Richtung Digitalisierung unternommen – doch wir sehen noch viel ungenutztes Potenzial. Wir wollen eine digitale Stadt schaffen, die weit über den Status quo hinausgeht: bürger*innenzentriert, vernetzt und zukunftssicher. Unser Ziel ist eine Kommune, in der digitale Technologien den Alltag verbessern, Verwaltungsdienste barrierefrei zugänglich sind und neue Ideen Raum bekommen. Dafür setzen wir auf die besten Lösungen aus ganz Europa – damit Köln zu einer der modernsten und lebenswertesten Städte Europas wird.

Eine „Smart City“ ist bürger*innenfreundlich, transparent, effizient und von überall erreichbar. Die Digitalisierung soll die Verwaltung selbst, sowie die Kommunikation zu den Bürger*innen vereinfachen und die Bürger*innenbeteiligung stärken. Die Verwaltung muss konsequent auf digitale Arbeitsweisen umstellen, um den Bürger*innen einen optimalen Service zu bieten, bürokratische Abläufe zu vereinfachen und sowohl den Herausforderungen des demografischen Wandels, als auch dem steigenden Personalbedarf effektiv zu begegnen. Digitale Prozesse und Dienste müssen dabei zwingend aus der Perspektive der Anwendenden entwickelt werden. Bei Diensten, die Bürger*innen betreffen, also aus deren Sicht statt aus Sicht der Verwaltung.

Daher setzen wir uns für diese Zukunft ein:

Digitale Bürger*innendienste: Die Stadt Köln hat bereits viele Prozesse digitalisiert, darunter Online-Anträge für den digitalen Bauantrag, Gewerbeanmeldung, Elterngeld, i-Kfz, elektronische Wohnsitzmeldung und den Führerscheinerstantrag. Volt möchte dies weiter ausbauen und strebt im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten die vollständige Digitalisierung der Verwaltung an, um Behördengänge komplett online, papierlos und medienbruchfrei zu gestalten.

Dabei wollen wir keine Parallelstrukturen schaffen oder Insellösungen anbieten. Wir setzen voll auf die Identifikation durch die Online-Ausweisfunktion bei allen Bürger*innenservices, so wie im OZG-Änderungsgesetz vorgesehen. Gleichzeitig wollen wir niemanden ausgrenzen und prüfen lassen, inwieweit auch Ausweislose von der zunehmenden Digitalisierung profitieren können.

Kein Digitalzwang: Digitale Dienstleistungen erhöhen die Lebensqualität vieler Menschen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass alternative Zugangsmöglichkeiten existieren und gesellschaftliche Teilhabe auch analog und offline möglich bleibt.

Da wo es sinnvoll ist, setzen wir uns ergänzend für die Einführung des Video-Ident-Verfahrens nach dem Vorbild der Stadt Wiesbaden ein.

Die Stadt Köln bietet insgesamt 664 (kommunale) Dienstleistungen auf ihrer Homepage an. Wir konzentrieren uns auf den Ausbau der digitalen Verwaltung und die Optimierung und Erweiterung des bestehenden Online-Auftritts zu einem echten digitalen Bürger*innenbüro. Ein nutzungsfreundliches, barrierefreies Verwaltungssystem sowie kontinuierliche Verbesserungen sind dabei unerlässlich.

Wir setzen uns dafür ein, dass die digitalen Dienstleistungen der Stadt über Webseiten angeboten werden, die sowohl auf mobilen Geräten als auch auf Computern reibungslos funktionieren.

Dadurch stellen wir sicher, dass Bürger*innen ohne Smartphone oder mit alternativen Betriebssystemen nicht ausgeschlossen werden und vermeiden gleichzeitig die teure und unnötige Doppelentwicklung für iOS und Android.

Best Practice Videoident-Verfahren: Wiesbaden

Bürger*innen der Stadt Wiesbaden können sich mit einem Videoident-Verfahren von zu Hause ummelden. Dazu übermittelt der Vermieter oder die Vermieterin die Unterlagen an das Bürgerportal. Mit einem Videotelefonat wird die Identität der umziehenden Person festgestellt und ein Zertifikat mit elektronischer Signatur erstellt. Damit wird ein bürger*innenfreundliches eGovernment gefördert, Bürger*innen sparen Zeit und es entlastet erheblich die Verwaltung.⁵³ Das Video-Ident-Verfahren wird inzwischen weltweit eingesetzt.

Offene Daten und Transparenz: Eine transparente Verwaltung ist entscheidend für das Vertrauen der Bürger*innen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass mehr Daten und Informationen der Stadtverwaltung öffentlich zugänglich gemacht werden. Dabei soll Köln die Open Data Charta unterzeichnen und ihren Ansatz konsequent verfolgen. Durch den Ausbau der Open-Data-Plattform „offenedaten-koeln.de“ und dem Kölner Urbanen Datenökosystem (KUDOS) fördern wir die

⁵³ <https://www.kommune21.de/k21-meldungen/videoident-stoesst-auf-positives-echo/>

Entwicklung innovativer Lösungen auf Basis dieser Daten. So profitiert nicht nur die Verwaltung von den vorhandenen Daten, sondern auch die Stadtgesellschaft und die Wirtschaft.

Open Source-Software: Wir setzen uns für einen pragmatischen Umgang mit Open Source-Software ein. In Zukunft werden von der Verwaltung bei der Neuanschaffung von Software Open Source-Lösungen bevorzugt. Eine Abweichung davon ist nur in begründeten Ausnahmen zulässig. Software, die speziell für oder im Auftrag der Verwaltung entwickelt wird, soll grundsätzlich dem Prinzip „Public Money, Public Code“ folgen.

Für die Zukunft bedeutet das auch eine Exit-Strategie für die Nutzung von Microsoft 365 in der Verwaltung. Langfristig setzen wir uns hier für die Nutzung der deutschen Alternative Open-Desk⁵⁴ ein.

Darüber hinaus ist bei der Beschaffung neuer Software nach Lösungen über den Open Source-Katalog der Europäischen Union des Bundes zu suchen.

Strategische Leitungsposition für Digitalisierungsprojekte: Nach der verwaltungsinternen Umstrukturierung liegt die zentrale Verantwortung für Digitalisierungsprojekte nun beim Amt 12. Flankiert werden soll die Umsetzung digitaler Projekte durch eine Stärkung des Innovationsbüros und einem Digitalrat nach Augsburger Vorbild⁵⁵. Der Digitalrat soll als (externes) Expert*innengremium regelmäßig evaluieren, wie digitale Projekte in der Stadt entwickelt und optimiert werden können.

Registermodernisierung: Die Stadt Köln braucht eine moderne, digitale Verwaltung, die Bürger*innen entlastet. Durch die Registermodernisierung sollen Verwaltungsdaten sicher vernetzt und Prozesse medienbruchfrei gestaltet werden, sodass Behördengänge digital und effizient abgewickelt werden können. Dies spart Zeit, reduziert Bürokratie und ermöglicht innovative Smart City-Lösungen. Datenschutz und Transparenz stehen dabei an oberster Stelle, damit Köln eine Vorreiterrolle in der digitalen Transformation übernimmt.

Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiter*innen: Um die digitale Transformation der Stadtverwaltung zu beschleunigen, setzen wir uns für eine konsequente Fortbildung der Verwaltungsmitarbeitenden ein, damit sie die neuen digitalen Werkzeuge effektiv nutzen können. Zur Unterstützung des digitalen Wandels der Verwaltung und zur Förderung einer starken digitalen Community sollen regelmäßige Netzwerktreffen, z.B. in Form von Digitalkonferenzen, sowie weitere digitale Formate organisiert werden, sodass digitale Erfolge sichtbar werden und Kollaboration effizienter gestaltet werden kann.

Digitalisierung als Querschnittsthema

Volt denkt Digitalisierung als Querschnittsthema stets mit, hierdurch finden sich Digitalisierungsmaßnahmen an vielen Stellen des Programms. Da wir uns in diesem Kapitel auf Smarte Stadt und Digitalisierung der Verwaltung beschränkt haben, finden sich nachstehend Verweise zu weiteren Maßnahmen im Programm:

- [Parkraummanagement](#)
- [Inklusive Infrastruktur schaffen](#)
- [Gesundheitsförderliche Stadtentwicklung](#)
- [Demografischer Wandel - Pflegenotstand](#)
- [Aufsuchende Sozialarbeit](#)
- [Datenbasierte Planung für ausreichend Kitaplätze](#)

⁵⁴ [Die Office und Collaboration Suite für die Öffentliche Verwaltung | openDesk](#)

⁵⁵ [Digitalrat](#)

- [Lernumgebung der Zukunft und gesunde digitale Schulumgebung](#)
- [Bildung und Wissenschaft: Zukunftsfähige Bildung und digitale Forschung](#)
- [Digitalisierung als Zugang und Experimentierraum](#)
- [eSports](#)
- [Bürger*innenbeteiligung stärken](#)
- [Inklusion und \(digitale\) Teilhabe](#)
- [Moderne Verwaltung als Dienstleisterin](#)
- [Bürokratieabbau durch Digitalisierung](#)
- [Best Practice Flächennutzung: Wien](#)
- [Infrastrukturanpassung wirtschaftlich mitdenken](#)
- [Welcome Desk – Ankommen erleichtern](#)
- [Start-ups & moderne Branchen unterstützen](#)

3.2 Demokratisches Köln

Mitwirkung

Immer mehr Bürger*innen fühlen sich von der Politik nicht ausreichend vertreten.^{56,57} Gleichzeitig stehen demokratische Politikerinnen und Politiker vor wachsenden Herausforderungen, darunter das Erstarken populistischer Strömungen und Anfeindungen. Eine starke Demokratie lebt von einer starken Zivilgesellschaft, die ihre Stadt aktiv mitgestaltet. Dafür müssen Bürger*innen in Prozesse mit einbezogen werden und Informationen darüber erhalten, wie sie sich einbringen können. So können sie selbst Verantwortung übernehmen und entwickeln ein größeres Verständnis für politische Entscheidungen. Wir setzen uns für diese Zukunft mit folgenden Maßnahmen ein:

Bürger*innenbeteiligung stärken: Köln muss die digitale Bürger*innenbeteiligung transparenter, verbindlicher und nutzungsfreundlicher gestalten. Zudem braucht es verbindliche Beteiligungsverfahren mit klaren Rückkopplungspflichten für die Verwaltung sowie Schulungen zur Medienkompetenz, um mehr Bürger*innen zur Mitwirkung zu befähigen. So wird Köln zu einer echten Mitmachstadt mit digitaler Demokratie auf Augenhöhe.

Etablierung eines kontinuierlichen Bürger*innenrates: In diesem Rat kommen repräsentativ ausgeloste Bürger*innen der Stadt zwei- bis dreimal im Jahr zusammen und beraten über ein städtisches Thema, das zuvor von der Bürger*innenschaft vorgeschlagen wurde. Die vom Bürger*innenrat entwickelten Empfehlungen werden dem Stadtrat übergeben, der sie in der politischen Arbeit berücksichtigt. Dabei kommen die Themen aus der Bevölkerung, statt dass die Kölnerinnen und Kölner nur zu bestimmten Themen zusammengerufen werden, die von der Politiker entschieden werden. Das Aushandeln der besten Lösungen wird so erlebbar gemacht und damit auch das Verständnis für politische Prozesse gestärkt.

Best Practice Bürger*innenrat und -budget: Warschau und Aachen

Der Bürger*innenhaushalt (Participatory Budget) in Warschau ist ein demokratisches Verfahren, bei dem die Warschauer*innen direkt über die Verwendung eines Teils des städtischen Haushalts entscheiden können. Durch den seit 2014 implementierten Bürger*innenhaushalt wurden bereits über 3.500 Vorschläge aus der Stadtgesellschaft erfolgreich umgesetzt. 2025 sind bedeutende Investitionen in nachhaltige Mobilität (10,3 Millionen PLN), städtische Begrünung (10,8 Millionen PLN) sowie in psychologische Erstversorgung für Kinder und Jugendliche (2,8 Millionen PLN) unter den genehmigten Projekten. Dabei können alle Einwohner*innen Projektvorschläge digital einreichen und digital an der Abstimmung teilnehmen⁵⁸.

Aachen hat als erste Stadt in Deutschland einen ständigen Bürger*innenrat eingeführt. Dreimal im Jahr kommen Bürger*innen zusammen und besprechen Themen, die zuvor von Mitbürger*innen vorgeschlagen wurden⁵⁹.

Wir setzen uns für eine Kombination ein: ein ständiger Bürger*innenrat mit eigenem Budget.

⁵⁶<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/studie-universitaet-bielefeld-kinder-jugendliche-politik-100.html>

⁵⁷ <https://www1.wdr.de/nachrichten/vertrauen-buerger-politiker-wdr-umfrage-100.html>

⁵⁸ <https://um.warszawa.pl/waw/bo>, <https://oidp.net/en/practice.php?id=1312>, <https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/documents/2024-06/Laenderexpertise-Polen.pdf>

⁵⁹ <https://buergerinnenrat.aachen.de/>

Fördermittel für zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen: Volt macht sich dafür stark, dass Institutionen, Initiativen und Ideen aus der Zivilgesellschaft gefördert werden und damit das Engagement gestärkt wird, denn eine Demokratie ist auf eine starke Zivilgesellschaft angewiesen.

Echte Kinder- und Jugendbeteiligung

Auf kommunaler Ebene dürfen Jugendliche ab 16 Jahren wählen, das passive Wahlrecht dürfen sie ab 18 ausüben. Bei einer Wahlperiode von fünf Jahren kann es daher passieren, dass Jugendliche erst mit ihrem 23. Lebensjahr das erste Mal wählen können. Es ist deshalb nötig, Kindern und Jugendlichen auch auf anderen Ebenen die Möglichkeit der Partizipation zu bieten. Dies geht am besten in der Kommunalpolitik, denn die findet vor der eigenen Haustüre statt. Kinder und Jugendliche können sich für eine Verbesserung ihrer direkten Umgebung einsetzen und so Selbstwirksamkeitserfahrungen machen. Dafür ist es nötig, dass sie in Prozesse einbezogen werden und auch selbst Entscheidungen mit echten Auswirkungen treffen. In vielen Regionen gibt es Kinder- und Jugendparlamente, Mitmachaktionen oder Ähnliches. Meist haben diese aber nur symbolischen Charakter oder sind Nachahmungen von Parlamenten der Erwachsenen. Echte Entscheidungen, die möglicherweise auch Erwachsene betreffen würden, können junge Menschen selten treffen oder auch nur mitbestimmen. Dabei sind junge Menschen überproportional von zukunftsweisenden Entscheidungen der Politik betroffen.

Deshalb setzt sich Volt Köln für diese Zukunft:

Jugendvertretungen in Ausschüssen: Analog zur Bezirksvertretung Innenstadt wollen wir das dortige Pilotprojekt verstetigen und auf den Rat ausbauen. In die Ausschüsse werden zwei junge Menschen entsandt, die die Perspektive von Jugendlichen in Köln einbringen. Die Auswahl soll über ein noch zu entwickelndes, transparentes Beteiligungsverfahren erfolgen, das gemeinsam mit relevanten Akteur*innen aus Jugendhilfe, Jugendverbänden und weiteren Bereichen der Jugendbeteiligung erarbeitet wird. Die Rechte und Vergütung orientieren sich an den Rechten der Seniorenvertretung.

Kinder- und Jugendparlament: Kinder und Jugendliche treffen sich regelmäßig zu Sitzungen, in denen sie über Anliegen sprechen und Beschlüsse fassen können. Die Beschlüsse gehen an den Stadtrat, der sich verpflichtet, diese bei ihren Sitzungen und Entscheidungen zu berücksichtigen und Ablehnungen zu begründen.

Initiativen und Institutionen stärken und fördern: Bereits bestehende Institutionen sollen weiter gefördert und entwickelt werden. Dazu gehört beispielsweise das Kinder- und Jugendbüro Köln.

Verstetigung des Demokratiefestivals „turn up in CLN“: Das Festival bietet jungen Menschen die Möglichkeit, Kultur und Politik zu erleben, mit Politiker*innen ins Gespräch zu kommen und mehr Verständnis für politische Prozesse zu entwickeln. Es fördert außerdem in hohem Maße das Selbstwirksamkeitsempfinden junger Menschen, da sie selbst dieses Festival organisieren.

Finanzierung: Eine auskömmliche Finanzierung der Jugendverbandsarbeit wollen wir sicherstellen.

Stärkung der Jugendzentren und anderer Gestaltungsräume für Jugendliche (siehe Kapitel [„Jugend- und familienfreundlich“](#) und [„Raum für Kultur“](#) im Kapitel [Vielfältiges Kulturleben für Weltoffenheit](#)).

Finanzielle Aufwandsentschädigung für Bezirksschüler*innenvertretung, um die Teilnahme für alle, unabhängig von der ökonomischen Situation des Elternhauses, möglich zu machen und zu stärken.

Inklusion und (digitale) Teilhabe

Eine lebendige Demokratie lebt vom Engagement aller und vom Dialog auf Augenhöhe. Politische Mitbestimmung stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördert Vertrauen in staatliche Institutionen. Durch die digitale Transformation ergeben sich weitere Möglichkeiten, daher ist es essenziell, dass sie alle Bürger*innen erreicht und niemanden ausschließt. Wir unterstützen die digitale Teilhabe aller Menschen unabhängig von Alter, Einkommen oder Herkunft.

Deshalb setzt sich Volt Köln für folgende Maßnahmen ein:

Barrierefreie digitale Angebote: Wir stellen sicher, dass alle digitalen Dienstleistungen der Stadt barrierefrei und inklusiv sind, damit auch Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt davon profitieren können.

Die Social-Media-Kommunikation der Stadt soll auf **föderierte Netzwerke mit offenen Standards** (wie Mastodon oder ähnliche) ausgeweitet werden, um europäische Alternativen zu den US-amerikanischen Tech-Oligopolen zu stärken und eine breitere Bürger*innenschaft zu erreichen.

Kostenfreies WLAN: Der Ausbau des kostenlosen WLANs in städtischen Einrichtungen und an öffentlichen Plätzen ist notwendig, um den Zugang zur digitalen Welt zu erleichtern.

Fort- und Weiterbildungsangebote: Wir setzen uns für den Ausbau digitaler Fort- und Weiterbildungsprogramme ein, die allen Bürger*innen offenstehen. Ziel ist es, Menschen jeden Alters und Berufsstands dabei zu unterstützen, digitale Kompetenzen zu erwerben und sich besser auf den digitalen Wandel sowie neue Arbeitsmöglichkeiten vorzubereiten.

Gezielte Unterstützung für Senior*innen und benachteiligte Gruppen: Für Senior*innen und sozial benachteiligte Bürger*innen bieten wir spezielle Schulungsprogramme an, um ihre digitalen Fähigkeiten zu stärken. Damit stellen wir sicher, dass auch sie aktiv am digitalen Leben und an der digitalen Gesellschaft teilhaben können.

Transparente Förderung: Damit alle wissen, welche finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten es gibt, werden alle Kölner Förderprogramme und -töpfe transparent dargestellt. Zudem streben wir eine Gleichstellung aller Förderbedingungen, soweit möglich und sinnvoll, an.

Hybride Gremiensitzungen für eine inklusivere Teilhabe: Volt Köln setzt sich für die Einführung hybrider Gremiensitzungen ein, um politische Teilhabe für alle Mandatstragenden zugänglicher und flexibler zu gestalten. Diese moderne Lösung ermöglicht es insbesondere Eltern, Berufstätigen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität, aktiv an Sitzungen teilzunehmen – unabhängig von ihrem Standort. Durch digitale Teilnahmemöglichkeiten schaffen wir eine zeitgemäße Arbeitsweise, die Vielfalt fördert und Barrieren abbaut. So stärken wir nicht nur die Effizienz, sondern auch die Chancengleichheit in der Kommunalpolitik – für ein Köln, das alle Perspektiven mit einbezieht.

Mehrsprachigkeit und einfache Sprache: Informationen werden mehrsprachig und in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt, damit alle Bürger*innen sich informieren können.

Gleichstellung durch Gender Budgeting: Wir setzen uns ein für eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung (Gender Budgeting), die sicherstellt, dass öffentliche Mittel fair und bedarfsgerecht verteilt werden – insbesondere in Bereichen wie Bildung, Stadtentwicklung und Sozialpolitik.

Transparente Datenerhebung und Analyse: Um gezielte Maßnahmen ergreifen zu können, müssen kommunale Daten zu geschlechtsspezifischen Unterschieden systematisch erhoben und in Entscheidungsprozesse integriert werden.

Förderung von Diversität in Verwaltung und Politik: Volt Köln setzt sich für eine diverse Stadtverwaltung und politische Gremien ein, die die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln und geschlechtergerechte Perspektiven in allen Bereichen mitdenken.

Moderne Verwaltung als Dienstleisterin

Intelligente und menschnahe Bürokratie: Zentrale Anlaufstellen („One-Stop Shops“) sorgen für eine einfache und flexible Verwaltung, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Bürokratie wird abgebaut, indem Anträge bei nicht fristgerechter Bearbeitung automatisch als

genehmigt gelten, und Vorschriften regelmäßig überprüft und vereinfacht werden, um die Menschen zu entlasten.

Innovative Verwaltung und modernes Personalmanagement: Durch angepasste Gehaltsstrukturen, die Förderung von „Beamtentum auf Zeit“ und sektorübergreifende Personalrotation entsteht eine innovative Verwaltungskultur mit neuen Kompetenzen und flexiblen Karrierewegen.

Transparente und effiziente Haushaltsführung (Zero-Based Budgeting): Volt Köln setzt sich für eine demokratische und zielgerichtete Haushaltsplanung nach dem Prinzip des Zero-Based Budgeting ein. Dabei werden öffentliche Ausgaben nicht automatisch fortgeschrieben, sondern von Grund auf neu bewertet. Jeder Posten im Haushalt muss regelmäßig begründet und auf seine Notwendigkeit hin überprüft werden. Dies sorgt für eine effiziente Mittelverwendung, reduziert Verschwendung und ermöglicht eine bedarfsgerechte Priorisierung öffentlicher Investitionen.

Wirkungsorientierter Haushalt: Die Haushaltsmittel werden mit konkreten Zielen verknüpft, die jährlich evaluiert werden, und die Haushaltsführung wird auf allen Ebenen im Übergang zur doppelten Buchführung harmonisiert.

Öffentlich-private Partnerschaften: Durch die Förderung von Kooperationen zwischen Wissenschaft, Industrie und Stadtverwaltung gestalten wir die effiziente Entwicklung von Zukunftstechnologien (z.B. KI, Blockchain, Smart City).

Machine Learning (KI): Wir entwickeln klare Richtlinien für die Stadtverwaltung, die einen ethischen und verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) und Machine Learning (ML) sicherstellen. Software, die auf ML-Algorithmen basiert, kann ein wertvolles Werkzeug darstellen, jedoch sind die Grenzen und potenziellen Risiken dieser Technologie nicht immer offensichtlich. Besonders wichtig ist der Schutz personenbezogener Daten, der bei der Verarbeitung jederzeit gewährleistet sein muss.

Security und Datenschutz: Zur Erhöhung des Datenschutz- und Informationssicherheitsniveaus setzen wir uns ein für die Implementierung von Schulungsprogrammen für städtische Mitarbeitende sowie die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und privaten Partner*innen. Neben den jährlich durchgeführten Penetrationstests⁶⁰ werden wir ein Bug-Bounty-Programm⁶¹ einführen und externe Sicherheitsforscher*innen motivieren, Sicherheitslücken im Rahmen des Responsible Disclosures⁶² zu melden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln sowie ihre Zuliefer*innen sich dazu verpflichten, keine strafrechtlichen Schritte gegen IT-Sicherheitsforschende einzuleiten.

Ausbau der digitalen Infrastruktur: Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser und 5G in Köln ein, um smarte, vernetzte Dienste wie digitale Verwaltung, smarte Verkehrssteuerung und energieeffiziente Städteplanung zu ermöglichen. Dank unseres Einsatzes fließen 120 Mio. Euro aus dem Graue-Flecken-Förderprogramm nach Köln, wodurch der Ausbau in den nächsten 5–7 Jahren abgeschlossen sein wird. Gleichzeitig treiben wir die Smart City-Initiativen voran, um die Digitalisierung im öffentlichen Raum weiter zu optimieren.

Gemeinwohlintikator für politische Beschlüsse: Neben den finanziellen und ökologischen Auswirkungen von Beschlüssen sollen künftig auch soziale sowie wirtschaftliche Wirkungen dargestellt werden. Hierzu wollen wir die Entwicklung eines Gemeinwohlintensors prüfen, der

⁶⁰ Ein Penetrationstest oder kurz „Pentest“ ist ein Sicherheitstest, bei dem ein [Cyberangriff](#) simuliert wird, um Schwachstellen in einem Computersystem aufzuspüren.

⁶¹ Ein Bug-Bounty-Programm ist eine Initiative zur Identifizierung, Behebung und Bekanntmachung von Fehlern (vor allem Sicherheitslücken) in Software. Solche Programme werden von Unternehmen, Interessenverbänden, Privatpersonen oder Behörden betrieben. Sie sehen Sach- oder Geldpreise für die Entdecker von Fehlern vor.

⁶² Meldung von Schwachstellen vor Veröffentlichung, s. https://www.digitale-verwaltung.de/SharedDocs/downloads/Webs/DV/DE/OZG-Security-Challenge/responsible-disclosure.pdf?__blob=publicationFile&v=4

möglichst aufwandsarm Bestandteil der Begründung von Beschlüssen wird. Dies schafft zudem mehr Transparenz für die Wirkungen von Entscheidungen.

Beteiligungsgesellschaften

Die Stadt Köln hat verschiedene Tätigkeiten in Beteiligungsgesellschaften ausgelagert: Beispiele sind die Firmen im Stadtwerkekonzern wie NetCologne oder RheinEnergie AG, an denen teilweise auch private Firmen beteiligt sind, eigenbetriebsähnliche Einrichtungen wie die Bühnen der Stadt Köln oder städtische GmbHs wie die KölnTourismus GmbH oder Kölner Schulbaugesellschaft mbH.

Solche Beteiligungsgesellschaften können ein effizientes Mittel sein, um schneller und agiler zu handeln, als eine Stadtverwaltung das kann. Wir unterstützen daher grundsätzlich diese Vorgehensweise. Allerdings mindern sie Transparenz und demokratische Kontrolle; diese findet hauptsächlich über Mandatstragende in Aufsichtsräten statt. Des Weiteren können Beteiligungsgesellschaften dazu führen, dass Doppelstrukturen geführt werden oder Budgets neben dem Kernhaushalt erwachsen.

Deshalb schlagen wir vor, städtische Beteiligungsgesellschaften auf ihre Wirksamkeit zu prüfen. Synergien durch Zusammenlegung und Bündelung von Tätigkeiten sollen geprüft werden. Dadurch können Kosten im Management eingespart werden. Auch müssen weniger Gremien gegründet und betreut werden, was wiederum Kosten und Aufwand spart.

Köln als Europastadt

Kommunen können in hohem Maße von der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU profitieren. Zum einen finanziell, zum anderen auch, um voneinander zu lernen und Transformationsprozesse zu beschleunigen und zu verbessern. So können beispielsweise durch das „New European Bauhaus“-Programm inklusive und nachhaltige Wohnkonzepte gefördert werden.

In der Kommune ist die EU zwar allgegenwärtig, aber für viele Bürger*innen oft nicht sichtbar und daher auch wenig bekannt, inwieweit sie von EU-Fördermitteln profitieren können. Volt Köln will das ändern und den Bürger*innen die Vorteile der EU-Mitgliedschaft näherbringen.

Deshalb setzt sich Volt für diese Zukunft ein:

EU-Fördermittel konsequent abrufen: Um als Kommune stärker von den Angeboten zu profitieren, sollen Beantragung gemeinsam mit anderen EU-Städten erfolgen.

Europa und die EU erfahrbar machen: Angelehnt an die Stadt München, wollen wir den „Europa Mai“ einführen. Während des „Europa Mais“ wollen wir durch verschiedene Aktionen Europa und die EU in der Kommune sichtbar und erlebbar machen: Beispielsweise können Bürger*innen einen Tag lang kostenlos mit einem Riesenrad – dem „Europarad“ – fahren. In jeder Gondel sitzt ein*e Politiker*in oder Verwaltungsangestellte*r, die dann mit den Bürger*innen ins Gespräch kommen. So wird ein niedrighwelliges Angebot geschaffen, das auch viele nutzen, die sich sonst nicht intensiv mit Politik und Europa beschäftigen.

Bildung und Austausch: Wir wollen uns dafür einsetzen, das Programm Erasmus+ stärker zu fördern, sei es für Schüler*innen, Studierende, Auszubildende, pädagogisches Personal oder Mitarbeitende aus der Verwaltung.

Vernetzung: Die Stadt Köln soll sich dem Green City Accord anschließen, einer Bewegung europäischer Bürgermeister*innen, die sich für den Schutz der Umwelt einsetzen und Städte sauberer, gesünder und ressourcenschonender fortentwickeln wollen.

Internationale Zusammenarbeit: Ein kommunaler Senior Expert Pool für internationale Zusammenarbeit sowie eine diesen koordinierende Stelle soll eingerichtet werden. Internationaler

Wissenstransfer ist insbesondere wichtig, um die Nachhaltigkeitsziele einzuhalten, zu denen sich auch Köln bekennt. Der Senior Expert Pool ist dazu gedacht, Expert*innen, die kurz vor dem Ruhestand oder der Altersteilzeit stehen, für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Sie können ihre Erfahrungen einbringen und somit die Aktivitäten der Stadt Köln unterstützen.

Partnerstädte und Netzwerke

Intensivierung der Europaarbeit und der Städtediplomatie: Angesichts des Erstarkens von Rechtspopulismus und Nationalismus in Europa ist es wichtig, dass die internationale institutionelle Zusammenarbeit gestärkt wird. Städtediplomatische Bündnisse wie der RGRE⁶³, die ULCG⁶⁴ oder auch Eurocities dienen dazu, zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Themen in den Austausch zu kommen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Sie bieten Köln die Möglichkeit, global mitzugestalten.

Volt Köln setzt sich dafür ein, dass mehr Austausch zwischen kommunalen Gremien stattfindet. Eine aktivere Kölner Vertretung platziert unsere Interessen in Europa und darüber hinaus und fördert den Austausch von Best Practices. Die Sichtbarkeit Kölns ist auch zentral für unseren Wirtschaftsstandort und die Anwerbung von Fachkräften.

Ausbau der Städtepartnerschaften und deren Sichtbarkeit in der Kölner Bevölkerung:

Köln hat ein vielfältiges Netzwerk aus Städtepartnerschaften, welches durch entsprechende Partnerschaftsvereine auch durch die Kölner*innen selbst gepflegt und gelebt wird. Diese internationale Vernetzung will Volt weiter fördern und allen Kölner*innen den Austausch mit unseren internationalen Partnerinnen ermöglichen. Dazu sollen die Städtepartnerschaften bekannter gemacht werden – über Veranstaltungen und stärkere Repräsentanz im Kölner Stadtleben und insbesondere an Kölner Schulen. Über ein starkes privates und privatwirtschaftliches Engagement kann dies auch ohne hohe Mehrkosten im Kölner Haushalt umgesetzt werden.

Neben den etablierten Partnerschaften setzen wir auch auf projektbasierte Zusammenarbeit zu spezifischen Themen, in der wir von anderen Kommunen der Welt oder sie von uns lernen können, ohne den aufwendigen Prozess einer offiziellen Partnerschaft zu durchlaufen. Ein solcher moderner städtediplomatischer Ansatz wird mittlerweile von vielen deutschen Städten verfolgt.

⁶³ RGRE: Rat der Gemeinden und Regionen Europas

⁶⁴ UCLG: United Cities and Local Governments

3.3 Innovatives Köln

Bürokratieabbau durch Digitalisierung

Köln braucht eine Verwaltung, die im 21. Jahrhundert angekommen ist: digital, schnell, effizient und bürger*innennah. Eine moderne Stadtgesellschaft und eine innovative Wirtschaft sind auf eine leistungsfähige, durchdigitalisierte Verwaltung angewiesen. Volt Köln setzt sich für den Aufbau zentraler digitaler Anlaufstellen ein – etwa durch ein digitales und zentrales Verwaltungsportal, das Anträge und Prozesse deutlich vereinfacht.

Auch innerhalb der Verwaltung müssen Abläufe besser vernetzt werden. Nur wenn Ämter effizient kommunizieren und Daten medienbruchfrei übertragen werden können, lassen sich Prozesse beschleunigen. Künstliche Intelligenz und Machine Learning sollen dort eingesetzt werden, wo sie Transparenz und Effizienz schaffen – bei gleichzeitigem Schutz personenbezogener Daten und klaren ethischen Richtlinien.

Besonders kleinere Unternehmen sollen von der Digitalisierung profitieren. Volt Köln setzt sich deshalb für einen städtischen Digitalisierungsfonds ein, der kleinen Betrieben mit bis zu 50 Mitarbeitenden den Zugang zu digitalen Tools, Maschinen und Weiterbildungen erleichtert. Für Gründer*innen wollen wir die Prozesse rund um Unternehmensgründungen konsequent vereinfachen: Von der Anmeldung über Genehmigungen bis zur ersten Förderung soll alles digital und klar nachvollziehbar organisiert sein.

Für detailliertere Informationen zu unserer Vorstellung einer effizienten Digitalisierung siehe auch das Kapitel [Digitales Köln](#).

Best Practice Digitale Verwaltung: Tallinn

Die Stadt Tallinn gilt als europäischer Vorreiter in Sachen digitale Verwaltung. Über das e-Estonia-Portal können Bürger*innen und Unternehmen nahezu alle Behördengänge online abwickeln – von der Unternehmensgründung bis zur Steuererklärung.

Flächenerhaltung & intelligente Stadtentwicklung

Wirtschaft braucht Platz – und dieser ist in Köln knapp. Umso wichtiger ist es, bestehende Gewerbeflächen zu erhalten und neue Flächen intelligent zu erschließen. Volt Köln spricht sich klar gegen die Umwandlung gewerblicher Flächen in reine Wohn- oder Mischgebiete aus, solange kein gleichwertiger Ersatz geschaffen wird. Die Vielfalt unserer lokalen Wirtschaft – vom Handwerksbetrieb bis zum digitalen Start-up – darf nicht durch fehlende Flächen gefährdet werden.

Gleichzeitig sehen wir großes Potenzial in kreativen Umnutzungen: Wenig genutzte Parkhausdächer beispielsweise bieten Fläche für Solarparks, Begrünung, kulturelle Zwischennutzung oder Freizeitangebote wie Skateparks und Rooftop-Bars. Auch kommerzielle Nachnutzungen sollen möglich sein – dabei sollen die Betreiber*innen fair an den Einnahmen beteiligt werden.

Das Stadtbild selbst soll nachhaltiger und lebenswerter gestaltet werden. Der Werbenutzungsvertrag wird 2028 neu ausgeschrieben: Volt Köln möchte die Gelegenheit nutzen, um Werbung im öffentlichen Raum deutlich zu reduzieren, digitale Elemente mit echtem Bürger*innenmehrwert zu fördern und klare Regeln für Lichtemissionen zu etablieren.

Best Practice Flächennutzung: Wien

In Wien werden ungenutzte Dachflächen systematisch über das Programm „Wir sanieren Wien“ für Photovoltaik und Begrünung erschlossen. Gleichzeitig wird der Gewerbeflächenbedarf durch digitale Kataster und langfristige Entwicklungspläne abgesichert.

Infrastrukturanpassung wirtschaftlich mitdenken

Stadtentwicklung endet nicht bei der Wohnbebauung. Wirtschaftliche Belieferung, Handwerksmobilität und innerstädtische Logistik müssen von Anfang an mitgedacht werden – insbesondere in neu entstehenden Quartieren.

Volt Köln schlägt vor, bei jeder Quartiersentwicklung verpflichtend auch Wirtschaftsparkplätze einzuplanen. Servicefahrzeuge, Pflegedienste oder Handwerksbetriebe müssen kurzfristig erreichbar und flexibel einsetzbar bleiben. Ebenso wichtig ist die Belieferung: Verkehrsführungen und Umweltzonen müssen unter Berücksichtigung der logistischen Realität kleiner und mittlerer Unternehmen geplant werden.

Für eine nachhaltige Feinverteilung von Waren und Dienstleistungen wollen wir den Ausbau sogenannter Mikro-Hubs vorantreiben: kleinere Logistiknotenpunkte, an denen emissionsfreie Fahrzeuge Pakete aufnehmen und innerstädtisch verteilen. Neue Wirtschaftsareale sollen bedarfsgerecht mit Ladeinfrastruktur, ÖPNV-Anbindung und digitaler Infrastruktur ausgestattet werden, um modernen Betrieben den Start zu erleichtern.

Best Practice Mikro-Hubs: Rotterdam

In Rotterdam wurden Mikro-Hubs eingeführt, die die innerstädtische Warenverteilung per Lastenrad und E-Transporter organisieren. Gleichzeitig werden bei neuen Quartiersentwicklungen verpflichtend Ladezonen und Lieferflächen eingeplant.

Handwerk & Ausbildung als eine tragende Säule der Kölner Wirtschaft

Die duale Ausbildung ist ein Herzstück unserer Wirtschaftsstruktur. Sie sichert Fachkräfte, gibt jungen Menschen Perspektiven und stabilisiert Betriebe. Volt Köln setzt sich dafür ein, dass die Stadt diese Verantwortung nicht allein auf Betriebe und Auszubildende abwälzt.

Unsere Berufsschulen brauchen regelmäßige Sanierungen, stabile digitale Infrastruktur und moderne Werkstätten. Wir setzen uns zudem für eine gezielte Wohnraumstrategie für Auszubildende ein: Bezahlbare, zentrale Azubiwohnheime nach dem Modell von Studierendenwohnheimen sollen in Zusammenarbeit mit Trägern entstehen. Zusätzlich muss die Stadt bei der aktiven Vermittlung von Wohnraum mithelfen – durch digitale Plattformen und zentrale Ansprechpersonen.

Mobilität ist für Auszubildende – gerade im Handwerk – essenziell. Volt Köln setzt sich daher für eine finanzielle Unterstützung bei Führerscheinkosten ein. Gleichzeitig müssen kleine Ausbildungsbetriebe spürbar entlastet werden. Wir wollen Genehmigungsprozesse vereinfachen und Ämter besser verzahnen – gerade wenn mehrere Verwaltungsbereiche betroffen sind. Ausbildung darf nicht an bürokratischen Hürden scheitern.

Best Practice Wohnraum für Auszubildende: München

Die Stadt München betreibt gemeinsam mit Kammern und Betrieben das Modellprojekt „Azubiwerk“, bei dem bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende geschaffen wird – inklusive Gemeinschaftsräumen und sozialpädagogischer Begleitung.

Welcome Desk – Ankommen erleichtern

Köln ist eine internationale Stadt. Doch viele Fachkräfte, Gründer*innen und Zugezogene erleben die erste Zeit als unnötig kompliziert. Volt Köln setzt sich weiterhin für die Umsetzung eines zentralen Welcome Desks ein – digital wie physisch.

Diese zentrale Anlaufstelle soll mehrsprachige Informationen zu Wohnen, Arbeiten, Anerkennung von Abschlüssen, Bildungsangeboten und Verwaltungsvorgängen bündeln. Gleichzeitig soll der Welcome Desk mit lokalen Unternehmen, Vereinen und Institutionen vernetzt sein, um ein echtes Ankommen und Einleben zu ermöglichen.

Best Practice Welcome Desk: Frankfurt am Main

Der „Expat Welcome Desk“ in Frankfurt am Main bietet internationalen Fachkräften umfassende Unterstützung beim Ankommen – inklusive mehrsprachiger Beratung, Begleitung bei Behördengängen und einer zentralen Online-Plattform.

Nachhaltigkeit wirtschaftlich gestalten

Die ökologische Transformation Kölns kann nur gelingen, wenn Wirtschaft und Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden. Volt Köln verfolgt das Ziel, Klimaschutz nicht als Belastung, sondern als Innovationsmotor zu begreifen.

Wir setzen uns für die Förderung lokaler Energiegenossenschaften ein – insbesondere in Veedeln wie Porz oder Chorweiler, wo Flächenpotenziale für erneuerbare Energien wie Photovoltaik bestehen. Diese Modelle sorgen nicht nur für regionale Energieerzeugung, sondern ermöglichen es den Menschen vor Ort, wirtschaftlich zu partizipieren.

Zwei neue Stadtquartiere sollen von Beginn an vollständig klimaneutral geplant und umgesetzt werden. Sie sollen als Pilotprojekte dienen und beweisen, dass nachhaltiges Bauen, Leben und Wirtschaften auch in urbanen Räumen gelingen kann. Ergänzend wollen wir ungenutzte Dachflächen – etwa auf Schulen oder Parkhäusern – systematisch für die Solarstromerzeugung erschließen.

Um diese Transformation breitenwirksam zu gestalten, setzen wir auf Bildungsangebote: Institutionen wie die Volkshochschule sollen Bürger*innen für neue Technologien sensibilisieren und weiterbilden. Denn eine nachhaltige Wirtschaft braucht auch informierte und befähigte Menschen.

Best Practice nachhaltige Stadtplanung: Freiburg

Die Stadt Freiburg setzt mit dem Stadtteil Vauban Maßstäbe für klimaneutrale Quartiersentwicklung: autofrei, energieautark, gemeinschaftlich organisiert. Zudem werden lokale Energiegemeinschaften gezielt durch Stadtwerke unterstützt.

Start-ups & moderne Branchen unterstützen

Ein dynamisches Gründungsumfeld ist essenziell für eine zukunftsfähige Stadt. Köln verfügt über großes Potenzial, sich als europäische Metropole für Start-ups und digitale Innovationen zu etablieren. Dafür braucht es verlässliche Strukturen, klare Zuständigkeiten und gezielte Unterstützung.

Volt Köln setzt sich für den Ausbau von Gründungszentren ein, die jungen Unternehmen Zugang zu Beratung, Schulungen, Vernetzung mit Investor*innen und Markteintrittsmöglichkeiten bieten. Eine Möglichkeit wäre ein städtischer Start-up-Fonds, über den Gründer*innen zinsgünstige Kredite erhalten – unter klaren Bedingungen, etwa einer Rückzahlungsverpflichtung oder einem Mindestzeitraum in Köln.

Die Gaming-Industrie stellt dabei eine besondere Chance dar: Als wachsender Wirtschaftszweig mit hoher Innovationskraft soll sie gezielt als eine digitale Leitbranche gefördert werden. Köln kann mit der gamescom und zahlreichen Studios bereits auf eine starke Grundlage zurückgreifen, die weiter ausgebaut werden sollte (siehe auch [eSports](#)).

Gleichzeitig setzen wir auf internationale Kooperationen: Städtepartnerschaften und Wirtschaftsnetzwerke sollen gezielt genutzt werden, um Köln als attraktiven Standort für globale Talente und Unternehmen zu positionieren.

Best Practice Unternehmensgründung: Berlin

In Berlin unterstützen sogenannte „Start-up Units“ in der Wirtschaftsförderung gezielt Gründer*innen – mit zentralen Ansprechpersonen, strukturierten Beratungsprozessen und Zugang zu Netzwerken sowie branchenspezifischen Förderprogrammen.

Vielfalt der Wirtschaft sichern und weiterentwickeln

Köln ist heute geprägt von starken Industrien: der Luftfahrt rund um den Flughafen, der chemischen Industrie im Süden oder den Logistikzentren im Norden. Diese Wirtschaftskraft ist wichtig – aber sie darf nicht zur Abhängigkeit führen. Wirtschaftliche Krisen einzelner Großunternehmen dürfen nicht ganze Stadtteile oder gar die Stadt Köln ins Wanken bringen.

Volt Köln setzt sich deshalb für eine vorausschauende Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur ein. Durch eine umfassende Standortanalyse sollen Branchen identifiziert werden, die langfristig stabile, nachhaltige und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen können – etwa im Bereich Umwelttechnologien, urbane Produktion oder digitale Gesundheitswirtschaft.

Bestehende Unternehmen sollen durch gezielte Befragung und Dialogformate eingebunden werden, um deren Bedarfe zu ermitteln. Auf dieser Grundlage soll ein städtischer Maßnahmenkatalog entwickelt werden, der von steuerlichen Anreizen über Infrastrukturverbesserungen bis hin zu gezielter Nachwuchsförderung reicht.

Durch eine Stärkung internationaler Beziehungen – etwa über wirtschaftliche Austauschformate mit Partnerstädten – kann Köln zusätzliches Wissen gewinnen und neue Märkte erschließen. Die wirtschaftliche Transformation soll dabei sozial gerecht gestaltet und aktiv begleitet werden – für ein widerstandsfähiges, chancengerechtes Köln.

Best Practice diverse Wirtschaft: Leipzig

In Leipzig wird über das Programm „Clusterstrategie Leipzig“ aktiv an der Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur gearbeitet. Zukunftsbranchen wie Bioökonomie oder Smart Logistics werden systematisch gefördert und international vermarktet.

Zukünftiger Kölner Großmarkt – für Vielfalt, Versorgung und lokale Wirtschaft

Der Kölner Großmarkt ist ein zentrales Element der urbanen Infrastruktur, das weit über den bloßen Handel mit Lebensmitteln hinausgeht. Er steht für kulturelle Vielfalt, regionale Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und eine widerstandsfähige, krisenfeste Wirtschaftsstruktur. Mit der Entscheidung des Stadtrats vom 27. Juni 2024, die bestehenden Nutzungsverträge über das Jahr 2025 hinaus nicht zu verlängern, ist der Verlust dieses bewährten Systems faktisch bereits eingetreten – zumal bislang keine tragfähige Nachfolgelösung gesichert ist. Zwar wird derzeit an einem Nutzungskonzept gearbeitet, doch ob dieses erfolgreich umgesetzt werden kann, ist ungewiss.

Volt Köln setzt sich daher weiterhin mit Nachdruck dafür ein, dass die Stadt die Verwirklichung eines neuen Großmarktes/Frischezentrums/FoodHubs konsequent vorantreibt. Ein Großmarkt ist kein überholtes Modell, sondern ein zukunftsweisendes Instrument für eine moderne, sozial gerechte und nachhaltige Stadt. Er sichert die Vielfalt des Lebensmittelangebots – insbesondere für klein- und mittelständische Händler*innen und die Gastronomie und damit direkt für die Kölner Bevölkerung. Als logistische Drehscheibe stärkt er regionale Lieferketten, reduziert Transportwege und damit auch Emissionen. Zugleich fungiert er als wirtschaftliche Lebensader für zahlreiche Betriebe, die auf bezahlbare Flächen, stabile Versorgungsstrukturen und ein funktionierendes Netzwerk angewiesen sind.

Ein moderner Großmarkt muss zudem integraler Bestandteil einer ganzheitlichen kommunalen Ernährungsstrategie sein. Er bietet der Stadt die Möglichkeit, die Versorgungssicherheit aktiv zu gestalten, gesunde Ernährung zu fördern und das Thema sichtbar im urbanen Raum zu verankern – mit Bildungsangeboten, Partizipation und nachhaltigen Strukturen.

Best Practice Frischemarkt: Paris, Zürich

In Paris wurde der traditionsreiche Großmarkt Rungis zu einem multifunktionalen Frischezentrum weiterentwickelt, das Regionalität, Logistik und Stadtplanung vorbildlich vereint. Auch Zürich zeigt mit seinem Frischezentrum, wie moderne, nachhaltige Nahversorgung gelingen kann – als Teil einer strategischen Stadtentwicklung.